



Immigration und Familie
Jahrestagung 2002, Helsinki, Finnland
8.-10. Juni 2002 – Synthese

Immigration and Family
Annual Seminar 2002, Helsinki, Finland
8-10 June 2002 – Synthesis

Johannes Pflegerl



European Observatory
on the Social Situation, Demography and Family

Johannes Pflegerl
Immigration und Familie
Jahrestagung 8. - 10. Juni 2002 Synthese
Helsinki, Finnland

Immigration and Family
Annual Seminar 8–10 June 2002–Synthesis
Helsinki, Finland

Ein Tagungsband der europäischen Beobachtungsstelle
zur sozialen Situation, Demographie und Familie am ÖIF
Erschienen in der Materialiensammlung, Heft 18, Wien 2004
ISBN 3-901668-34-9

Herausgeber:

Europäische Beobachtungsstelle
zur sozialen Situation, Demographie und Familie am ÖIF
Medieninhaber und Verleger:
Österreichisches Institut für Familienforschung (ÖIF)
Geschäftsführerin: Dr. Brigitte Cizek
Gonzagagasse 19/8, A-1010 Wien
Gestaltung, Layout und Grafik:
Edith Vosta, 1050 Wien
Druck: Elfriede Jank Logistik und digitale Daten, 2213 Bockfließ

Das Österreichische Institut für Familienforschung (ÖIF) ist ein unabhängiges, gemeinnütziges Institut zur interdisziplinären wissenschaftlichen und anwendungsbezogenen Erforschung und Darstellung der Vielfalt und Veränderungen familialer Lebenswelten aus Sicht von Kindern, Frauen und Männern.

Zu beziehen bei:

Österreichisches Institut für Familienforschung;
Gonzagagasse 19/8, A-1010 Wien; Tel.: +43-1-535 14 54

Immigration und Familie

Seite 5

Jahrestagung 2002, Helsinki, Finnland
8. – 10. Juni 2002 – Synthese

Immigration and Family

Seite 45

Annual Seminar, Helsinki, Finland
8–10 June 2002 – Synthesis

Alle in diesem Text verwendeten geschlechtsspezifischen Formulierungen sind
als geschlechtsneutral zu verstehen.

Immigration und Familie

Jahrestagung 2002, Helsinki, Finnland

8. – 10. Juni 2002 – Synthese

Ziel des von der Europäischen Beobachtungsstelle zur sozialen Situation, Demographie und Familie veranstalteten Seminars *Immigration und Familie* war es, die Frage der Zuwanderung von Drittstaatsangehörigen in die EU Mitgliedstaaten zu analysieren. In diesem Zusammenhang wurden demographische, sozioökonomische und politische Aspekte des Zuwanderungsprozesses näher beleuchtet, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf die Schlüsselrolle der Familie gelegt wurde. Johannes Pflegerl vom Österreichischen Institut für Familienforschung fasst in diesem Tagungsband die wichtigsten Ergebnisse des vom 8. – 10. Juni 2002 in Helsinki abgehaltenen Seminars zusammen.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	9
Migration und Demographie	10
Zwei Fallstudien: Großbritannien und Finnland	12
Großbritannien	12
Finnland	14
Geographische Verteilung der Migranten	16
Migrationstrends	17
EU-Migrationspolitik	17
Familien und Angehörige im Migrationsprozess	18
Psychologisch-emotionaler Bereich	20
Familie als Integrationsindikator und -instrument	21
Familie als ökonomisches Aggregat	21
Generationenbeziehungen in Migrantenfamilien	22
Werte von Kindern für ihre Eltern	22
Intergenerationale Transmission in Migrantenfamilien	24
Integrationsstrategien von Migrantenfamilien	25
Konservative Strategie	25
Im Übergangsstadium befindliche Familie	26
Assimilationswillige Familien	26
Integrationisten	27
Integration von Migranten	28
Integration von Migranten in die EU-Arbeitsmärkte	28
Neue Entwicklungen und Herausforderungen	28
Arbeitsmigration: Bedarf und Politik	29
Die Rolle des Wohnumfelds in der Integration	31
Schulische Integration von Immigrantenkindern	33
Auswirkungen der EU-Erweiterung auf die Migration	35
Polen als Fallbeispiel	35
Analogien und Unterschiede zu früheren Beitrittsprozessen	35
Andere Faktoren, die sich auf die Migration aus Polen auswirken	36
Potenzielle Anziehungsfaktoren für polnische Migranten	37
Konsequenzen der EU-Erweiterung für die neuen Mitgliedstaaten	37
Potenzial für Familienmigration	39
Migration, Familie und Wohlfahrt in Mittel- und Osteuropa	40
Trends und Perspektiven	42

Einleitung

Ziel dieses Seminars war es, die Frage der Zuwanderung von Drittstaatsangehörigen in die EU-Mitgliedstaaten zu analysieren. In diesem Zusammenhang wurden demographische, sozioökonomische und politische Aspekte des Zuwanderungsprozesses näher beleuchtet, wobei besonderes Augenmerk auf die Schlüsselrolle der Familie gelegt wurde.

Die erste Sitzung behandelte demographische Aspekte der Migration und war als Einstieg in die gesamte Thematik konzipiert. Der Hauptvortrag gab einen allgemeinen Überblick über demographische Aspekte der Einwanderung in die Mitgliedstaaten der Europäischen Union und analysierte Gründe, Muster und zukünftige Trends der Migration. Daran schlossen zwei Fallstudien an: Finnland war ein gutes Beispiel für den Übergang von einem Auswanderungsland zu einem Einwanderungsland – eine im 20. Jahrhundert für viele europäische Staaten typische Entwicklung. Kontrastierend dazu wurde anhand einer Fallstudie über Migration nach Großbritannien die Erfahrung eines Landes mit einer langen Geschichte der Einwanderung behandelt.

Die zweite Sitzung war dem Kernthema dieses Seminars – der Rolle der Familie und der Verwandten im Einwanderungsprozess – gewidmet. Zahlreiche Studien haben gezeigt, dass die Familie eine wichtige Rolle im Integrationsprozess spielt. In diesem Zusammenhang wurden in verschiedenen Ländern neue Forschungsansätze entwickelt. Der Hauptvortrag in dieser Sitzung gab einen Überblick über diese neuen Entwicklungen. Die Frage der Generationenbeziehungen ist ein weiteres Schlüsselement für das bessere Verständnis der Rolle der Familie im Migrationsprozess. Zwei Vortragende gingen auf der Basis von Forschungsarbeiten in ihren Ländern auf dieses Thema ein.

Die dritte Sitzung thematisierte die sozioökonomische Situation von Migranten. Der Hauptvortrag analysierte, wie Migranten in die Arbeitsmärkte der EU-Mitgliedstaaten integriert werden. Daran schlossen wieder zwei Fallstudien an. Die erste beschäftigte sich mit der Frage der Integration von Migranten im städtischen Umfeld. Dieser Zugang erschien sinnvoll, da er nicht nur die Frage des Wohnens als einen wichtigen Aspekt der sozioökonomischen Situation von Migranten thematisierte, sondern auch soziale Auswirkungen und Bedingungen der Migration sowie unterschiedliche Wege der Integration aufzeigte. Die zweite Fallstudie beleuchtete die Frage der Integration von Migrantenkindern in der Schule und vertiefte somit das Thema Integration weiter.

Die vierte Sitzung thematisierte unterschiedliche Aspekte der Migrationspolitik. Im ersten Vortrag wurde ein Überblick über die sozialen Aspekte von Migration in der EU gegeben. Im anschließenden Vortrag wurde über wesentliche Entwicklungen der EU-Migrationspolitik berichtet und dabei die Familie besonders berücksichtigt. Die möglichen Auswirkungen der EU-Erweiterung wurden in den beiden folgenden Präsentationen aus unterschiedlicher Sicht beleuchtet. Am Ende des Seminars stand eine Synthese, gefolgt von einer zusammenfassenden Abschlussdiskussion.

Der vorliegende Bericht fasst die wichtigsten Punkte der bei diesem Seminar präsentierten Vorträge zusammen.

Migration und Demographie

Seit Ende der 1980er Jahre hat das Thema der internationalen Migration sowohl auf der außen- als auch auf der innenpolitischen Tagesordnung der meisten Industriestaaten zunehmend an Bedeutung gewonnen. Wie Heinz Fassmann ausführte, wirkt sich Migration demographisch in immer mehr Ländern Europas stärker auf die Bevölkerungsgröße und -struktur aus als die Relation von Geburten zu Todesfällen. Zu Beginn der 1990er Jahre war ein dramatischer Anstieg des Zustroms von Asylwerbern, Arbeitsmigranten sowie deren Familienangehörigen zu verzeichnen.

Constantinos Fotakis, der die wichtigsten Ergebnisse des *Sozialberichts 2002* zum Thema geographische Mobilität und Migration vorstellte, kam zu ähnlichen Ergebnissen. In seinem Vortrag unterstrich er den beachtlichen Anstieg der Nettozuwanderungszahlen von Drittstaatsangehörigen. Im Jahr 1998 waren 13 Millionen bzw. 3,5 % der EU-Bevölkerung Drittstaatsangehörige. Dies entspricht einer Zunahme um 50 % seit 1985. Diese Zuwanderung wurde zwar von unvorhersehbaren Ereignissen wie z. B. dem Balkankrieg beeinflusst und kann daher kurzfristiger Natur sein, doch sollte man den strukturellen Trend nicht außer Acht lassen, der den Druck auf die Grenzen der Europäischen Union zunehmend erhöht. Als Reaktion darauf haben die meisten Staaten in Europa ihre Gesetze geändert und versuchen, die Masse der Migranten von ihrem Staatsgebiet fernzuhalten. Diese Politik war durchaus erfolgreich und hat eine Reduktion der Zahl der Neueinwanderer in die 15 Mitgliedstaaten der EU bewirkt. Als unbeabsichtigte Nebenwirkung haben sich dadurch jedoch neue Phänomene ergeben.

Derzeit leben ca. 378 Millionen Menschen in Westeuropa (EU 15). Nachträglich lässt sich nur grob schätzen, wie viele davon Einwanderer bzw. Auswanderer sind. 18,69 Millionen (5,0 %) der 378 Millionen Einwohner sind gemäß ihrer Staatszugehörigkeit Ausländer. In den letzten Jahrzehnten ist der Anteil der ausländischen Bevölkerung in fast allen westeuropäischen Staaten außerordentlich stark angestiegen. Fassmann führte ein Beispiel an: im Jahr 1950 lebten ca. vier Millionen Ausländer in Westeuropa. In den nächsten 20 Jahren verdoppelte sich diese Zahl. Zwischen 1970 und 2000 wuchs sie nochmals um knapp das Zweifache. Laut Fassmann ist diese Entwicklung ein eindrucksvoller Beweis für die Internationalisierung westeuropäischer Gesellschaften. Sie zeigt auch, dass heute – anders als in den 1950er Jahren – viel mehr Menschen von Migration und Einwanderung betroffen sind als bloß eine kleine Gruppe, die leicht übersehen werden kann.

Wie Fassmann weiter ausführte, lässt sich die Zunahme der ausländischen Bevölkerung jedoch nicht allein auf verstärkte Migration zurückführen. Die wachsende Zahl der Ausländer in der Europäischen Union wird auch durch einige andere Faktoren wesentlich beeinflusst:

- ▶ Die Fertilitätsrate vieler Zuwanderergruppen liegt über jener der einheimischen Bevölkerung.
- ▶ Durch die junge Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung weist diese Gruppe automatisch höhere Geburtenziffern als Sterbeziffern auf.
- ▶ Die Zahl der Einbürgerungen pro Jahr ist zu niedrig, um mit der wachsenden Zahl der Immigranten Schritt zu halten.

Seit einigen Jahren ist es nicht mehr möglich, mit den herkömmlichen Daten über die ausländische Bevölkerung die Dynamik des Migrationssystems in Europa zu verfolgen. Fassmann vertrat deshalb die Ansicht, man müsse statt dessen Daten heranziehen, die Migrationsbewegungen aufzeigen, da sie nicht nur relevanter sondern auch genauer sind, wenn es darum geht, den Migrationsprozess zu beschreiben. Er wies jedoch auch darauf hin, dass bei Statistiken über Migrationsbewegungen große Vorsicht angesagt ist, da das wahre Ausmaß der Emigration oft unterschätzt wird. Dies ergibt sich erstens daraus, dass viele Emigranten das Land verlassen, ohne bekannt zu geben, dass sie auswandern. Ein weiterer Grund ist die Tatsache, dass nicht alle 15 EU-Mitgliedstaaten gleichzeitig damit begonnen haben, Auswanderungen systematisch zu erfassen, weshalb die Abwanderungs- und Nettomigrationszahlen nicht der Realität entsprechen. Wenn wir uns auf die aktuellen Trends und die letzten Jahre beschränken, lassen sich drei wesentliche Punkte festmachen:

- ▶ In den 15 Mitgliedstaaten der EU ist die positive Nettomigration höher als in dem klassischen Einwanderungsland USA.
- ▶ Migration ist für die Bevölkerungsentwicklung wichtiger als der natürliche Zuwachs (Geburten und Todesfälle).

- ▶ Eine temporäre Fluktuation bei der – parallel zur Konjunktur verlaufenden – Zu- und Abwanderung wirkt sich signifikant auf die Entwicklung der Migration aus. In diesem Zusammenhang lassen sich vier Phasen unterscheiden:
 - *Start:* In den 1960er und frühen 1970er Jahren holten Staaten in West-, Nord und Mitteleuropa zuerst aus Südeuropa und später aus Nordafrika und der Türkei Gastarbeiter ins Land, um ihren Bedarf an Arbeitskräften zu decken.
 - *Stagnation:* Seit der zweiten Hälfte der 1970er Jahre (nach der Ölkrise im Jahr 1973) verlangsamte sich die Einwanderung zwar aufgrund einer relativ restriktiven Einwanderungspolitik, wurde jedoch auf einem niedrigeren Niveau fortgesetzt. Familienzusammenführung trat teilweise an die Stelle von Arbeitsmigration und die höhere Fertilität der Migranten ließ die ausländische Bevölkerung weiter anwachsen und eine zweite Generation von Einwanderern entstehen.
 - *Zweiter Start:* Ende der 1980er Jahre und in der ersten Hälfte der 1990er Jahre verschlechterten sich nach dem Fall des Eisernen Vorhangs die Lebensbedingungen in den ehemals kommunistischen Ländern enorm. Ethnopolitische Konflikte, Bürgerkriege und Kriege zwischen neu entstandenen Ländern lösten neue Flüchtlingsströme und andere Migrationsbewegungen auf dem Balkan, in Osteuropa, in der Türkei, in Algerien und in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) sowie aus diesen Gebieten in den Westen aus.
 - *Stagnation auf hohem Niveau:* In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre kam es zu einschneidenden Veränderungen in der Migrationspolitik. Die sogenannte ‚Krise des europäischen Asylsystems‘ bewirkte die Einführung neuer und restriktiverer Bestimmungen (z. B. sicheres Herkunftsland, erstes sicheres Land). Die Gastarbeiterrekrutierungspolitik der meisten europäischen Staaten wurde durch Einwanderungsbeschränkungen oder Maßnahmen ersetzt, die darauf abzielten, die Einwanderung gänzlich zu stoppen. Dennoch war die Nettomigration immer noch höher als früher, so dass die EU Ende der 1990er Jahre mit einem Anstieg der legalen Migrationsbewegungen konfrontiert war, der großteils direkt aus den Konflikten im Kosovo resultierte, die Einwohner albanischer Herkunft zwangen, diese Region zu verlassen.

In diesem Zusammenhang stellte sich die Frage: Wer wandert in die EU ein? Fassmann zufolge lassen sich die Hauptgründe und -motive der Einwanderer am besten anhand einer Unterteilung in Gruppen aufzeigen:

- ▶ *Arbeitsmigranten und deren Familienmitglieder:*
Arbeitsmigranten und deren Familienmitglieder sind die größte der in die EU-Mitgliedstaaten einwandernden Gruppen. Mehr als 75 % der jährlichen Einwanderung sind diesem Typ zuzurechnen. Länder mit florierender Wirtschaft, Nachfrage nach Arbeitskräften und hohen Löhnen sind sehr attraktiv für Migranten, vor allem für jene aus Staaten mit hohen Arbeitslosenraten, niedrigen Löhnen und stagnierender Wirtschaft. Migranten, die nach höherem Einkommen und besseren beruflichen Möglichkeiten suchen, folgen dem Gefälle ökonomischer Disparität.
- ▶ *Ethnische Migration:*
Ethnische Migration führt dazu, dass ethnische Minderheiten in Länder ziehen, in denen ihre Ethnie die Mehrheit der Bevölkerung darstellt. Es handelt sich dabei meist um Migration von Ost- nach Westeuropa, vor allem von Volksdeutschen, die von Osteuropa zurück nach Deutschland ziehen. Das wichtigste Merkmal ethnischer Migration ist die Verantwortung eines Staates für alle Menschen, die seiner ethnischen Gemeinschaft angehören.
- ▶ *Asylwerber:*
Verfolgung aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen im Heimatland bildet den Hintergrund für eine Vielzahl von Asylmotiven und Migrationsbewegungen. Asylwerber suchen nicht nach besserer Arbeit, sondern nach einem sicheren Aufenthaltsort. Für Flüchtlinge aus den ehemals kommunistischen Ländern war es leichter, nach Westeuropa zu kommen. Seit Mitte der 1990er Jahre wurde in vielen Staaten Europas das Asylverfahren verschärft.

► *Illegale Einwanderung:*

Die Schließung der legalen Wege nach Europa hat dazu geführt, dass immer mehr Menschen auf verschiedene Art versuchen, illegal nach Europa einzuwandern.

Zwei Fallstudien: Großbritannien und Finnland

Sowohl Großbritannien als auch Finnland zeigen deutlich, dass sich die Migration in Europa unterschiedlich entwickelt hat. Während in Großbritannien die Suche nach ausländischen Arbeitskräften 10 bis 20 Jahre früher begann als in Frankreich, blieb Finnland lange ein Nettoauswanderungsland. Erst 1981 gab es dort mehr Einwanderer als Auswanderer.

Großbritannien

Wie Ceri Peach ausführte, begann in Großbritannien nach dem Krieg im Jahr 1948 die Zuwanderung aus der Karibik. In den 1960er und 1970er Jahren kamen mehr Einwanderer aus Südasien (Indien, Pakistan und Bangladesch) nach Großbritannien als aus der Karibik. Seither hat sich die ausländische Bevölkerung hauptsächlich durch natürlichen Zuwachs vergrößert, so dass nunmehr der Großteil der nicht europäischstämmigen Bevölkerung in Großbritannien geboren ist. Ab 1950 sah sich Großbritannien daher mit einer komplett neuen, nie da gewesenen ethno-demographischen Situation konfrontiert. Die ethnische Minderheit der nicht europäischen Bevölkerung Großbritanniens stieg von ca. 80.000 Personen im Jahr 1951 auf vier Millionen im Jahr 2001. Peach berichtete auch, dass die Menschen, die aus der Karibik nach Großbritannien einwanderten, meist der Arbeiterklasse angehörten. Von allen Minderheitengruppen waren Einwanderer afrokaribischer Herkunft am seltensten in qualifizierten Beschäftigungen zu finden. Interessanterweise war jedoch der Anteil karibischer Frauen in nicht manuellen Beschäftigungen höher als jener karibischer Männer. Die Unterschiede zwischen karibischen und weißen Frauen waren viel kleiner als jene zwischen schwarzen Männern aus der Karibik und weißen Männern.

Die Zuwanderung aus Indien und Pakistan begann später als jene von den Westindischen Inseln, die zwischen 1955 und 1964 ihren Höhepunkt erreichte. Zehn Jahre später (1965–1974) wurden für die Einwanderung aus Indien und Pakistan Spitzenwerte registriert, und danach (1980–1985) für jene aus Bangladesch. Im Gegensatz zu den Einwanderern aus der Karibik handelte es sich bei den frühen Zuwanderern aus Südasien hauptsächlich um Männer aus der Arbeiterklasse. Wie Peach ausführte, war es ihr Hauptziel, Geld zu verdienen, zu sparen und ihre Familien daheim finanziell zu unterstützen. Doch die britischen Einwanderungsgesetze, mit denen man die Einwanderung eindämmen wollte, bewirkten genau das Gegenteil. Statt heimzukehren und damit die Möglichkeit zu verlieren, später nach Großbritannien zurückkehren zu können, brachten die Südasiaten ihre Familien nach Großbritannien und ließen sich dort nicht nur für einen begrenzten Zeitraum, sondern dauerhaft nieder.

Peach erklärte, dass Inder nicht nur aus dem indischen Subkontinent einwanderten. 25–30 % der derzeit in Großbritannien ansässigen indischstämmigen Bevölkerung kamen aus (bzw. sind Nachfahren von Einwanderern aus) Ostafrika. Es handelte sich um qualifizierte und als Unternehmer tätige Gruppen aus der Mittelschicht, die von den unabhängig gewordenen afrikanischen Regierungen in Uganda, Kenia und Tansania des Landes verwiesen wurden. Sie kamen als Familien und nicht als alleinstehende Männer, und mit dem Wissen, dass eine Rückkehr unmöglich war. Es waren gebildete, Englisch sprechende, kultivierte Menschen, für die Großbritannien ein Land war, in dem sie sich auf Dauer und nicht nur vorübergehend niederlassen wollten.

Peach wies auch darauf hin, dass sich Inder einerseits und Pakistanis und Bangladeschis andererseits in ökonomischer Hinsicht deutlich voneinander unterscheiden. Indische Männer verrichten mehrheitlich nicht manuelle Tätigkeiten (56 %) und sind in hochqualifizierten Berufen mit 13 % vertreten, während Pakistanis und Bangladeschis mehrheitlich manuelle Tätigkeiten verrichten (57 % bzw. 66 %) und in hochqualifizierten Berufen nur die Hälfte des Prozentsatzes der Inder erreichen.

Alle drei ethnischen Gruppen aus Südasien zeigen sehr traditionelle Familienmuster und ein sehr hohes Maß an sozialer Selbstabgrenzung. Geheiratet wird fast ausschließlich in der eigenen ethnischen Gruppe. Ein

weiterer Punkt, der die traditionellen Familienmuster unterstreicht, ist die Tatsache, dass mehr als 85 % aller indischen, pakistanischen und bangladeschi Familien aus verheirateten Paaren bestehen. Verglichen mit anderen Gruppen sind Familien mit nur einem Elternteil sehr selten und Lebensgemeinschaften gibt es praktisch keine.

Peach berichtete auch, dass beinahe alle Südasiaten in Familienhaushalten leben. Es gibt einen kleinen, jedoch signifikanten Anteil von Großfamilien (Haushalte mit zwei oder mehr Familien) in allen drei ethnischen Gruppen: bei Indern, Pakistanis und Bangladeschis. Ein derart signifikanter Anteil an Großfamilien ist bei keiner anderen ethnischen Gruppe zu finden.

Peach merkte auch an, dass im Verlauf der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Minderheiten von 0,1 % der britischen Bevölkerung auf knapp unter 7 % anwuchsen.

In Bezug auf die wesentlichen Unterschiede zwischen der karibischen und südasiatischen Bevölkerung griff Peach die folgenden Punkte heraus:

- ▶ Die Haushaltsstruktur der karibischen Gruppe hat sich dem britischen Durchschnitt stark angenähert, während jene der Südasiaten weiterhin davon abweicht. (Britische Haushalte umfassten 1991 durchschnittlich 2,5 Personen; karibische Haushalte 2,6, während in indischen Haushalten durchschnittlich 3,6 Personen, in pakistanischen 4,8 und in bangladeschi Haushalten 5,4 Personen lebten.)
- ▶ Haushalte von Südasiaten weisen nach wie vor einen signifikanten Anteil an Großfamilien auf. Sie halten streng an dem auf dem indischen Subkontinent vorherrschenden Muster fest und unterscheiden sich dadurch von allen anderen Gruppen in Großbritannien.
- ▶ Hinsichtlich Mischehen und Lebensgemeinschaften zeigt die karibische Bevölkerung eine bemerkenswerte Tendenz zur Assimilation und weist einen hohen Anteil an Beziehungen zwischen Schwarzen und Weißen auf. Mehr als ein Fünftel aller Ehen/Lebensgemeinschaften, die karibische Frauen und Männer eingehen, werden mit weißen Partnern geschlossen.
- ▶ Indische, pakistanische und bangladeschi Gruppen sind hingegen sehr homogam und grenzen sich sozial stark ab. Die Eltern wählen die Ehepartner für die Kinder aus, und mehr als 90 % aller Partner kommen aus der gleichen ethnischen Gruppe.
- ▶ Südasiatische Familien bestehen überwiegend aus verheirateten Partnern aus der gleichen ethnischen Gruppe und Kindern.
- ▶ In der karibischen Gruppe findet man hingegen eine Vielzahl an Mustern und Typen. In karibischen Familien sind 42 % Alleinerziehende, in der Gesamtbevölkerung 13 %, in indischen Familien 9 %, in pakistanischen 12 % und in bangladeschi Familien 13 %.

Peach schloss daraus, dass sich die karibische Bevölkerung in sozialer Hinsicht in hohem Maß an die weiße Bevölkerung angeglichen hat, wenngleich in dieser Gruppe die Männer mehrheitlich als Arbeiter tätig sind. Der Anteil der karibischen Männer mit weißer Partnerin ist höher als der Anteil karibischer Frauen mit weißem Partner, doch ist der Prozentsatz der karibischen Frauen, die einer nicht manuellen Tätigkeit nachgehen, höher als jener der karibischen Männer, und ihre sozioökonomische Struktur ist ähnlich gelagert wie jene von weißen Frauen. Andererseits ist der Anteil von Alleinerziehenden mit Kindern in dieser Gruppe sehr hoch und diese sind wirtschaftlich benachteiligt.

Weiters zeigen sich bei der Bevölkerung aus Südasien zwar krasse Unterschiede in Bezug auf wirtschaftlichen Erfolg (Inder haben tendenziell wirtschaftliche Erfolge zu verzeichnen, Pakistanis und Bangladeschi sind im Vergleich dazu wirtschaftlich nicht so erfolgreich), doch gibt es starke kulturelle Ähnlichkeiten in den sozialen Strukturen. Familien sind überwiegend Kernfamilien, verheiratete Partner mit unterhaltspflichtigen Kindern bilden die Norm. Die Ehepartner werden von den Eltern ausgewählt, die Partner gehören meist der gleichen Ethnie an und die Zahl der Großfamilien ist nach wie vor signifikant. Die Größe des Haushalts ist abhängig von Ethnie und gesellschaftlicher Schicht. Indische Haushalte sind kleiner als jene von Pakistanis und Bangladeschis. Die beiden letztgenannten Gruppen scheinen noch tief in ihren traditionellen Werten und Formen verhaftet zu sein. Ihre Verhaltensmuster werden offensichtlich stark von der moslemischen Religion geprägt.

Wie Peach ausführte, gibt es krasse Unterschiede in den beruflichen und gesellschaftlichen Karrieren sowohl zwischen als auch innerhalb der schwarzen und asiatischen Gruppen. Die karibische Bevölkerung zeigt eine bemerkenswerte Tendenz zur Anpassung an die weiße Bevölkerung (viele Mischehen, Lebensgemeinschaften und Mischlingskinder, Anzeichen für geringere Segregation in den Wohngebieten). Für asiatische Gruppen typisch sind ein hohes Maß an Selbstabgrenzung, homogame und in vielen Fällen von den Eltern arrangierte Ehen, Kernfamilien mit Kindern, Großfamilien und eine starke Präferenz für die Ehe anstelle von Lebensgemeinschaft. Außerdem tendieren asiatische Gruppen immer mehr dazu, konzentriert in bestimmten Gebieten zu wohnen. Trotz der Ähnlichkeiten in ihrem sozialen Gefüge unterscheiden sich die Gruppen aus Südasien wesentlich in Bezug auf wirtschaftlichen Erfolg, wobei diese Unterschiede in engem Zusammenhang mit ihrer religiösen Zugehörigkeit stehen.

Finnland

Sirpa Taskinens Beitrag zeigte, dass Finnland bis vor kurzem ein Nettoauswanderungsland war. In den letzten 120 Jahren zogen mehr als eine Million Finnen ins Ausland. Die erste große Auswanderungswelle wurde Ende des 19. Jahrhunderts verzeichnet, als fast 500.000 Menschen – vor allem in die USA und nach Kanada – emigrierten. Die zweite Welle kam nach dem Zweiten Weltkrieg und umfasste 700.000 Emigranten, von denen 75 % nach Schweden auswanderten.

Die Gründung des Gemeinsamen Nordischen Arbeitsmarkts im Jahr 1954 ermöglichte den freien Reiseverkehr zwischen Finnland, Schweden, Norwegen und Dänemark, den mehr als eine Million der nordischen Staatsbürger nutzte. Dies erklärt, warum die Finnen – meist Arbeitsmigranten – zuerst nach Nordamerika und später nach Schweden emigrierten. In den 1960er und 1970er Jahren waren die Arbeitslosigkeit in Finnland sowie bessere Löhne und die Nachfrage nach ungelerten Arbeitskräften in Schweden die Hauptmotive für Emigration. Es gab keine gesetzlichen Hindernisse, weshalb es relativ leicht war auszuwandern. Auch die geographischen, sozialen, kulturellen und sprachlichen Hindernisse hielten sich in Grenzen.

Später trat Finnland dem Europarat (1989), dem Europäischen Wirtschaftsraum (1994) und der Europäischen Union (1995) bei. Dies ermöglichte es finnischen Staatsangehörigen, auch in anderen Mitgliedstaaten der EU zu arbeiten, wodurch die Emigration hochqualifizierter Leute zugenommen hat. Wie Taskinen ausführte, sind die neuen Zielländer Großbritannien, Deutschland und Norwegen, doch ist nach dem Krieg nur jeder vierte finnische Emigrant in ein anderes Land als Schweden ausgewandert. Emigranten, die nach Schweden auswandern, sind meist relativ jung. Es handelt sich dabei vorwiegend um Männer, während die Mehrzahl der Emigranten, die in andere Länder auswandern, Frauen sind. Dieser Trend ist vor allem bei der Emigration nach West- und Südeuropa sehr ausgeprägt. Die Emigrantinnen sind in der Regel älter und besser ausgebildet als die nach Schweden auswandernden Emigranten. Auch bei den Gründen, die sie zur Auswanderung veranlassen, zeigen sich Unterschiede. Bei Frauen ist Heirat das Hauptmotiv, während bei Männern der Wunsch, sich beruflich zu verbessern und etwas Neues zu versuchen, im Vordergrund steht.

Wie Taskinen weiter ausführte, stand Finnland nach dem Zweiten Weltkrieg, in dem es 12 % seines Staatsgebiets verlor, vor der schwierigen Aufgabe, ein neues Zuhause für 420.000 Finnen aus Karelien zu schaffen, die fast geschlossen ihre Heimat verließen, als das Gebiet an die Sowjetunion abgetreten wurde. Größenordnungsmäßig war dies eine der größten Bevölkerungsverlagerungen im neuzeitlichen Europa und stellte auch in der finnischen Geschichte ein einschneidendes Ereignis dar, da 10 % der damaligen Gesamtbevölkerung des Landes davon betroffen waren.

Bis in die frühen 1970er Jahren war Finnland für Immigranten nicht besonders attraktiv. Anfangs kehrten vorwiegend ehemalige Auswanderer aus Schweden zurück. Ungefähr die Hälfte dieser Emigranten ist mittlerweile nach Finnland zurückgekehrt, d. h. pro Jahr kommen ca. 3.000–4.000 Finnen aus Schweden sowie andere Emigranten, z. B. aus Nordamerika, nach Finnland zurück.

1990 begann die Rückwanderung auch aus Russland und Estland (ca. 2.000 Personen pro Jahr). Ein Teil dieser Rückwanderung – die Repatriierung der Ingrier – hat eine heftige Debatte ausgelöst. Ingrier sind Nachfahren von Finnen, die sich im 17. Jahrhundert in der Gegend um St. Petersburg ansiedelten, die damals – ebenso wie der Rest Finnlands – zum Königreich Schweden gehörte.

Laut Taskinen begann die Einwanderung von ‚echten‘ Ausländern erst vor 20 Jahren. Seit 1981 ist die Zahl der Einwanderer pro Jahr um 6.000 bis 10.000 höher als jene der Auswanderer. Durch den Mangel an inländischen Arbeitskräften kam es Ende der 1980er Jahre zu einer geringfügigen Erhöhung, die aufgrund der Rezession in 1990er Jahren jedoch nicht von langer Dauer war. Danach sind die steigenden Einwanderungszahlen auf den Zusammenbruch der sozialistischen Länder, den Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien und auf Flüchtlingswellen auslösende Entwicklungen in Asien und Afrika zurückzuführen.

Als erste kamen in den 1970er Jahren Asylwerber aus Chile nach Finnland. Die meisten von ihnen sind bereits wieder heimgekehrt oder in ein anderes Land weitergezogen. Danach kamen vietnamesische Bootsflüchtlinge, gefolgt von Immigranten aus 65 Ländern, zahlenmäßig angeführt von Somalia, Jugoslawien, dem Irak, der Türkei und dem Iran. Auch aus der Slowakei, aus Polen und Rumänien kamen viele Asylwerber, die jedoch nicht bleiben durften, da sie aus einem sicheren Drittland nach Finnland gekommen waren. Insgesamt kamen zwischen 1990 und 1999 mehr als 18.000 Menschen in Finnland um Asyl. Nur 122 von ihnen wurde Flüchtlingsstatus gewährt; 6.452 erhielten eine Aufenthaltsgenehmigung für Finnland. Absolut gesehen ist die Zahl der Flüchtlinge zwar klein, doch kamen relativ oft Programme zur Familienzusammenführung zur Anwendung, vor allem für Minderjährige ohne Begleitung eines für sie verantwortlichen Erwachsenen. In den letzten 10 Jahren kamen 1.200 unbegleitete Kinder nach Finnland, mehr als die Hälfte von ihnen aus Somalia. Zwischen 1994 und 1998 wurden pro Jahr ca. 1.000 Anträge auf Familienzusammenführung gestellt.

Wie Taskinen berichtete, setzt sich die in Finnland lebende ausländische Bevölkerung aus vier Gruppen zusammen, die sich teilweise überschneiden:

- ▶ *Migranten finnischer Abstammung* (ca. 25.000 Personen): Es sind dies meist schwedische Staatsbürger und deren Kinder, die in den 1960er und 1970er Jahren emigrierten, sowie russische Finnen/Ingrier.
- ▶ *Ehegatten finnischer Staatsbürger* (ca. 22.000 Personen): Für sie war die Heirat der wichtigste Grund, nach Finnland zu kommen. Die überwiegende Mehrheit der verheirateten Ausländer – 81 % der Männer und 85 % der Frauen – hat finnische Ehepartner.
- ▶ *Flüchtlinge*: In Finnland leben insgesamt ca. 15.000 Asylwerber und Flüchtlinge mit Aufenthaltsgenehmigung (17 % aller Ausländer in Finnland).
- ▶ *Arbeitsmigranten, Studenten, Familienmitglieder, u. a.* (schätzungsweise 20.000–25.000 Personen): Nach Finnland migrieren nur wenige Arbeitsmigranten. Sie leben in der Regel nur für eine bestimmte Zeit in Finnland und arbeiten häufig in multinationalen Unternehmen.

In Finnland war die Zahl der Ausländer immer sehr klein. Selbst heute sind bloß 2,5 % der Bevölkerung (130.000 Personen im Jahr 2000) ausländischer Herkunft. Dies ist der niedrigste Prozentsatz in ganz Europa. 90.000 dieser Ausländer sind Europäer, 20.000 Asiaten, 10.000 Afrikaner, der Rest kommt aus anderen Teilen der Welt. Nach Nationen gegliedert, kommt die größte Gruppe aus der ehemaligen Sowjetunion (31.000 Personen), und die zweitgrößte aus Schweden (28.000 Personen). Viele dieser Menschen sind Rückkehrer finnischer Herkunft. Andere große Gruppen von Ausländern kommen aus Somalia (4.400), dem Irak (3.000) und dem ehemaligen Jugoslawien (2.500). Von den insgesamt 9.000 Personen mit EU-Staatsbürgerschaft sind die meisten aus Großbritannien (2.200) und Deutschland (2.200). Aus den USA leben 2.100 Personen in Finnland.

Die Bandbreite des bildungsmäßigen Hintergrunds ist innerhalb der verschiedenen nationalen Gruppen zwar sehr groß, doch erreichen Migranten aus China (obgleich eine bipolare Gruppe), aus der ehemaligen Sowjetunion, aus dem östlichen Teil Mitteleuropas, aus Nordamerika und aus den Nordischen Ländern die höchsten Durchschnittswerte in Bezug auf das Bildungsniveau. Diese Migranten sind im Gesundheitssektor, im Handel, in Management, Lehre und im technischen Bereich tätig. Migranten aus Südeuropa, Südasien und Afrika arbeiten hingegen vorwiegend im Gastgewerbe und in der Reinigungsindustrie. In Finnland ist der sozioökonomische Status von Leuten, die in diesen Branchen arbeiten, niedrig und ihre Wohnverhältnisse sind in der Regel dürftig. Ende 1997 wurde der höchste Anteil an Unternehmern bei Migranten aus der Türkei (22 %), dem Nahen Osten (7 %) und der EU (7 %) verzeichnet.

Die rasche Zunahme der Einwanderer ab den 1990er Jahren fiel zusammen mit einer einschneidenden Rezession. Dies führte zu Massenarbeitslosigkeit bei der Mehrheitsbevölkerung; besonders betroffen davon waren Jugendliche und Einwanderer. 1996 war die Arbeitslosenrate der Immigranten auf 48 % angestiegen und variierte auch stark nach einzelnen ethnischen Gruppen. Für Vietnamesen betrug sie 59 %, für Russen 69 % und für Somalis 81 %.

Taskinen berichtete auch, dass die Beschäftigungszahlen seit dem Ende der Rezession nur langsam gestiegen sind. Die Wahrscheinlichkeit, keine Arbeit zu finden, ist für die meisten Migranten immer noch höher als für Einheimische, während sich die Arbeitslosenraten für Staatsangehörige der USA und der Europäischen Union kaum von jenen der Mehrheitsbevölkerung unterscheiden. Bezüglich der regionalen Verteilung zeigt sich eine Konzentration in großen Städten: in Finnland lebt die Hälfte der ausländischen Bevölkerung in Städten. Finnland betreibt seit langem eine strenge Asyl- und Flüchtlingspolitik und wird dafür vor allem von den anderen Nordischen Ländern, deren Politik viel großzügiger ist, heftig kritisiert.

Innerhalb eines Jahrhunderts hat sich Finnland von einer traditionellen, bäuerlichen Gesellschaft zu einem hochentwickelten postindustriellen Wohlfahrtsstaat gewandelt. Früher wanderten Finnen auf der Suche nach Arbeit aus. Die Emigration verlief in der Regel parallel zur Konjunktur in den Zielländern: in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs nahm sie zu; in Zeiten der Rezession ging sie zurück. Große Unterschiede in der sozialen Sicherheit und bezüglich der Beschäftigungsmöglichkeiten sind zwar eine Voraussetzung für Emigration, doch der ausschlaggebende Faktor ist die Nachfrage nach Arbeitskräften im Zielland.

Außerdem ist seit 1980 ein Rückstrom zu beobachten, der mit einer niedrigen, jedoch ständig steigenden Nettomigration einhergeht. Zirka die Hälfte aller Emigranten, die Finnland nach dem Zweiten Weltkrieg verließen, sind in ihre Heimat zurückgekehrt, vor allem aus Schweden. Heute sind die Hightech-Industrien im Mobiltelefon- und Datentechnologiesektor interessant für ausländische Arbeitskräfte. Die neuen finnischen Emigranten sind häufig junge, erfolgsorientierte Leute, die eine internationale Karriere anstreben. Heirat ist einer der Hauptgründe, warum Menschen sowohl aus Finnland auswandern als auch nach Finnland einwandern.

Taskinens Resümee: es herrscht breiter Konsens darüber, dass schon heute, aber vor allem in Zukunft, dauerhaft verschiedene ethnische Gruppen in Finnland leben (werden). Durch die europäische Integration wird sich auch die Zahl der kurzfristig in Finnland lebenden Ausländer erhöhen. Finnland muss daher von einer relativ homogenen zu einer polyvalenten Kultur werden. Dazu ist es erforderlich, Beamte in Zusammenarbeit mit Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) zu schulen, um die Bereitstellung von Diensten für Menschen ausländischer Herkunft zu gewährleisten. Im Bildungssystem wird der Berücksichtigung ethnischer Aspekte zunehmend mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Die Medien haben bei der Verbreitung von Informationen und bei der öffentlichen Meinungsbildung zum Thema Migration eine wichtige Rolle gespielt und werden dies auch weiterhin tun.

Geographische Verteilung der Migranten

Die beiden soeben vorgestellten Fallstudien zeigen die ungleiche Verteilung von Drittstaatsangehörigen innerhalb der EU. Diese Tatsache wurde auch von Fassmann aufgegriffen, der darauf hinwies, dass der Ausländeranteil in einigen Mitgliedstaaten der EU ganze 1–2 % beträgt, während er in anderen bei 8–10 % liegt. Fassmann unterstrich auch, dass ein relativ niedriger Prozentsatz – nämlich bloß 5 % – der 374 Millionen in den 15 Mitgliedstaaten lebenden Bevölkerung Drittstaatsangehörige sind. Demgegenüber steht die politische Relevanz der Zuwanderung von Drittstaatsangehörigen. Ein Grund dafür mag die ungleiche Verteilung der Migranten innerhalb der Europäischen Union sein. Eine genauere Analyse unter Anwendung eines anderen Maßstabs zeigt uns Stadtgebiete mit einem Ausländeranteil von 20–30 %, und ländliche Räume, in denen die Zahl der Ausländer keineswegs signifikante Größenordnungen erreicht. Laut Fassmann ist die ungleiche Verteilung ein wesentlicher Faktor in der heutigen ‚Geographie‘ der europäischen Migration und erklärt, warum die Gesellschaft in unterschiedlichem Maß darauf reagiert.

Wie Fassmann berichtete, wurde im Jahr 2000 in Deutschland der höchste Ausländeranteil verzeichnet (7,3 Millionen), gefolgt von Frankreich (3,3 Millionen), Großbritannien (2,3 Millionen) und Italien (1,1 Millionen); d. h. es leben 40 % aller Ausländer in nur einem Mitgliedstaat – nämlich in Deutschland, 18 % in Frankreich und 12 % in Großbritannien. 80 % aller Drittstaatsangehörigen in der EU leben somit in einem dieser Länder.

Bis zu einem Drittel aller Ausländer, die in einem der 15 Mitgliedstaaten leben, sind Staatsangehörige eines anderen Mitgliedstaats der EU; zwei Drittel kommen aus Ländern, die nicht zur EU gehören. Ein Blick auf die 10 wichtigsten Aufnahmeländer in Europa zeigt, dass türkische Staatsbürger – d. h. sowohl ethnische Türken als auch Kurden – nicht nur in Deutschland, sondern auch in ganz Westeuropa die größte Ausländergruppe stellen. Zirka drei Millionen türkische Staatsangehörige (ein Sechstel aller Nicht-EU-Ausländer) leben heute in nur einem der 15 EU-Mitgliedstaaten. Bei der zweitgrößten Gruppe handelt es sich um Bürger aus dem ehemaligen Jugoslawien, hauptsächlich um Kroaten, Serben, bosnische Moslems und ethnische Albaner. Marokkaner und Algerier belegen den dritten bzw. vierten Platz.

Migrationstrends

Was die Migrationstrends in Europa betrifft, ist Fassmann überzeugt, dass die zunehmende Illegalisierung internationaler Migration zu Menschenschmuggel und Menschenhandel führt. Aufgrund der nunmehr verschärften Kontrollen in Westeuropa wird es für illegale Migranten immer schwieriger, in die EU oder ein anderes Land zu gelangen. Arbeitskräfte mit geringer Qualifikation haben schlechtere Chancen, legal auf dem westeuropäischen Arbeitsmarkt tätig zu sein. Strenge Einwanderungskontrollen in Westeuropa führen immer häufiger dazu, dass organisierte und kriminelle Banden Menschen illegal in die EU einschleusen. Der wachsende Menschenschmuggel kann als Indikator für eine zunehmende Privatisierung von Migration interpretiert werden. Es wurde auch darauf hingewiesen, dass die Maghreb-Länder als Herkunftsregion für die EU an Bedeutung gewinnen. Es stellt sich somit die Frage nach einer EU-weiten Migrationspolitik.

EU-Migrationspolitik

Im Beitrag von France Mochel wurde ausgeführt, dass mit Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam im Mai 1999 alle Visa, Asyl, Immigration und Außengrenzen betreffenden Angelegenheiten in den Zuständigkeitsbereich der Europäischen Union fallen, auch wenn diese von ihren neuen Befugnissen noch keinen Gebrauch gemacht hat. Der Vertrag enthält einen Maßnahmenkatalog, der innerhalb von fünf Jahren nach Inkrafttreten umzusetzen ist. Ab 1. Mai 2004 liegt das ausschließliche Recht, Gesetze zu initiieren, bei der Kommission. Diese Neuerungen sind in zweifacher Hinsicht von Bedeutung. Erstens werden rechtsverbindliche Texte angenommen werden, die alle Mitgliedstaaten, welche sich zur Umsetzung von Titel IV bereit erklärt haben, dazu verpflichten, sie in Kraft zu setzen. Zweitens werden sich dadurch die demokratische und gerichtliche Kontrolle enorm verbessern.

Beim Europäischen Rat in Tampere wurde festgehalten, dass die Europäische Union ein umfassendes Migrationskonzept benötigt, in dem die Fragen behandelt werden, die sich in Bezug auf Politik, Menschenrechte und Entwicklung in den Herkunfts- und Transitländern und -regionen stellen. Der Europäische Rat erkannte an, dass eine Annäherung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften über die Bedingungen für die Aufnahme und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen auf der Grundlage einer gemeinsamen Bewertung der wirtschaftlichen und demographischen Entwicklungen innerhalb der Union sowie der Lage in den Herkunftsländern erforderlich ist.

Am Ende der Sondertagung unterstrich der Europäische Rat die Dringlichkeit folgender Punkte:

- ▶ Schaffung von *europaweit kohärenten einzelstaatlichen Rechtsvorschriften* über die Bedingungen für die Aufnahme und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen.
- ▶ *Sicherstellung einer gerechten Behandlung von Drittstaatsangehörigen*, die sich rechtmäßig im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten aufhalten. Die Regierungschefs betonten auch, dass eine energischere Integrationspolitik darauf ausgerichtet sein sollte, ihnen vergleichbare Rechte und Pflichten wie EU-Bürgern zuzuerkennen.

- ▶ *Effizientere Steuerung der Migrationsbewegungen* in sämtlichen Phasen: Gefordert wurden die Durchführung – in enger Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern – von Informationskampagnen über die tatsächlichen Möglichkeiten der legalen Einwanderung sowie die Prävention aller Arten des Schlepperunwesens.

Im März 2000 legte die Kommission dem Rat einen ‚Anzeiger‘ für die Schaffung eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts vor, welcher verschiedene Maßnahmen auflistet, die zur Erfüllung der Tampere-Beschlüsse umgesetzt werden müssen. Im Bereich der legalen Immigration hat die Kommission bereits mehrere Vorschläge unterbreitet, die u. a. die folgenden Entwürfe umfassen:

- ▶ Einen Richtlinienentwurf betreffend das Recht auf Familienzusammenführung. Dieser wurde im Dezember 1999 vorgestellt und danach mehrmals abgeändert. Der letzte modifizierte Entwurf wurde am 2. Mai 2002 präsentiert.
- ▶ Einen Richtlinienentwurf betreffend den Status langfristig aufenthaltsberechtigter Drittstaatsangehöriger in einem Mitgliedstaat.
- ▶ Einen Richtlinienentwurf zu den Bedingungen der Einreise und des Aufenthalts von Angehörigen von Drittstaaten zum Zweck bezahlter Beschäftigung und selbständiger Erwerbstätigkeit.
- ▶ Richtlinienentwürfe über die Voraussetzungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen, die ein Studium oder eine Berufsausbildung absolvieren oder einer unbezahlten Tätigkeit nachgehen wollen. Diese Richtlinienentwürfe werden demnächst erscheinen.

Wie Mochel berichtete, handelt es sich beim ersten Richtlinienentwurf betreffend das Recht auf Familienzusammenführung um ein umfassendes und ausgewogenes Dokument, mit dem der Schutz des Familienlebens von Drittstaatsangehörigen sichergestellt wird. Der Entwurf legt das Recht auf Familienzusammenführung für alle Drittstaatsangehörigen fest, die sich legal in einem Mitgliedstaat aufhalten. Die Mitgliedstaaten können auch die Erfüllung anderer Bedingungen verlangen, z. B. fixe und regelmäßige Einkünfte, einen angemessenen Wohnraum und den rechtmäßigen Aufenthalt des Zusammenführenden im nationalen Hoheitsgebiet während eines Zeitraums, der ein Jahr nicht überschreiten darf, bevor seine Familienangehörigen ihm nachreisen. Im Entwurf als Familienmitglieder definiert sind eheliche und nicht-eheliche Lebenspartner, Kinder unter 18, sowie Verwandte oder Kinder über 18, wenn diese voll unterhaltspflichtig sind. Der Entwurf legt auch die Rechte dieser Familienmitglieder fest. Sobald sie eingereist sind, haben sie Zugang zu Arbeit sowie zu allgemeiner und beruflicher Bildung. Nach vierjährigem Aufenthalt haben sie das Recht auf einen eigenen Aufenthaltstitel, der unabhängig von jenem des Zusammenführenden ist. Der Entwurf enthält auch Bestimmungen über Scheinehen.

Wie Mochel berichtete, unterstützt das Europäische Parlament diesen Entwurf, forderte jedoch eine Begrenzung des Anwendungsbereichs. Daraufhin unterbreitete die Kommission am 10. Oktober 2000 einen modifizierten Vorschlag. Im Rat wird seit der portugiesischen Präsidentschaft verhandelt, doch wurde bislang noch keine Einigung erzielt. Der Europäische Rat in Laeken am 14. und 15. Dezember 2001 bestätigte die Notwendigkeit, die in Tampere festgelegten Ziele zu erreichen, und ersuchte die Kommission, bis 30. April 2002 einen neuen, modifizierten Entwurf vorzulegen.

Im Bereich der illegalen Migration umfassen die Vorschläge der Kommission u. a.:

- ▶ eine Mitteilung über eine gemeinsame Politik auf dem Gebiet der illegalen Einwanderung,
- ▶ einen Aktionsplan, der sich auf diese Mitteilung stützt und dann zu implementieren ist, und
- ▶ ein Grünbuch über eine Gemeinschaftspolitik zur Rückkehr illegal aufhältiger Personen.

Familien und Angehörige im Migrationsprozess

Wie mehrere Vortragende betonten, hat dauerhafte Niederlassung die früher auf einen begrenzten Zeitraum angelegte Arbeitskräftewanderung verdrängt. Die für heutige Migrationsprozesse typische Dauerhaftigkeit hat in den Aufnahmeländern neue soziale Akteure hervorgebracht: Einwandererfamilien. Raffaele Bracalenti hob die Bedeutung der Familie im Migrationsprozess hervor.

Wie Bracalenti ausführte, fungiert in einer Welt, in der sowohl die Zeitpunkte des Wegziehens als auch des Ankommens ständig im Fluss sind, auf der kulturellen Ebene die Familie – egal ob zusammengeführt oder getrennt, Kern- oder Großfamilie – als Mittler zwischen Aufnahme- und Herkunftsland. Sie bildet die Grundlage, die eine Umstrukturierung von neuen Formen kollektiven Ausdrucks, Generationenbeziehungen und Austauschnetzen zwischen Vergangenheit und Gegenwart ermöglicht.

Im *Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte* aus dem Jahr 1966 wird Familie als die natürliche Kernzelle der Gesellschaft gesehen, die Anspruch auf Schutz durch Gesellschaft und Staat hat. Bracalenti wies darauf hin, dass dieses ‚Familienprinzip‘ auf einer sehr alten Vorstellung beruht, die immer noch die Grundlage für alle Programme zur Familienzusammenführung bildet. Das erste Problem, das sich in diesem Zusammenhang stellt, ist die Definition von ‚Familie‘. Das traditionelle Konzept einer stabilen Kernfamilie, d. h. ein Mann und eine Frau, die nach einer Hochzeitszeremonie gemeinsam mit ihren leiblichen Kindern unter einem Dach leben, bis diese volljährig sind (in der Regel mit 18 Jahren) erweist sich zunehmend als ungeeignet.

Laut Bracalenti ist diese traditionelle Definition in mehrfacher Hinsicht problematisch. Unter anderem kann der Begriff auch Großfamilien und in materieller Hinsicht abhängige Familienmitglieder umfassen und damit auch Großeltern, Tanten, Onkel, Cousins und Cousinen einschließen. Durch Scheidung und Gründung eines separaten Haushalts können neue Familienformen, wie z. B. Alleinerzieher-Familien, entstehen. Außerdem wird die Definition von leiblichen Kindern durch neue Gentechnologien in Frage gestellt und erweitert, ebenso durch eheähnliche Lebensgemeinschaften von heterosexuellen und homosexuellen Paaren, die ebenfalls eigene Kinder haben oder adoptieren können. Bracalenti zeigte, dass die neue Rolle der Familie in einem komplexen Beziehungsnetzwerk ihrer Mitglieder sowohl in der Aufnahmegesellschaft als auch in der Gesellschaft des Herkunftslands oft unberücksichtigt bleibt.

Er ist der Ansicht, dass bei der Emigration verschiedene Prozesse das traditionelle System familiärer Beziehungen schwächen und einem starken Druck von innen aussetzen. Die gemeinsame Nutzung eines kollektiven Raums – der sich aufgrund besserer Reisebedingungen und technischer Kommunikationsmöglichkeiten zwischen Herkunftsland und Aufnahmeland ständig ausweitet – bewirkt ebenfalls eine Modifizierung und Umstrukturierung familiärer Beziehungen.

Wenn Immigration selbst ein Prozess ist, der sich aus verschiedenen Phasen und Elementen zusammensetzt, macht es Sinn, die Familie als soziales Aggregat zu sehen, das in allen Phasen von Bedeutung ist. Für Bracalenti ist die Familie eine aus einzelnen Migranten bestehende, getrennte oder wiedervereinte Gruppe, ein Beziehungsnetzwerk auf Distanz, sowie ein imaginäres Beziehungsnetzwerk. Sie wird damit zu einem breiten Forschungsfeld, das sich nicht auf die Analyse der Relation zwischen gesellschaftlichen Veränderungen und identifikationstheoretischen Reformulierungen ihrer einzelnen Komponenten beschränkt, sondern auch die Beobachtung des derzeitigen Stands und der Entwicklung interkultureller Prozesse einschließt.

In diesem Zusammenhang unterstrich Bernhard Nauck die Bedeutung der Generationenbeziehungen. Er nannte mehrere Gründe, warum diese zu einem besseren Verständnis von Einwandererfamilien beitragen:

- ▶ Da die meisten Einwandererfamilien aus Ländern kommen, in denen ihre soziale Sicherheit nicht umfassend gewährleistet ist, sichern sich diese Menschen vor den Risiken des Lebens durch unmittelbar zwischen den Generationen erbrachte Leistungen ab. Diese Funktionen der unmittelbaren materiellen Absicherung durch Generationenbeziehungen haben weitreichende Auswirkungen auf ihre kulturelle und institutionelle Ausgestaltung sowie darauf, was Eltern und Kinder füreinander bedeuten, was sie gegenseitig voneinander erwarten und welchen ‚Wert‘ sie füreinander haben.
- ▶ Viele migrationsbezogene Ziele lassen sich nur im Generationenzusammenhang legitimieren und realisieren. Dazu zählen Kettenmigration in die Aufnahmegesellschaft auf der Basis bereits vorhandener Familienkontakte, Erstzugang zum Wohnungs- und Arbeitsmarkt, etc.
- ▶ Abgesehen davon spielen Generationenbeziehungen eine entscheidende Rolle bei der Weitergabe der Kultur der Herkunftsgesellschaft.

Zur Untersuchung des Migrationsprozesses entwickelte Bracalenti ein analytisches Modell, das sich in drei unterschiedliche Bereiche gliedert, in welchen die Relation zwischen Familie und Immigration Form und Struktur annimmt. Konkret handelt es sich dabei um

- ▶ den psychologisch-emotionalen Bereich,
- ▶ den Integrationsbereich, und
- ▶ den wirtschaftlichen Bereich.

Psychologisch-emotionaler Bereich

Bracalenti vertritt die Ansicht, dass Immigranten auf ihrer von Hoffnungen getragenen Reise ein kulturelles Erbe im Gepäck haben, mit dessen Hilfe sie ihr neues Umfeld definieren und strukturieren. Im Zuge ihrer *rite de passage*, die letztendlich den Migrationsprozess ausmacht, wird allmählich ein neuer räumlicher Symbolismus – ein Bereich von kontinuierlich reproduzierter Interaktion – definiert.

Im Verlauf des Migrationsprozesses kommt es zunehmend zu einer Neuordnung und Neudefinition, die sich in unterschiedlichen Formen, Zeichen und Symbolen zeigen, z. B. geänderte Sitten, eine Ausweitung des genutzten Raums, oder – bedingt durch den neuen Arbeitsmarkt – die Herausbildung neuer Rollen und Funktionen. Auch für den Einzelnen eröffnen sich neue Perspektiven mit sichtbaren Auswirkungen auf den sozialen Kontext.

Veränderungen in den zwischenmenschlichen Beziehungen führen zu Konflikten in der Familie. Durch die Immigration bilden sich neue Rollen heraus: Frauen werden unabhängig und eignen sich praktische Fertigkeiten an, welche die patriarchalische Logik innerhalb der Familie in Frage stellen bzw. untergraben. Bracalenti zeigte auch, dass das Festhalten an Traditionen eine Reaktion auf Schwierigkeiten im Migrationsprozess sein kann, die zu einer Akzentuierung der Unterschiede zwischen eigenen Werten und jenen der dominanten Kultur führen. Je größer die Schwierigkeiten sind, mit denen eine Migrantenfamilie zu kämpfen hat, desto komplexer werden ihre Beziehungen. Die Familie ist der Ort, an dem im Kontext der Unfähigkeit der Familie, ein adäquates Familienmodell zu reproduzieren oder sich an lokale Familiennormen anzupassen, neue Relationen ausgehandelt und gebildet werden. Die Familie ist die Schaltstelle kollektiver Erinnerungen, die von den Eltern sichergestellt werden, der sakrosankte und symbolische Bezugspunkt für die Identifikation. Gleichzeitig ist sie der Austragungsort für Konflikte und Austausch zwischen den Generationen, die mit unterschiedlichen räumlich-zeitlichen Perspektiven interagieren. Jedenfalls sind die Konnotationen von Familie ambivalent und sicherlich vielfältiger als jene in einem monokulturellen Umfeld.

Bracalenti vertritt deshalb die Ansicht, dass Zuwandererfamilien im Kreuzfeuer von Forderungen und Ansprüchen stehen. Es bedarf großer Anstrengung, ihre Beziehungen den Gegebenheiten anzupassen, sie neu zu verhandeln und zu revidieren. Trennungen, Heimweh und Betrübnis über abgerissene Verbindungen zu den Daheimgebliebenen gehören zum Alltag all jener, die in einem fremden Land leben. Bracalenti betonte aber auch, dass Einwandererfamilien nicht immer mit Konflikten und Trennungen konfrontiert sind. In einigen Fällen transformiert die Familie das Leid und die Disjunktion zwischen Räumlichkeit und subjektivem Erleben und lässt so in der Diaspora Hoffnung aufkommen.

Laut Bracalenti sind die Konnotationen von Familie ambivalent. Einerseits kann Migration zu individuellem und kollektivem Identitätswandel und veränderten Geschlechterrollen führen, was möglicherweise eine Unterminierung traditioneller Familienstrukturen nach sich zieht. Andererseits ging er davon aus, dass das Wohlergehen des Einzelnen von seinen positiven familialen (bzw. emotionalen) Beziehungen abhängt. Die Familie kann also gesehen werden als

- ▶ Austragungsort von *Konflikten*, wenn sich traditionelle zwischenmenschliche Beziehungen ändern und sich innerhalb der Familie unterschiedliche Perspektiven entwickeln; oder
- ▶ als *Transformator von Leid*, das sich letztlich in große Hoffnung gegenüber der Aufnahmegesellschaft verwandelt.

Familie als Integrationsindikator und -instrument

Der Begriff ‚Integration‘ bezeichnet ein komplexes Konzept. Laut Bracalenti ist seine Bedeutung abhängig von Zeit und Raum, von der jeweiligen Migrationspolitik, der kulturgeschichtlichen Situation und den Phasen der Verwurzelung und des Aufbaus eines neuen Lebens im neuen Land. Immigration ist ein Teilaspekt davon. Aus verlaufstechnischer Sicht ist Integration ein vielschichtiger Weg. Bracalenti vertrat die Auffassung, Integration umfasse einerseits die Aufnahmegesellschaft, und andererseits den Einwanderer als Individuum, das mit einem komplexen Netzwerk von Symbolen und Bedeutungen konfrontiert ist, welches auch jene seines Herkunftslandes inkludiert.

Wie er ausführte, gibt es zwischen dem persönlichen Bereich, in dem Identität in einem polymorphen Ablauf kontinuierlich ent- und restrukturiert wird, und dem öffentlichen Bereich, in welchem man politisch versucht, den Immigranten als Rechtspersönlichkeit anzuerkennen, einen dritten Bereich, in welchem Integration für den facettenreichen Prozess steht, die ständige Unsicherheit und Abgrenzung zu überwinden, welcher der Einwanderer ausgesetzt ist.

Laut Bracalenti kann man Integration entweder als die Eingliederung der neuen Gruppen in die sozialen und kulturellen Strukturen der Einwanderungsländer definieren oder als die Art und Weise, in der diese für den Zugang zu den umfassenderen Systemen der Aufnahmegesellschaft genutzt werden. Er zog daraus den Schluss, dass die Familie entweder als wesentlicher Stützfaktor oder als Hindernis fungieren kann. Mischehen oder Unternehmertum von Immigranten, sowie der Wunsch der zweiten Generation, selbst zu Akteuren in der Aufnahmegesellschaft zu werden, stellen integrationsfördernde Faktoren dar, während das Beharren auf starken Familienwerten seitens der Immigrantenfamilien als Wunsch, sich nicht zu integrieren, interpretiert werden kann. Daher darf Integration nicht ausschließlich als Assimilation gesehen werden, die einen Bruch zwischen den Generationen und mit der Gesellschaft im Herkunftsland voraussetzt. Integration kann auch als Prozess der Sozialisation interpretiert werden, der sich durch intergenerationale ‚Harmonie‘ sozialer Verläufe auszeichnet.

Familie als ökonomisches Aggregat

Laut Bracalenti liegt dem Entschluss auszuwandern meist der Wunsch zugrunde, die wirtschaftliche Lage der Familie zu verbessern. Gleichzeitig ermöglicht die Unterstützung des familialen Netzes den Migrationsprozess. Migration wird oft als erfolgreich erlebt, wenn es der Familie gelingt, sich als selbständiges Unternehmen zu etablieren. Man kann die Einwandererfamilie als Wirtschaftseinheit daher auch nach ihrer Wirkung in Bezug auf Kosten und Nutzen analysieren, denn die Familie bildet eine wesentliche interne Produktionseinheit, ein Solidaritätsnetz, das Gelegenheit für soziales Vorwärtskommen bietet.

Je stabiler der Etablierungsprozess im Aufnahmeland verläuft, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich im Verhältnis und in der Kommunikation über die Art und Höhe der monetären Transfers ins Heimatland Änderungen ergeben. Bracalenti verwies auf die unbestrittene Tatsache, dass eine Stabilisierung im neuen Land neue Bedürfnisse und höhere Ausgaben nach sich zieht. Durch Delokalisierung und Transnationalität führt Immigration zur Manifestation neuer Formen von Solidarität.

Bracalenti zog daraus den Schluss, dass der dauerhafte Charakter der Migrationsprozesse das Erscheinungsbild der neuen sozialen Akteure – d. h. Migrantenfamilien – in den Aufnahmeländern prägt. Die Schwierigkeiten und das Gefühl, aus der Gesellschaft ausgeschlossen zu sein, das Immigranten der zweiten Generation erleben, führen auf innerfamiliärer und gesellschaftlicher Ebene zu Konflikten, die oft gewaltsame Formen annehmen. Transformation und Größe der Netzwerke von geographisch voneinander getrennt lebenden Personen werden von der Technik bestimmt. In der Fantasie kann man sich ein neues Leben vorstellen und – in einigen Fällen – auch erleben. Wird diese symbolische Bezugswelt ausgeweitet und bis zu einem gewissen Grad mit der Gemeinschaft geteilt, erschließen sich zunehmend hybride und translokale Räume. Dies führt zu einer tiefgreifenden Veränderung der sozialen Rollen von Einwandererfamilien.

Als Netz sozialer, symbolischer und materieller Netzwerke ist die Familie für Bracalenti ein Kommunikationsmittel, das eine ständige Informationszufuhr gewährleistet. Die Familie bestimmt die strikte Überlagerung von persönlichen und kollektiven Geschichten, von Geschichten über jene, die gefühls-

mäßige Bindungen und Solidarität konstruieren und rekonstruieren, und jene, die aus der Ferne alte Verpflichtungen aufrecht erhalten – sowie über jene, die gehen, und jene, die bleiben. Dies ist darauf zurückzuführen, dass Emigration ein Gemeinschaftsprojekt ist, an dem auch all jene beteiligt sind, die in ihrem Territorium und in ihren traditionellen sozialen Rollen verhaftet bleiben. In diesem komplexen Bedeutungsnetzwerk wird die räumliche Mobilität der Familie zum soziokulturellen Faktor: ihre Formen zerfallen und setzen sich neu zusammen und wirken sich so auch auf die Gesellschaftsstruktur aus. Im Zuge des Migrationsprojekts zerbricht die Migrantenfamilie in eine Vielzahl von persönlichen Geschichten und delokalisierten Überlagerungen, wobei Veränderungen und Mobilität die Identifizierung ihrer Formen erschweren.

Generationenbeziehungen in Migrantenfamilien

Werte von Kindern für ihre Eltern

Bernhard Nauck untersuchte die Werte von Kindern für ihre Eltern und fragte, ob es diesbezüglich kulturelle Unterschiede gibt. Eine Schlüsselfrage in diesem Zusammenhang ist, ob ökonomisch-utilitaristische oder psychologisch-emotionale Erwartungen dominieren:

- ▶ Ökonomisch-utilitaristische Erwartungen an Kinder beinhalten dabei z. B. die frühe Mithilfe im Familienhaushalt, die (junge, vergleichsweise billige, vielseitig und flexibel einsetzbare) Arbeitskraft im Familienbetrieb, die spätere Hilfe, Sorge und Unterstützung im eigenen Alter und finanzielle Unterstützung nach Beendigung der eigenen Erwerbstätigkeit, im Fall von Krankheit, Not und Arbeitslosigkeit.
- ▶ Psychologisch-emotionale Erwartungen an Kinder beinhalten dabei z. B. die Bereicherung des eigenen Lebens durch Kinder, die Selbsterfahrung in der Elternrolle, den Aufbau einer engen, die gesamte Lebensspanne umgreifenden, einmaligen und unverwechselbaren emotionalen Beziehung.

Nauck argumentierte, es sei nur in Wohlstandsgesellschaften mit hohen sozialstaatlichen Leistungen denkbar, dass ausschließlich psychologisch-emotionale Erwartungen bei der Entscheidung der Übernahme elterlicher Verantwortung bedeutsam sind und ökonomische Aspekte der Eltern-Kind-Beziehungen nur mehr als Kostenfaktoren in Erscheinung treten. Demgegenüber werden in Armutsgesellschaften ohne sozialstaatliche Leistungen immer Nützlichkeitsabwägungen bei der Entscheidung für Elternschaft im Vordergrund stehen.

Nauck bezieht sich dabei in seiner Analyse auf Ergebnisse von unterschiedlichen Vergleichsstudien, die er mit US-amerikanischen, deutschen, griechischen, italienischen, türkischen, vietnamesischen Migrantenfamilien und deutschstämmigen Aussiedlerfamilien aus Russland durchgeführt hat.

Die ökonomischen und utilitaristischen Erwartungen von Eltern an ihre Kinder in den USA liegen auf einem drastisch niedrigeren Niveau als in der Türkei; sie reduzieren sich auf Hilfestellung in Notfällen. In der Türkei waren die utilitaristischen Erwartungen 1975 bei den Müttern durchwegs höher als bei den Vätern. Diese positionsspezifische Differenzierung war bei den Angloamerikanern – obgleich noch sichtbar – weitgehend eingeebnet. In der Türkei richteten sich zu diesem Zeitpunkt die Erwartungen durchweg stärker auf Söhne als auf Töchter; diese geschlechtsspezifische Differenzierung ökonomisch-utilitaristischer Erwartungen war in den USA praktisch verschwunden.

Nauck verglich auch Eltern deutscher, griechischer, italienischer, türkischer und vietnamesischer Abstammung sowie deutsche Aussiedlerfamilien. Wie er ausführte, sind Generationenbeziehungen in den deutschen Familien mit großer Ausschließlichkeit als emotionale Beziehungen organisiert. Intergenerative Transfers von Dienstleistungen, Geld und Gütern sind zwar vorhanden, ‚definieren‘ jedoch diese Beziehungen nicht. Zugleich belegen empirische Befunde erneut, dass Generationenbeziehungen in deutschen Familien matrilinear organisiert sind, d. h. sie werden von Frauen getragen und sind in der weiblichen Linie stärker ausgeprägt.

Naucks Untersuchungen zeigen, dass italienische und griechische Familien hinsichtlich dieser Werte die größte Ähnlichkeit zu deutschen Familien aufweisen. Sie unterscheiden sich von letzteren dadurch, dass die kulturelle Spezialisierung der Generationenbeziehungen auf psychologisch-emotionale Aspekte weniger stark

ausgeprägt ist. Intern unterscheiden sie sich dadurch, dass die italienischen Familien stärker matrilinear, die griechischen Familien stärker patrilinear organisiert sind.

In vietnamesischen und türkischen Familien haben ökonomisch-utilitaristische Erwartungen an intergenerative Beziehungen eine deutlich größere Bedeutung als in deutschen, italienischen und griechischen Familien. Dies ist jedoch nicht mit einer verminderten Bedeutung psychologisch-emotionaler Werte verbunden. Die Generationenbeziehungen haben vielmehr einen multifunktionalen Charakter, statt auf ihre emotionale Dimension spezialisiert zu sein.

Aussiedlerfamilien sind den einheimischen deutschen Familien in den Erwartungen an Kinder und in der Ausgestaltung der Generationenbeziehungen keineswegs am ähnlichsten. Mit der vergleichsweise starken Betonung von Nützlichkeitsabwägungen in den Generationenbeziehungen platzieren sie sich zwischen den griechischen und italienischen Familien einerseits und den vietnamesischen und türkischen Familien andererseits.

Wie Nauck berichtete, gilt für alle Nationalitäten, dass Mütter stärker als Väter die Opportunitätskosten wahrnehmen (und zu tragen haben), die durch Kinder entstehen. Jeweils mehr Mütter geben an, dass Kinder keine Zeit für eigene Interessen lassen; dies scheint in der Migrationssituation besonders ausgeprägt zu sein. Ebenso geben mehr Mütter an, dass Kinder eine Einschränkung der Berufsarbeit nach sich ziehen. Besonders deutsche Mütter stimmen diesem Item zu, während türkische Eltern diese Opportunitätskosten am wenigsten wahrnehmen. Die sozialen Kosten von Kindern (gemessen an Items wie „Kinder schaffen Probleme in der Öffentlichkeit“, „Kinder belasten die Ehe“) werden hingegen eher gering veranschlagt. Nauck ging daher davon aus, dass Familien ausländischer Herkunft durch die Migrationssituation und ihre Platzierung im Beschäftigungssystem stärkeren Belastungen bei der Versorgung von Kindern unterliegen als nichtgewanderte deutsche Familien.

Die von Migranten-Eltern wahrgenommenen Kosten von Kindern liegen nicht deutlich über denen der deutschen Eltern. Die wahrgenommenen Kosten bleiben außerdem weit hinter den positiven Erwartungen an die Kinder zurück. Laut Nauck unterstreicht dies erneut die grundsätzliche Bedeutung der Generationenbeziehungen in der Migrationssituation.

Für alle von Nauck untersuchten Migrantenationalitäten gilt, dass häufiger von Töchtern als von Söhnen erwartet wird, immer in der Nähe der Eltern zu wohnen und damit für unmittelbare persönliche Hilfeleistungen verfügbar zu sein. Am stärksten geht diese Erwartung von den Müttern aus, worin sich nicht nur die Enge in der Mutter-Tochter-Beziehung ausdrücken dürfte. Diese Erwartung ist vielmehr auch Ausdruck der zum Kulturmuster gewordenen Erwartung, dass Frauen auf Grund der zumeist gegebenen Altersdifferenz zwischen Ehepartnern und ihrer ohnehin längeren Lebenserwartung mit größerer Wahrscheinlichkeit auf solche Hilfeleistungen angewiesen sind.

Außerdem wird von Töchtern eine stärkere Mithilfe im Haushalt erwartet als von Söhnen. Diese Geschlechtsdifferenzierung in den Erwartungen ist bei den italienischen und griechischen Eltern und in Aussiedlerfamilien deutlich stärker ausgeprägt als bei den türkischen und vietnamesischen Eltern. Insbesondere von den türkischen Söhnen werden in hohem Maße eigene Beiträge zur Hausarbeit erwartet – von den türkischen Vätern werden diese Erwartungen sogar häufiger genannt als gegenüber Töchtern.

Schließlich gilt für alle von Nauck untersuchten Migrantenationalitäten, dass alle Erwartungen, die mit Transferzahlungen von der jüngeren an die ältere Generation in Zusammenhang stehen, eher von Müttern ausgehen und sich eher an Söhne richten. Mütter erwarten am stärksten von Söhnen, dass sie Teile ihres Einkommens bei Berufsbeginn abgeben und jüngere Geschwister in ihrer Schullaufbahn unterstützen. Sie erwarten von ihnen auch Hilfe, wenn die Familie in Not gerät, sowie die finanzielle Unterstützung älterer Familienmitglieder. Durchgängig gilt, dass in den Kulturen mit ökonomisch-utilitaristischen Werten von Kindern diese Transferzahlungs-Erwartungen stärker ausgeprägt sind und stärker auch Töchter einbeziehen. Erneut findet sich bei deutschen Aussiedlerfamilien ein Erwartungsmuster, das dem der türkischen und vietnamesischen Familien mit ihren hohen Nützlichkeitsabwägungen an Kinder nicht unähnlich ist.

Wie Nauck berichtete, zeigt ein Vergleich der Antworten der Eltern mit denen ihrer jugendlichen Kinder, dass diese die elterlichen Erwartungen in hohem Maße antizipiert und internalisiert haben. Ihre Antwortmuster folgen denen der Elterngeneration, so dass sich bei ihnen die gleichen geschlechtsspezifischen Differenzierungen wiederfinden.

- ▶ Töchter antizipieren relativ häufig, dass ihre Mütter von ihnen erwarten, dauerhaft in ihrer Nähe zu wohnen, wohingegen diese Erwartung zwischen Vätern und Söhnen eine geringere Rolle spielt.
- ▶ Für alle von Nauck untersuchten Nationalitäten gilt, dass es Jugendliche beiderlei Geschlechts vorrangig als Aufgabe der Mädchen ansehen, bei der Hausarbeit zu helfen. Unterschiede gibt es allein hinsichtlich der Erwartung, wie sich Jungen beteiligen sollten. Während diese Erwartung bei italienischen, griechischen und Aussiedler-Jugendlichen kaum ausgeprägt ist, antizipieren türkische Söhne die diesbezüglich hohen Erwartungen ihrer Väter genau.
- ▶ Für Migrantenkinder aller untersuchten Nationalitäten sind Erwartungen bezüglich Transferzahlungen von der jüngeren an die ältere Generation besonders wichtig für die Beziehung zwischen Müttern und Söhnen. Auch hier sind die Erwartungen bei Kindern in den türkischen und in den deutschen Aussiedlerfamilien besonders ausgeprägt. In beiden Gruppen werden Töchter viel stärker in diese Erwartungen einbezogen als in den griechischen oder italienischen Familien.
- ▶ Schließlich gilt auch für alle untersuchten Jugendlichen, dass die Erwartungen, die mit Transferzahlungen von der jüngeren an die ältere Generation in Zusammenhang stehen, eher für die Beziehung von Söhnen zu ihren Müttern von Bedeutung sind. Durchgängig gilt auch hier, dass in den türkischen Familien und in Aussiedlerfamilien diese Transferzahlungs-Erwartungen auch von den Kindern stärker wahrgenommen werden und sich auch die Töchter in diese Erwartungen stärker einbeziehen lassen als in den griechischen und italienischen Familien.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass keine gravierenden geschlechtsspezifischen Unterschiede zwischen den Migrantennationalitäten hinsichtlich der intergenerativen Erwartungen bestehen. Die Ähnlichkeit der Antwortmuster ließ Nauck vielmehr auf eine fest verankerte Arbeitsteilung zwischen den Generationen und Geschlechtern schließen, die von Eltern und Kindern in hohem Maße akzeptiert ist – wenn auch je nach der Dominanz von psychologisch-emotionalen bzw. ökonomisch-utilitaristischen Werten in unterschiedlichem Ausmaß. In den italienischen und griechischen Familien sind die Erwartungen der Eltern jeweils stärker vorhanden als dies von den Jugendlichen antizipiert wird; in den türkischen Familien und in den Aussiedlerfamilien übertreffen dagegen die Antizipationen der Jugendlichen gelegentlich die faktischen Erwartungen ihrer Eltern.

Intergenerationale Transmission in Migrantenfamilien

Ungeachtet der intergenerativen Unterschiede hinsichtlich Einstellungen und Verhalten zeigen die von Nauck vorgestellten Ergebnisse, dass in türkischen Migrantenfamilien die intergenerationale Transmission einen essentiellen und integralen Bestandteil der Sozialisation von Migranten der zweiten Generation darstellt. Trotz aller Differenzen zwischen den Generationen in Bezug auf Assimilationsverhalten und Reaktionen auf die Aufnahmegesellschaft erzeugt die dichte interaktive Struktur von Migrantenfamilien laut Nauck zweifellos einen hohen Grad an intergenerativer Konkordanz hinsichtlich grundlegender Wertorientierungen und Präferenzen für ein bestimmtes Verhalten. In seinen Untersuchungen konnte er auch nachweisen, dass die intergenerationale Transmission von Normen in Migrantenfamilien im Vergleich zu nichtgewanderten Familien nicht nur zu einer stärker ausgeprägten Synchronität von Einstellungen führt, sondern auch ein höheres Maß an Koordination bezüglich der Einstellungen und Werte von Eltern und Kindern bewirkt. Naucks Ergebnisse belegen also, dass Migration intergenerative Beziehungen stärkt. Wie Nauck ausführte, widerlegen seine Resultate jene von Forschern, welche die Ansicht vertreten, Migration vergrößere die Konflikte zwischen den Generationen.

Aufgrund dieser Ergebnisse fragte sich Nauck, ob ein ursächlicher Zusammenhang zwischen dem empirisch nachgewiesenen hohen Ausmaß an intergenerationaler Transmission und der türkischen Herkunftskultur bestehe oder ob dies auf die Migrationssituation zurückzuführen sei. Dies wäre dann als gegeben anzusehen, wenn die intergenerationale Transmission in den Migrantenfamilien anderer Herkunftsnationalitäten ähnlich hoch wie in türkischen Migrantenfamilien wäre.

Die Ergebnisse zeigen einen klaren intergenerativen Trend in Richtung eines stärkeren kulturellen Kontakts und weniger Segregation bei der zweiten Migrantengeneration. Intergenerationale Transmission vollzieht sich in Migrantenfamilien in sehr viel höherem Maße als in nichtgewanderten Familien, was auf ein stark synchronisiertes intergeneratives Muster zur Bewältigung der Migration hinweist. Offenbar ist dieser Effekt nicht abhängig vom kulturellen Kapital der Familie. Die Transmission von schulischem Erfolg ist der am wenigsten herausragende aller untersuchten Indikatoren.

Wie Nauck ausführte, wäre noch empirisch abzuklären, ob der Akkulturationsprozess in allen Einwanderergruppen nach dem gleichen Prinzip verläuft. In einer Analyse unterschiedlicher Akkulturationsniveaus konnten bereits zwei extreme Gruppen identifiziert werden: türkische Migrantenfamilien in Deutschland einerseits, und jüdische Familien russischer Herkunft in Israel andererseits. Während die türkischen Familien in Deutschland eine eher kollektive Strategie anwenden und vorhandenes soziales Kapital nutzen, greifen die russischen Juden eher auf eine individualistische Strategie zurück und nutzen das große vorhandene kulturelle Kapital, weshalb ihr Netzwerk das kleinste von allen Gruppen ist. Analog dazu ist das Ausmaß der intergenerationalen Transmission im ‚kollektivistischen‘ Fall der türkischen Migrantenfamilien vergleichsweise hoch, und im ‚individualistischen‘ Fall der russischen Juden relativ niedrig.

Nauck ging dann der Frage nach, warum beide Strategien tendenziell zu starker Segregation führen. Er meinte, eine notwendige Voraussetzung für Segregation sei das Vorhandensein einer ausreichend großen Zahl von Angehörigen einer Minderheit. Dieser Umstand macht es russischen Juden und Türken leichter, sich abzusondern, als Italienern, Griechen und deutschen Aussiedlern. Abgesehen davon werden Absonderungstendenzen in dem Maße verstärkt, in dem die Aufnahmegesellschaft von der eingewanderten Bevölkerung abrückt. Dies trifft zu einem gewissen Grad auf die türkische Bevölkerung in Deutschland zu. Diese Gruppe fühlt sich am ehesten diskriminiert – und ihre Gegenstrategie (unterstützt durch die in der Herkunftsgesellschaft entwickelten, erfolgreichen ‚kollektivistischen‘ kulturellen Muster), eher auf soziales als auf kulturelles Kapital zurückzugreifen, könnte die gesellschaftliche Kluft zwischen der Mehrheits- und der Minderheitsbevölkerung noch verstärken. Absonderungstendenzen nehmen zu, wenn die Opportunitätsstruktur der Aufnahmegesellschaft Immigranten keine Chancen bietet oder bieten kann.

Integrationsstrategien von Migrantenfamilien

Pablo Pumares referierte über die verschiedenen Integrationsstrategien von Migrantenfamilien. Basierend auf seinen Forschungsarbeiten über marokkanische Familien in Spanien unterschied er vier verschiedene Integrationstypen.

Konservative Strategie

Wie Pumares ausführte, wählen Familien, die stark in ihren Traditionen verwurzelt sind und enge Beziehungen zu ihrem Heimatland pflegen, meist die konservative Strategie. Vor allem Frauen stehen für sie auf der gleichen Stufe wie Kinder. Mütter gehen in der Regel keiner Erwerbstätigkeit nach. Sie sprechen nur sehr schlecht Spanisch und führen ein abgeschirmtes häusliches Leben. Normalerweise erleben sie aufgrund ihrer vielen Vorurteile gegen die westliche Welt die ersten Jahre ihres Aufenthalts als traumatisch. Da es für sie schwierig ist, mit anderen Leuten zu kommunizieren, haben sie auch kaum Gelegenheit, ihre Vorurteile zu revidieren. Durch ihre ausschließlich auf den Haushalt ausgerichtete Erziehung fällt es ihnen auch schwer, an Bildungsprogrammen teilzunehmen, wodurch sie der neuen Umgebung im Migrationskontext oft hilflos gegenüberstehen. Außerdem haben diese Frauen häufig ihren Bezug zu Marokko verloren. Verheirateten Frauen ist es nur in sehr begrenztem Umfang möglich, neue Leute kennen zu lernen, weshalb sich ihre Kontakte auf die marokkanische Gemeinde beschränken. Das Fernsehen und schulische Aktivitäten ihrer Kinder sind möglicherweise ihre einzigen Berührungspunkte mit der Außenwelt. In der Regel gibt es auch niemanden, der ihre Erfahrungen und Erlebnisse kontextabhängig für sie interpretiert.

Ihre Töchter hingegen sind erwerbstätig. Das bedeutet nicht, dass sie ihr konservatives Umfeld verlassen; dennoch ist ihre Berufstätigkeit ein Fortschritt, selbst wenn sie z. B. als Hausangestellte oder Putzfrauen

„Frauenarbeiten“ verrichten. Gearbeitet wird, weil es nötig ist, nicht weil die Frauen dies wollen oder aus Überzeugung. Erwerbstätigkeit wird nicht als etwas Positives gesehen, sondern als Übergangslösung, bis sich die wirtschaftliche Situation der Familie bessert. Idealerweise kann der Ehemann die Familie versorgen, so dass seine Frau sich um das Heim und die Kinder kümmern kann. Mit hoher Wahrscheinlichkeit werden daher die Töchter, wenn sie heiraten, sofort oder spätestens nach einigen Jahren ihre Erwerbstätigkeit einstellen. Nichtsdestoweniger werden ihre Erfahrungen – und vor allem ihr direkter Kontakt mit der Aufnahmegesellschaft – die Erziehung der nächsten Generation beeinflussen.

Pumares stellte fest, dass diese Familien in der Regel all ihren religiösen Pflichten – die einen hohen Stellenwert für sie haben – gewissenhaft nachkommen. In einigen Fällen eignen sich die Männer jedoch gewisse Gewohnheiten an, die ihnen ihr Glaube verbietet, z. B. das Rauchen und Trinken. Der Kontakt mit der spanischen Gesellschaft ist relativ begrenzt und wird manchmal auch vermieden. Sie finden es jedoch gut, dass ihre Kinder in der Schule Freundschaften schließen, obgleich für Mädchen hier die traditionellen Grenzen gelten und Freundschaften mit dem Eintritt in die Pubertät beendet werden. Das Konzept, Frauen wie unmündige Kinder ständig unter Aufsicht der Familie zu halten, wird also beibehalten, ebenso die Tradition, Ehepartner für die Kinder auszuwählen. Ältere Kinder haben kaum Probleme damit, die Grundsätze ihrer Eltern zu übernehmen, doch zeigt sich ein Konfliktpotenzial bei Mädchen, die in sehr jungen Jahren nach Spanien kamen. Die meisten dieser Familien kommen aus ländlichen Gebieten in Nordmarokko und leben noch nicht lange in Spanien.

Im Übergangsstadium befindliche Familie

In der von Pumares entwickelten Typologie findet sich diese Integrationsstrategie typischerweise bei Familien, in denen das traditionelle Modell signifikanten Veränderungen ausgesetzt war oder die sich gegen Veränderungen sperren. Religiöse Praktiken werden nicht mehr streng nach Vorschrift ausgeübt, wenngleich man die gebräuchlichsten islamischen Feste weiterhin feiert. Die Religion verliert an Bedeutung und bei der Weitergabe an die Kinder lässt sich eine entspannte Haltung beobachten. In Bezug auf Frauen gibt es jedoch weiterhin starke Einschränkungen. Der Wunsch dieser Familien, in der spanischen Gesellschaft zu leben, wirkt sich massiv aus. Der Einfluss ist bei Kindern viel stärker, wodurch sich eine Kluft zwischen den Generationen auftut, insbesondere hinsichtlich der Freiheit von Frauen. Laut Pumares kann dies zu Konflikten führen, wobei Mädchen jedoch manchmal Unterstützung bei ihrer Mutter finden; in einigen Fällen akzeptieren die Eltern voll und ganz, dass ihre Kinder sich anders verhalten.

Für Pumares ist diese Art von Integration eine langsame Weiterentwicklung des ersten Typs und zeigt sich vor allem bei Familien aus dem ländlichen Raum, die schon mehrere Jahre in Spanien leben. Bei Familien aus dem städtischen Bereich läuft der Prozess rascher ab, da sie aus Gebieten kommen, die tiefgreifenden Veränderungen ausgesetzt waren. Pumares meinte deshalb, dass viele Familien, die derzeit dem konservativen Typ zuzurechnen sind, in einiger Zeit in dieser Gruppe zu finden sein werden.

Assimilationswillige Familien

Um akzeptiert zu werden, versuchen Familien, die diesen Typ repräsentieren, sich möglichst ähnlich wie die spanische Bevölkerung zu verhalten. Wenn nötig, negieren sie alles, wodurch sie mit Marokko in Verbindung gebracht werden können. Dies kann so weit gehen, dass sie immigrationsfeindliche Standpunkte vertreten. Kultur wird als Einheit gesehen und sie entscheiden sich für die Sichtweise des Aufnahmelandes und vermeiden es, ihren Kindern die marokkanische Kultur zu vermitteln, obwohl die Eltern selbst vielleicht noch einigen religiösen Pflichten nachkommen. In der Praxis bedeutet dies, dass sich die Familie von Marokko lossagt und die Idee, dorthin zurückzukehren, aufgibt (das heißt jedoch nicht, dass sie nicht dort Urlaub macht). Die Eltern behalten zweifellos zumindest teilweise ihre marokkanische Mentalität, zwingen sie jedoch ihren Kindern nicht auf. Unter Umständen fühlen sie sich abgeschnitten von Marokko und haben wegen ihrer Herkunft Minderwertigkeitsgefühle. Sie sind nicht stolz darauf, ihr altes Wertesystem aufzugeben, wenn es

nicht zur Gänze durch das spanische ersetzt werden kann. Dies hat zur Folge, dass ihre Kinder eine marokkanische Kultur verachten, die sie kaum kennen.

Integrationisten

Die Familien, die diesen Typ repräsentieren, stehen beiden Kulturen kritisch gegenüber und wollen die positivsten Aspekte aus beiden Kulturen herausgreifen. Sie verleugnen ihre Herkunft nicht, lehnen jedoch einige Traditionen ab. Für sie ist der Inhalt und nicht die Form der Religion wesentlich. Dadurch fällt es ihnen leichter, einige christliche Praktiken (z. B. Erstkommunion, Weihnachten) zu übernehmen, die zu gesellschaftlichen Anlässen geworden sind. Trotz ständiger Kontakte, die vor allem Migranten aus den Städten pflegen, ist die dauerhafte Rückkehr nach Marokko für sie keine Option. Die Präferenz der Kinder für den spanischen Lebensstil führt nicht zu ernsthaften Konflikten mit den Eltern.

Pumares kam zu dem Schluss, es herrsche in den Aufnahmegesellschaften die Ansicht vor, marokkanische Immigranten würden sich nicht ändern, um sich in die spanische Gesellschaft zu integrieren. In einer Untersuchung über afrikanische Immigranten in Andalusien, der ein multidimensionales Integrationskonzept zugrunde lag, konnte Pumares verschiedene Einstellungen und Verhalten beobachten, die sich zwischen Assimilation in materiellen Belangen und dem Festhalten an traditionellen Anschauungen und Werten bewegten. Letztere sind zweifellos Teil ihrer Identität und müssen zur Gänze bewahrt werden. Dies bedeutet jedoch nicht, dass afrikanische Immigranten nicht bereit sind, sich zu integrieren. Veränderungen ergeben sich auch durch den ständigen Kontakt mit der neuen Umgebung, selbst wenn man sie nicht immer wahrnimmt, da sie für gewöhnlich relativ langsam und unbewusst vor sich gehen.

Pumares vertrat die Ansicht, dass die Herkunft und das Bildungsniveau einer Familie eine wesentliche Rolle bei ihrer Integration spielen. Für urbane, westlich orientierte Familien gestaltet sich der Übergang eher sanft und harmonisch und zwingt sie nicht dazu, ihre ursprünglichen Werte radikal über Bord zu werfen. Am anderen Ende des Spektrums finden wir erzkonservative Familien aus ländlichen Gebieten. Sitten, Bräuche und Religion sind eng miteinander verbunden und blockieren Veränderungen, die in vielen Fällen für unvereinbar mit religiösen Einstellungen gehalten werden.

Wie Pumares ausführte, gibt dieses einfache Orientierungsschema ungebildeten Menschen Sicherheit; es hilft ihnen dabei, ihren Alltag zu bewältigen, indem es jedem klar eine Rolle zuweist und so dazu beiträgt, Konflikte zu vermeiden. Vor allem die jüngere Bevölkerung sieht sich ständig mit Angeboten konfrontiert, ihr Leben anders zu gestalten, was in krassm Gegensatz zur Situation in ihrem Dorf steht. Ihre Strategien variieren möglicherweise, doch scheint sie empfänglicher für diese Angebote zu sein.

Pumares betonte auch, dass das geringe Bildungsniveau der Eltern und die Tatsache, dass sie es nicht gewohnt sind, Dinge ausdiskutieren, sich in der Tat auf das Verständnis der sie umgebenden Gesellschaft auswirken. Dies kann sich als problematisch erweisen, wenn sie versuchen, ihre besser ausgebildeten Kinder, die vernünftige Erklärungen verlangen, von etwas zu überzeugen. Veränderungen gehen in der Regel nach und nach vor sich, wodurch die Situation ausgewogen bleibt. Pumares meinte jedoch, das Fehlen einer soliden Basis könne zu Extremen führen. Diese reichen von Strategien, die klar auf Assimilation bzw. Marginalisierung ausgerichtet sind, bis zur üblicheren Art, an konservativen Vorstellungen festzuhalten – vor allem in Bezug auf Frauen. Gleichzeitig gehen oft traditionelle Werte verloren, ohne dass sie durch neue ersetzt werden.

Pumares kam zu dem Schluss, dass anfängliche Vorurteile, die auf Ängsten und negativen Stereotypen beruhen, verschwinden, wenn sich die Kontakte normalisieren und Unterschieden kein Geheimnis mehr anhaftet. Zu den Faktoren, die den Integrationsprozess verlangsamen, gehören intensive Beziehungen zu Marokkanern, die soziale Kontrolle und die Omnipräsenz ihres Herkunftslandes als Hauptbezugspunkt vertreten. Doch die zunehmende Zahl an Kontakten mit der spanischen Gesellschaft und vor allem die Rolle der Kinder als Vermittler und Akteure der Veränderung führen zu fortschreitenden Transformationen in den Familien. Laut Pumares ist die zweite Generation deshalb ein ausschlaggebender Faktor für eine erfolgreiche Integration. Neben den kulturellen Aspekten darf man nicht vergessen, dass die Diskriminierung, mit der diese Menschen konfrontiert sind, sowie ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt sich ebenfalls auf diesen Prozess auswirken.

Integration von Migranten

Integration war ein zentrales Thema des Seminars und wurde in vielen Beiträgen und Diskussionen aufgegriffen. Ein wesentlicher Aspekt war die Frage der Integration von Arbeitsmigranten in die Arbeitsmärkte der EU.

Integration von Migranten in die EU-Arbeitsmärkte

Neue Entwicklungen und Herausforderungen

In seinem Beitrag gab Philip Muus zu bedenken, dass die meisten nordwestlichen Mitgliedstaaten der EU einerseits Schwierigkeiten damit haben, die Mehrheit der ansässigen Zuwanderer und deren Kinder in ihre Arbeitsmärkte zu integrieren, jedoch andererseits hochqualifizierte Arbeitskräfte ins Land holen möchten, die (befristet) in spezifischen Branchen und Berufssparten arbeiten. Aufgrund von neuen Migrationsmustern ist temporäre Arbeitsmigration wieder weit verbreitet. Vor einigen Jahrzehnten war die Einwanderung nach Europa auf einige wenige Länder beschränkt und durch offizielle, bilaterale Anwerbeverträge geregelt. Die neuen Migrationsmuster weichen jedoch stark von dieser Norm ab. Die Zahl der Herkunftsländer der Migranten hat sich ebenso erhöht wie ihre Heterogenität. Zudem sind die südeuropäischen Mitgliedstaaten erst vor kurzem zu Einwanderungsländern geworden. Auf ihren Arbeitsmärkten findet man häufig eine große Zahl von Zuwanderern in irregulären Beschäftigungsverhältnissen. ‚Pushfaktoren‘ in den Herkunftsländern haben viele Menschen zur Emigration bewogen, während die europäischen Staaten gleichzeitig eine restriktivere Migrationspolitik einführen. Anders als in der Vergangenheit haben die Migranten heute keinen direkten Bezug zum Arbeitsmarkt in den Zielländern.

Die Situation wird zusätzlich erschwert durch die Tatsache, dass diese Entwicklungen im Bereich der Migration und die Integration der Einwanderer in eine Zeit fallen, in der sich die demographische Zusammensetzung der Staaten in Europa aufgrund niedriger Geburtenraten und zunehmender Bevölkerungsalterung verändert. Diese demographischen Prozesse wirken sich automatisch auf die (zukünftige) Zusammensetzung des Arbeitskräftepotenzials aus und haben eine breite Debatte über den Fortbestand umfassender Wohlfahrtsstaatsmaßnahmen ausgelöst. Kernpunkte der Diskussion sind die Finanzierung der derzeitigen Sozialversicherungs- und Pensionssysteme sowie die Finanzierung und personelle Ausstattung unserer Gesundheitssysteme.

Muus unterschied zwischen maßnahmenorientierten und marktbasierter Wohlfahrtsstaaten. Für erstere typisch sind ein in hohem Maße geregelter Arbeitsmarkt und eine fluktuierende Einwanderungspolitik (wie z. B. in Deutschland). Für marktbasierter Wohlfahrtsstaaten typisch sind ein durch wenige Vorschriften geregelter Arbeitsmarkt und eine kontinuierliche Einwanderungspolitik (wie z. B. in den USA).

In der Analyse von Muus war der Grad der Arbeitsmarktregulierung der determinierende Faktor für die Kategorisierung der Staaten. In diesem Zusammenhang spielen auch der Einfluss der informellen Wirtschaft und des informellen Arbeitsmarkts sowie die Größenordnung dieser beiden Faktoren eine Rolle. Die Existenz von relativ bedeutenden informellen Wirtschaften in südeuropäischen Ländern hat bis zu einem gewissen Grad zu größeren Bewegungen nicht legaler Einwanderer beigetragen. Die Antwort darauf waren mehrfach wiederholte Legalisierungsmaßnahmen mit fragwürdiger Wirkung.

Wie Muus ausführte, überschneidet sich die Einteilung in verschiedene europäische Wohlfahrtsregime auch häufig mit bestimmten, für die gesamte Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter typischen, arbeitsmarktbezogenen Merkmalen, wie z. B. der Nettopartizipationsrate und der Arbeitslosenrate. In den skandinavischen Ländern (ausgenommen Finnland) werden die höchsten Partizipationsraten und die niedrigsten Arbeitslosenraten (insbesondere geringe Langzeitarbeitslosigkeit) verzeichnet, während in südlichen Ländern (ausgenommen Portugal) die niedrigsten Nettopartizipationsraten und die höchste Arbeitslosigkeit zu finden sind. Die westeuropäischen Staaten sind zwischen den beiden Extremen angesiedelt, während Großbritannien am nächsten an die skandinavischen Länder herankommt.

Bei einem Großteil der neu einreisenden Immigranten handelt es sich um Familienmitglieder, Asylwerber und Flüchtlinge. Die meisten von ihnen kommen ohne direkten Bezug zum Arbeitsmarkt ins Land. Laut Muus kann ein hochentwickelter Wohlfahrtsstaat nicht umhin, sie als Erwerbstätige oder Leistungsempfänger

ger in sein System einzugliedern. Solange der Arbeitsmarkt diese Neuankömmlinge absorbieren kann, funktioniert das System gut. Sobald es am Arbeitsmarkt für sie jedoch keine Beschäftigungsmöglichkeiten mehr gibt, bleibt ihnen nichts anderes übrig als Leistungsempfänger im wohlfahrtsstaatlichen Sicherheitsnetz zu werden.

Muus nannte als Beispiel die Situation in den Niederlanden in den 1980er und frühen 1990er Jahren, einer Zeit in der die Arbeitslosenraten der Immigranten ständig stiegen. Der Prozess hat sich aufgrund des Wirtschaftswachstums in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre umgekehrt. Auch in Schweden war etwas später eine ähnliche Entwicklung zu beobachten, die Mitte der 1990er Jahre sehr deutlich sichtbar war und sich Ende der 1990er Jahre etwas besserte. Die Umstrukturierung der Wirtschaft mit all ihren Konsequenzen für die (eingewanderten) Arbeitskräfte wirkte sich auch negativ auf die Beschäftigung aus und erschwerte den Neuankömmlingen den Zugang zum Arbeitsmarkt.

Arbeitsmigration: Bedarf und Politik

Wie Muus ausführte, zählt organisierte, arbeitsmarktbezogene Bestanderhaltungsmigration, mit der ein – durch die demographische Entwicklung bedingter – künftiger Arbeitskräftemangel teilweise ausgeglichen werden kann, zu einem der wesentlichsten absehbaren Erfordernisse des Arbeitsmarkts.

Seit der Einführung der Freizügigkeit für Arbeitskräfte innerhalb der EG (heute ausgeweitet auf Länder, die dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) angehören) im Jahr 1968 betreffen nationale Maßnahmen zur Regelung der Arbeitsmigration nur mehr Arbeitskräfte, die nicht aus diesem Gebiet kommen (Drittstaatsangehörige). In den meisten EU-Mitgliedstaaten benötigen nicht aus dem EWR kommende Arbeitsmigranten eine Arbeitserlaubnis. Obwohl die Politik von Land zu Land variiert, ist sie überall äußerst restriktiv. Ansässige, ja sogar alle Arbeitskräfte der EU, werden vorrangig behandelt, bevor ausländische Arbeitsmigranten aus Drittstaaten eine Arbeitserlaubnis bekommen (Vorrangregelung). Gehandhabt wird dies unterschiedlich: In Deutschland erhalten Saisonarbeiter eine allgemeine Aufenthaltsgenehmigung und eine spezifische Arbeitserlaubnis, deren Dauer je nach Bundesland und Beschäftigung variiert. In Frankreich berechtigt der Besitz einer Aufenthaltsgenehmigung den Inhaber zu arbeiten, während in den Niederlanden der Arbeitgeber eine Einstellungsgenehmigung benötigt, jedoch nur Personen mit gültiger Aufenthaltserlaubnis einstellen darf.

Muus nannte einige für die Arbeitsmigrationspolitik verschiedener EU-Mitgliedstaaten relevante Punkte:

- ▶ Eine Reihe von Mitgliedstaaten beschränkt sich auf die derzeitige restriktive Arbeitsmigrationspolitik und setzte keine zusätzlichen Maßnahmen: die nordischen EU-Mitgliedstaaten (Dänemark, Schweden und Finnland), Belgien und Luxemburg.
- ▶ Alle südlichen EU-Mitgliedstaaten (Portugal, Spanien, Italien und Griechenland) haben im Bereich der Einwanderungspolitik Maßnahmen gesetzt und (wiederholt) groß angelegte Legalisierungsprogramme für illegale Einwanderer durchgeführt. Frankreich hat sich jüngst mit einer umfassenden Legalisierungsinitiative in diese Gruppe eingereiht.
- ▶ Österreich zog eine Obergrenze für den Anteil ausländischer Arbeitskräfte bezogen auf die Gesamtbeschäftigungsquote ein; Griechenland fixierte ein Jahreslimit für Arbeitsgenehmigungen, die ausländischen Migranten je nach ihrer Staatszugehörigkeit erteilt werden.
- ▶ Einige Länder griffen zu anderen Alternativen, um die Beschäftigung von Ausländern zu regeln: Deutschland, Spanien und Italien verfügten niedrige Jahresquoten, wenngleich für verschiedene Kategorien. Andere Mitgliedstaaten erweiterten ihre Optionen für bestimmte Kategorien von hochqualifizierten Arbeitskräften (Großbritannien, Deutschland, Niederlande, Frankreich). Diese Unterteilung reflektiert bis zu einem gewissen Grad die Zusammensetzung der Migrationsbewegungen: mehr indirekte Arbeitsmigration (Asylwerbung und Familienzusammenführung) von Nicht-EWR-Bürgern in den Norden, und mehr illegale Migration von Nicht-EWR-Bürgern in den Süden.

Muus erklärte weiters, dass das Gros der Immigranten nicht als Arbeitsmigranten in EU-Mitgliedstaaten einwandert. Im Bereich der Arbeitsmigration sind die politischen Maßnahmen spärlich und spezifisch. Der

Großteil der Arbeitsmigration wird heute entweder direkt über diverse Systeme abgewickelt, die eine Arbeitserlaubnis aufgrund der Vorrangregelung gewähren, oder indirekt über ‚Legalisierungsmaßnahmen‘ verschiedenster Art. (Temporäre) Arbeitsmigration aus Nicht-EWR-Ländern wird zunehmend wichtiger für florierende Wirtschaften wie jene in den Niederlanden und in Großbritannien. Abgesehen davon wird sich das Altern der Gesellschaft zweifellos auf den künftigen Bedarf an Migranten auswirken.

Wichtig für das Verständnis der Migrationskomponente bei der Eingliederung von Immigranten in die EU-Arbeitsmärkte hielt Muus die Tatsache, dass die Immigration aus Drittstaaten ab Mitte der 1970er Jahre keinen direkten Bezug zu den (offiziellen) Arbeitsmärkten hat. Die wichtigsten Formen der Migration sind Familiennachzug und Familiengründung, Asylwerber und irreguläre Einwanderer, die im informellen Bereich der Wirtschaft tätig sind. Diese Tatsache ist für die Eingliederung von eingewanderten Arbeitskräften von großer Bedeutung. Ob Migranten Erfolg haben, ist abhängig von einer Vielzahl von Variablen, u. a. von persönlichen Kriterien (Alter, Fertigkeiten, Geschlecht) sowie von der Aufnahmegesellschaft (Konjunktur, geforderte Fertigkeiten, allgemeine und spezifische Arbeitsmarktpolitik, Diskriminierung, Antidiskriminierungspolitik, etc.).

In den meisten Ländern liegen die Arbeitslosenraten von Nicht-EU-Bürgern weit über jenen der einheimischen Bevölkerung. In Irland, Großbritannien, Portugal, Spanien, Österreich und Deutschland sind die Unterschiede am geringsten, d. h. weniger als das Zweifache der Rate für die einheimische Bevölkerung (die Arbeitslosenrate für Nicht-EU-Bürger in Irland ist vermutlich inkorrekt). In anderen Ländern hingegen – z. B. in Dänemark, Schweden, Finnland, in den Niederlanden und in Frankreich – sind Nicht-EU-Bürger zwei bis fünfmal öfter arbeitslos als die Staatsangehörigen des jeweiligen Landes.

Wie Muus ausführte, zeigt die Analyse der Beschäftigungsraten einige interessante Fakten: in Dänemark und Schweden sind die Beschäftigungsraten für einheimische Frauen sowie für Frauen aus anderen EU-Ländern – jedoch nicht für Frauen aus Nicht-EU-Ländern – relativ hoch. In den südlichen Mitgliedstaaten der EU werden relativ hohe Beschäftigungsraten für Nicht-EU-Bürger – sowohl Männer als Frauen – verzeichnet. Österreich weist eine relativ hohe Beschäftigungsrate für Arbeitskräfte beiderlei Geschlechts aus Drittländern auf, während die Beschäftigungsrate für diese Gruppe in Belgien, in den Niederlanden und in Frankreich relativ niedrig ist. In Deutschland, Luxemburg und Großbritannien sind die Beschäftigungsraten für Nicht-EU-Bürger zwar niedriger als für Inländer, liegen jedoch geschlechtsbereinigt immer noch über dem EU-Durchschnitt.

Im Allgemeinen haben Einwanderer/Minderheitengruppen formal ein niedrigeres Bildungsniveau und höhere Abbruchraten bei der Weiterbildung als vergleichbare Gruppen einheimischer Arbeitskräfte. In Beschäftigungen, die eine geringe bzw. keine Qualifikation erfordern, sind Immigranten weiterhin überrepräsentiert. Sie arbeiten oft manuell unter unangenehmen Bedingungen. In vielen Mitgliedstaaten der EU sind Einwanderer hauptsächlich in einigen wenigen Sektoren tätig, z. B. in der Fertigungsindustrie, im Baugewerbe, im Handel und im Dienstleistungsbereich als Reinigungs- und Pflegepersonal, sowie im Hotel- und Gastgewerbe.

Die schlechte Stellung von Einwanderern und ethnischen Minderheiten auf dem Arbeitsmarkt lässt sich zweifelsohne durch eine Reihe von Faktoren hinsichtlich Nachfrage und Angebot am Arbeitsmarkt sowie durch die Entwicklungen in den letzten Jahrzehnten erklären. Durch die Umstrukturierung der europäischen Wirtschaft wurden viele der in der Vergangenheit angeworbenen Arbeitskräfte arbeitslos. Die Menschen, die nach den Anwerbungswellen einwanderten, hatten keinen direkten Bezug zum Arbeitsmarkt: es handelte sich um Familienmitglieder und später auch um Asylwerber und Flüchtlinge. In vielen Ländern stieg die Arbeitslosigkeit und die Arbeitschancen waren weniger günstig.

Muus wies auch darauf hin, dass Nicht-EU-Bürger in einigen Ländern stärker diskriminiert werden als Bürger aus anderen EU-Mitgliedstaaten. In manchen Ländern konnte direkte und indirekte Diskriminierung nachgewiesen werden. Nicht in allen EU-Mitgliedstaaten gibt es Gesetze gegen Diskriminierung, und nicht alle Migranten sind durch diese Gesetze abgesichert. Gewisse Gruppen, z. B. Menschen, die in irregulären oder nicht angemeldeten Beschäftigungsverhältnissen arbeiten, sind oft nicht in der Lage, den gesetzlichen Schutz einzufordern. Nicht-EU-Bürger sind nicht durch die derzeitigen EU-Antidiskriminierungsgesetze geschützt, die sich ausschließlich auf die Diskriminierung von (anderen) EU-Bürgern beziehen.

Die Politik für Immigranten bzw. ethnische Minderheiten mit Immigrationshintergrund wird im nationalpolitischen und ideologischen Kontext in Hinblick auf ihre Integration in den jeweiligen Staat formuliert. Dies wirkt sich automatisch auf die Ausdrucksform bzw. Terminologie aus, die zur Bezeichnung der Betroffenen gewählt wird und bestimmt, ob man von Immigranten, Ausländern oder ethnischen Minderheiten spricht, und erklärt auch teilweise das Unbehagen der Staaten, spezifische Maßnahmen zu entwickeln und Einwandererzielgruppen im Einklang mit solch übergeordneten nationalen Werten wie Gleichheit (z. B. in Schweden) oder dem Ziel, die Staatsbürgerschaft des Ansiedlungslandes (z. B. in Frankreich) zu erlangen, auszuwählen.

Muus zeigte in diesem Sinne auch Verständnis dafür, dass sich in der holländischen Gesellschaft eine ‚Politik für ethnische Minderheiten‘ entwickeln konnte, während Frankreich eindeutig das Ziel verfolgte, den Migranten letztendlich die französische Staatsbürgerschaft mit allen Rechten und Pflichten zu verleihen. Interessant ist auch, dass Länder mit längerer Migrationserfahrung eher umfassende politische Rahmenbedingungen für die Integration von Immigranten ins Arbeitsleben entwickelt haben. Sie haben auch mehr Erfahrung mit Antidiskriminierungspolitik, was sich jedoch nicht immer in spezifischen Maßnahmen für Immigranten oder ethnische Minderheiten niederschlug, sondern zur Errichtung von Überwachungssystemen führte. Länder, in denen Immigration ein neueres Phänomen darstellt (z. B. die südeuropäischen Mitgliedstaaten, Irland und Finnland), haben damit begonnen, arbeitsmarktorientierte Maßnahmen für Immigranten zu entwickeln bzw. Immigranten und ihren eigenen Staatsangehörigen gleichermaßen Zugang zu bestehenden Maßnahmen zu gewähren. In seiner Übersicht zeigte Muus auch, dass in Österreich die Arbeitslosenraten der ansässigen Ausländer von der spezifischen Art beeinflusst werden könnten, in der Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen erteilt werden.

Die Rolle des Wohnumfelds in der Integration

Der Arbeitsmarkt ist jedoch nicht das einzige wesentliche Element im Integrationsprozess. Auch das Wohnumfeld ist ausschlaggebend für das Leben der Migranten. Katleen Peleman analysierte die Integration von Frauen in zwei verschiedenen Stadtteilen von Antwerpen, nämlich in Old-Borgerhout und in der Vorstadt.

Wie viele andere ‚Industriegürtel‘, die in Belgien im 19. Jahrhundert entstanden, ist Old-Borgerhout ein dicht bebautes Gebiet, in dem es fast keine freien Flächen gibt. Die Bausubstanz ist alt und entspricht meist nicht dem heute geforderten Wohnstandard. In den sogenannten goldenen Sechzigerjahren wanderte die dort ansässige Mittelklasse in die attraktiveren Vorstadtbezirke ab. In die frei gewordenen Wohnungen zogen Immigranten – vor allem Marokkaner – ein und lebten dort Tür an Tür mit älteren oder sozial schwächeren Anrainern, die nicht wegziehen konnten. Durch Kettenmigration sind die Familienbande sehr eng und stärken die sozialen Kontakte in dieser Gemeinde.

In den Vorstadtbezirken hingegen sind marokkanische Bewohner eher die Ausnahme. In einigen wenigen Gemeinden gibt es aufgrund spezifischer lokaler Beschäftigungsmöglichkeiten bzw. günstiger Wohnangebote kleine ethnische Konzentrationen. Marokkanische Läden bzw. eine ethnische Infrastruktur sind – abgesehen von einer Moschee – in den Vorstädten nicht vorhanden. Ethnische Produkte werden am Wochenende in Antwerpen oder Brüssel gekauft.

Da ein signifikanter Teil der Bevölkerung von Borgerhout aus Marokko stammt, fördert die Regierung dort spezifisch auf die Zielgruppe der ausländischen Frauen zugeschnittene Maßnahmen. Einige Projekte haben sozialen Charakter – z. B. Teetrinken am Nachmittag, Nähkreise, Fitness- und Kochkurse; andere zielen darauf ab, die Frauen über verschiedene Angebote in Bereichen wie Bildung, Weiterbildung, Gesundheitsfürsorge, Ehe, etc. zu informieren. Auch Holländisch-Sprachkurse werden angeboten. Außerdem offerieren marokkanische Organisationen für die Frauen andere Veranstaltungen, vor allem im religiösen und kulturellen Bereich.

Wie Peleman betonte, wird dieses Angebot von ethno-religiösen Aktivitäten und geförderten Maßnahmen, die mit den gegebenen (autoritären) Strukturen der marokkanischen Gemeinde in Einklang stehen, allgemein akzeptiert. So findet in diesem Bezirk niemand etwas dabei, dass die Frauen an Aktivitäten außerhalb des eigenen Heims teilnehmen. An ethno-religiösen Aktivitäten dürfen sie teilnehmen, weil sie zur

Aufrechterhaltung der Identität der Minderheitengruppe und der islamischen Religion beitragen und sich problemlos mit der Vorherrschaft des Mannes vereinbaren lassen. Holländisch-Kurse werden heutzutage vermehrt besucht, da sie mittlerweile als legitime Aktivität im Interesse der Familie gesehen werden.

Die Familie spielt nicht nur im Islam eine zentrale Rolle, sie wird auch durch die Vorherrschaft des Mannes untermauert. Die den Frauen auferlegten Beschränkungen hindern immer noch viele von ihnen daran, einen Holländisch-Kurs zu besuchen. Insgesamt ist in diesem Stadtteil eine generell positive Entwicklung zu beobachten, da immer mehr Marokkanerinnen an den verschiedenen Aktivitäten teilnehmen. Schlüsselpersonen sowie Marokkanerinnen aus anderen Stadtteilen bestätigen, dass sich die Dinge in den letzten Jahren zum Besseren gewendet haben. Häufig wird angeführt, die stärkere Beteiligung an den in ihrem Bezirk angebotenen Aktivitäten habe die Frauen freier und emanzipierter gemacht.

Anders hingegen ist die Situation in den Vorstädten, wo marokkanische Frauen gezwungen sind, die Vorherrschaft des Mannes und islamische Traditionen anzuerkennen. Wie Peleman berichtete, führt dies in einigen isolierten marokkanischen Haushalten dazu, dass die Frauen kaum ihr Heim verlassen können. Dies macht in vielen Fällen die elementarsten Formen der gesellschaftlichen Partizipation – z. B. Einkaufen gehen oder mit anderen Frauen auf der Strasse plaudern – unmöglich und blockiert auch ihre Teilnahme an lokalen Aktivitäten. So fehlen z. B. ethno-religiöse Angebote – die marokkanischen Frauen für gewöhnlich offen stehen – zur Gänze, abgesehen von einer Moschee in einem der Vorstadtbezirke. Dieser Mangel an für Frauen leicht zugänglichen Aktivitäten verringert auch ihre sozialen Kontaktmöglichkeiten. Fast alle Frauen – selbst jene, die keine Probleme mit der Sprache haben – geben an, es sei sehr schwer, in der Nachbarschaft und in der Schule ihrer Kinder mit belgischen Frauen wirklich in Kontakt zu treten und mehr als bloß einen kurzen Gruß mit ihnen zu wechseln.

Wie Peleman berichtete, leben in diesen Vorstadtbezirken zwar mehrheitlich Belgier, doch das Patriarchat und der Islam können dort die gleichen Restriktionen zur Folge haben wie in größeren ethnischen Konzentrationen. Normalerweise beteiligen sich marokkanische Frauen, die in den Vorstädten leben, an keinerlei Aktivitäten außerhalb ihres Heims, weshalb sie auch wenig soziale Kontakte und keine Gelegenheit haben, ihre ethnische bzw. religiöse Identität zu wahren. Es fehlt ihnen der Anreiz, sich den autoritären Strukturen, denen sie ausgesetzt sind, entgegenzustellen. Abgesehen davon sind die Integrationschancen für Frauen, die nicht holländisch sprechen, relativ schlecht. Die Frauen vermissen vor allem den Kontakt mit anderen Marokkanerinnen. Aus diesem Grund ziehen es viele vor, in einem weniger isolierten Viertel zu leben, wenn sie keine Kinder haben. Die in der Vorstadt lebenden Frauen sind davon überzeugt, dass dieses Umfeld ihren Kindern mehr Integrationschancen bietet als innerstädtische Bezirke. Sie hoffen, dass die wirtschaftlich bessere Position der vorstädtischen Bevölkerung den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aufstieg ihrer Kinder fördern wird. Die Frauen setzen mehr Vertrauen in Vorstadtschulen und fürchten, dass ihre Kinder in der Innenstadt unter dem negativen Druck von Gleichaltrigen leiden könnten. Sie sind auch der Meinung, rassistisches Verhalten sei in den Vorstädten weniger stark ausgeprägt als in innerstädtischen Bezirken. Die Ansicht der Frauen über ihre vorstädtische Gemeinde wird also eher von ihrer Sorge um die Zukunft ihrer Kinder bestimmt als von ihrem eigenen sozialen und psychischen Wohlbefinden bzw. von Überlegungen über ihre eigene Zukunft.

In dem ethnischen Stadtteil ist die Teilnahme an ethno-religiösen Aktivitäten und Holländisch-Kursen relativ hoch. Das Leben in einer kleinen ethnischen Gemeinschaft bzw. ein isoliertes Leben in der Vorstadt erweisen sich als weniger günstig für die Integration der Frauen. Pelemans wichtigstes Ergebnis war daher, dass Restriktionen nicht auf ethnische Stadteile beschränkt sind. Selbst dort, wo nur einige wenige marokkanische Familien leben, limitiert die Angst, man könnte über sie reden, die Aktivitäten der Frauen. Nur ein ethnischer Stadtteil ist groß genug, um eine positive Dynamik unter den Frauen zu erzeugen.

Am meisten überrascht, dass Frauen, die in der Vorstadt wohnen, den gleichen Restriktionen und autoritären Strukturen unterworfen sind wie Frauen in einem ethnischen Stadtteil. Es ist marokkanischen Frauen nicht möglich, am vorstädtischen Leben teilzuhaben, da dort keine geeigneten Aktivitäten für sie angeboten werden und die üblichen belgischen Angebote für sie noch nicht in Frage kommen. Die Ansicht, alle marokkanischen Frauen, die in Vorstädten leben, seien unabhängig und gut integriert, ist somit nichts weiter als ein Mythos. Seine Aufrechterhaltung hat jedoch einen praktischen Effekt. Der Mythos kann leicht dazu miss-

braucht werden, Marokkanerinnen, die in der Innenstadt wohnen, einzureden, dass ihre Geschlechtsgenossinnen in der Vorstadt ein freies und emanzipiertes Leben führen. Darüber hinaus dient er auch als Vorwand, um in Vorstädten keine Maßnahmen zur Förderung der Integration und Partizipation von Frauen setzen zu müssen.

Ethno-religiöse Aktivitäten gewähren Frauen Zugang zum Islam und machen ihnen bewusst, welche Rechte ihnen ihre eigene Religion und die Gesellschaft zugestehen. Vor allem Frauen in den Vorstädten hoffen, dass ihre Kinder von dem wohlhabenderen Umfeld profitieren werden, was für sie wichtiger ist als ihre eigene Integration in die Gesellschaft. Wie Peleman ausführte, muss das Hauptaugenmerk der Kommunalpolitik zwar weiterhin strukturellen Problemen gelten, doch könnten die Maßnahmen zu stark auf die Probleme in ethnischen Stadtteilen ausgerichtet sein und die positiven Seiten zu wenig berücksichtigen. Das gesellschaftliche Leben und die in den Stadtteilen tätigen Vereine könnten die positiven Anstöße nutzen, was ihre Attraktivität sicher erhöhen würde – vor allem, da die Vorstädte niemals Möglichkeiten zur Entwicklung einer ethnischen Gruppenidentität bieten werden.

Schulische Integration von Immigrantenkindern

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Frage nach der schulischen Integration von Immigrantenkindern. Loukia Moussourou untersuchte die Situation in Griechenland. In diesem traditionellen Auswanderungsland zeichnete sich Anfang der 1970er Jahre ein bedeutender Wandel ab: griechische Gastarbeiter (vor allem jene, die nach Deutschland gegangen waren) begannen, in großer Zahl zurückzukehren, wodurch in Griechenland zum ersten Mal in seiner Geschichte eine positive Nettomigration verzeichnet wurde. Eines der in diesem Zusammenhang auftretenden Probleme war die Integration von Heimkehrerkindern in griechische Schulen, die sich als viel schwieriger erwies, als man ursprünglich angenommen hatte. In der Folge wurden 1980 ‚Vorbereitungsklassen‘ und ‚Förderkurse‘ eingeführt, mit deren Hilfe der Wissensstand der Heimkehrerkinder auf das Niveau der griechischen Kinder gebracht werden sollte. Dies war eine Voraussetzung für ihre schulische Integration sowie für ihre Anpassung an das Schulsystem und den Besuch einer Klasse mit Gleichaltrigen. Da ein Großteil der Heimkehrerkinder Deutsch und Englisch sprachen, wurden für englisch sprechende Kinder (1984 in Attica) und für deutsch sprechende Kinder (1985 in Thessaloniki) Schulen geschaffen.

In den 1980er und 1990er Jahren wanderten viele griechischstämmige Familien aus der ehemaligen Sowjetunion, aus Osteuropa und vom Balkan nach Griechenland ein. Abgesehen von einigen politischen Flüchtlingen aus dem Bürgerkrieg hatten diese sogenannten Aussiedler niemals in Griechenland gelebt.

Moussourou berichtete weiters, dass Griechenland in den 1990er Jahren mit einem nie dagewesenen Zustrom von Einwanderern konfrontiert war, die aufgrund der schwierigen politischen und wirtschaftlichen Lage in ihrer Heimat emigrierten. Diese Migranten kamen in großer Zahl vor allem aus Osteuropa (Russland, Ukraine, Polen), vom Balkan (Albanien, Rumänien, Bulgarien, Ex-Jugoslawien) und aus Asien (Irak, Kurdistan, Pakistan, Palästina). Ähnlich wie in Italien, kamen diese Einwanderer illegal ins Land oder wurden eingeschmuggelt. Anfangs schienen hungrige Albaner, die heimlich über die Grenze kamen, das größte Problem zu sein. Sie wurden aufgegriffen und des Landes verwiesen, kamen jedoch wieder, wurden wieder aufgegriffen und wieder des Landes verwiesen.

Dass das anfängliche Unbehagen in Angst umschlug, ist auf eine Reihe von Faktoren zurückzuführen: auf die große Zahl der Einwanderer, ihr Leben im Untergrund und ihre prekären Lebensumstände, ihre unterschiedlichen Kulturen und Verhaltensweisen, einen Anstieg der Kriminalität (vor allem Diebstähle) sowie auf die Sorge, nicht geimpfte Menschen, die unter schlechten hygienischen Bedingungen leben, würden die öffentliche Gesundheit gefährden. Die traditionelle griechische *Philoxenie* (Gastfreundschaft) schien der *Xenophobie* (Fremdenfeindlichkeit) Platz zu machen. Die geltenden Gesetze boten keine Hilfe. Vielmehr trug der unklare und umstrittene Status von illegalen Einwanderern signifikant zur Herausbildung einer komplexen Verkettung von Integration und Ausgrenzung bei, wobei dieser Prozess häufig und unbestritten auf vielen unterschiedlichen Ebenen ablief. Darüber hinaus wurde die Aversion gegenüber Ausländern noch durch die anhaltende hohe Arbeitslosigkeit angeheizt. Auch die Merkmale, die Immigranten aufgrund ihres Immigrantenstatus aufweisen, trugen zu ihrer Ausgrenzung aus der (griechischen) Aufnahmegesellschaft bei.

Die 1997 getroffene Entscheidung, Einwanderer zu legalisieren (d. h. ihnen unter bestimmten Bedingungen Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen zu erteilen), markierte einen entscheidenden Wendepunkt: Wie Moussourou erklärte, sah Griechenland ein, dass es ein Einwanderungsland geworden war. Obwohl die Immigranten Ende der 1990er Jahre bereits länger als 25 Jahre Teil der griechischen Gesellschaft waren, wurde diese Tatsache erst damals akzeptiert und die Notwendigkeit einer Immigrationspolitik eingesehen. Laut Moussourou hat sich durch die Legalisierung die Zahl sowie die Sichtbarkeit von Migrantenkindern erhöht.

Das zur Integration von Aussiedlerkindern (d. h. Kindern von Heimkehrern und Immigrantenkindern griechischer Abstammung) geschaffene System wurde fast unverändert – d. h. ohne jegliche Anpassung an die spezifische Realität der Immigranten – auch für Einwandererkinder übernommen, obwohl diese sich in wichtigen Aspekten von Aussiedlerkindern unterscheiden.

Wie Moussourou ausführte, zeigt die griechische Einwanderungspolitik eine ausgeprägte Präferenz für temporäre Immigration. Die Opportunität politischer Maßnahmen zur Integration von Einwanderern wird ernsthaft bezweifelt. Ein zeitlich begrenzter Aufenthalt in einer Aufnahmegesellschaft und Integration in eben diese werden als Widerspruch gesehen. Laut Moussourou beschränken sich die Widersprüche jedoch nicht darauf, sondern zeigen sich auch hinsichtlich der bereits existenten multikulturellen und multilingualen Situation und den zu ihrer Bewältigung eingesetzten Bildungsmaßnahmen. Die Probleme, die sich daraus ergeben, lassen sich nicht im Rahmen des bestehenden Systems lösen, das im Schuljahr 2001–2002 u. a. 500 Vorbereitungsklassen (hauptsächlich zum Erlernen der griechischen Sprache) und 700 Förderkurse (in der Grund- und Sekundarstufe) für schwache Schüler umfasste.

In ihrer Schlussfolgerung meinte Moussourou daher, die folgenden Punkte müssten bei der Auseinandersetzung mit der Situation von Immigrantenkindern in Schulen Berücksichtigung finden:

- ▶ Zweisprachige Lehrer werden benötigt, um allgemeine kulturelle Kriterien zu erarbeiten und das Interesse der Kinder an der jeweils anderen Kultur zu wecken.
- ▶ Die Reaktionen der Gemeinde und der Eltern der einheimischen Kinder sind ausschlaggebende Determinanten für die Integration von Migrantenkindern.
- ▶ In Klassen mit vielen Immigrantenkindern ist es sehr schwierig, optimale Integrationslösungen zu verwirklichen.
- ▶ Sprachprobleme und Schwierigkeiten, sich in der neuen Umgebung im Aufnahmeland zurechtzufinden, sind die Hauptgründe dafür, dass viele repatriierte und ausländische Kinder eine niedrigere Schulstufe besuchen müssen.
- ▶ Ein Schulsystem, das Homogenität voraussetzt, erschwert die Integration von ausländischen Kindern.

Integration wird oft fälschlich mit ‚Assimilation‘ gleichgesetzt bzw. als diese verstanden. Moussourou vertrat die Ansicht, dass Maßnahmen zur Assimilation von Migranten das Bildungssystem und die Gesellschaft der Möglichkeiten zur Bereicherung, Erneuerung und Modernisierung berauben. Ein auf gesellschaftlicher Akzeptanz basierender interkultureller Zugang würde zur Schaffung solcher Möglichkeiten sowie einer neuen kulturellen Identität beitragen. Moussourou sah jedoch keine Anzeichen dafür, dass die öffentliche Meinung in Griechenland zum gegenwärtigen Zeitpunkt bereit ist, eine möglicherweise neue kulturelle Identität zu fördern.

Auswirkungen der EU-Erweiterung auf die Migration

Polen als Fallbeispiel

Analogien und Unterschiede zu früheren Beitrittsprozessen

Der geplante Beitritt zahlreicher mittel- und osteuropäischer Länder hat Anlass zu vielen Spekulationen über die möglichen Konsequenzen für die Migration gegeben. Wie Marek Okólski ausführte, wurden die meisten dieser Annahmen – und fast alle durchgeführten Untersuchungen – aus der Sicht der derzeitigen EU-Mitgliedstaaten getätigt. In fast allen Analysen wird die Sicht der Beitrittsländer vernachlässigt. Das Einzige, was als sicher angenommen wird, ist, dass diese Länder ein unerschöpfliches Reservoir von Migranten besitzen, die bereit sind, in die reicheren Länder der EU zu ziehen.

Wie die neoklassische Migrationstheorie gehen diese Analysen davon aus, dass die Migrationsbewegungen erwerbsabhängig in eine Richtung verlaufen werden, d. h. von den ‚neuen‘ in die ‚alten‘ Mitgliedstaaten. Aufgrund der in früheren Erweiterungen gewonnenen Erfahrungen steht dabei Migration zur Aufnahme einer regulären Erwerbstätigkeit im Mittelpunkt. Die empirische Grundlage bilden einige wenige Studien, in denen die Abwanderung von griechischen, spanischen und portugiesischen Arbeitskräften in der Zeit vor und nach dem Beitritt dieser Länder bzw. der Zustrom von Gastarbeitern in die Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahrzehnten untersucht wurden.

Okólski sieht Ähnlichkeiten zwischen den heutigen Trends und den damaligen Entwicklungen in Griechenland, Portugal und Spanien. Auch diese Länder waren hinsichtlich der Produktivität ihrer Arbeitskräfte und der Löhne weniger weit entwickelt als die anderen EU-Mitgliedstaaten. Sie entsandten kontinuierlich viele Migranten auf die EU-Arbeitsmärkte und verzeichneten mehrere Jahrzehnte lang eine beachtliche Nettoabwanderung. Diese Merkmale treffen auch auf etliche der heutigen Beitrittsländer zu – vor allem auf das größte in dieser Gruppe, nämlich Polen. Doch es gibt auch einige bedeutende Unterschiede: der auffälligste ist das Fehlen einer signifikanten Anwerbung von Arbeitsmigranten aus den Beitrittsländern seitens der EU-Mitgliedstaaten in den letzten Jahrzehnten. Anders als die Arbeitskräfte aus Spanien, Portugal und Griechenland hatten ihre Kollegen aus Mittel- und Osteuropa keine Möglichkeit, vor dem Beitritt ihrer Länder große ‚ethnische Enklaven‘ auf dem legalen Arbeitsmarkt der EU zu bilden. Wie Okólski ausführte, unterscheidet sich die Beschäftigung der Bürger aus den Beitrittsländern deutlich von jener der Arbeitskräfte aus Südeuropa im Vergleichszeitraum.

- ▶ Die großteils kurzfristigen Arbeitsverträge der jährlich 300.000 legal Erwerbstätigen aus Mitteleuropa in der EU Ende der 1990er Jahre entsprachen im Durchschnitt weniger als 80.000 regulär Beschäftigten – eine in jeder Hinsicht bescheidene Zahl.
- ▶ Die überwiegende Mehrheit der legal beschäftigten Arbeitskräfte verrichtete unqualifizierte Saisonarbeit in der Landwirtschaft, was verhinderte, dass sie länger in der EU verblieben und mobil auf dem EU-Arbeitsmarkt wurden.
- ▶ Eine beachtliche Zahl von Migranten – schätzungsweise ca. 50 % – arbeitete auf dem informellen Arbeitsmarkt.

Laut Okólski lässt sich die Arbeitsmigration aus Südeuropa – kurz zusammengefasst – mit jener aus Mittel- und Osteuropa wie folgt vergleichen. Bei erstgenannter handelte es sich vorwiegend um regulär beschäftigte, angelernte Arbeiter oder Facharbeiter, die befristete Verträge und vollen Rechtsschutz erhielten. In der Regel verrichteten sie Tätigkeiten, die ihrer Qualifikation entsprachen. Ihre Löhne waren jenen von Inländern vergleichbar. Sie konnten ihr relativ stabiles Beschäftigungsverhältnis im Ausland jahrelang verlängern. Außerdem hatten die meisten Arbeitskräfte aus dem Süden die Möglichkeit, sich beruflich zu verändern und sich gewerkschaftlich zu betätigen, waren im Krankheitsfall ausreichend abgesichert und erhielten auch Sozialleistungen. Abgesehen davon konnten sie auch ihren Aufenthalt in den Aufnahmeländern durch Heirat mit Inländern oder Wiedervereinigung mit Familienmitgliedern aus ihrer Heimat schrittweise stabilisieren. Arbeitsmigranten aus Mittel- und Osteuropa arbeiten vorwiegend in irregulären Beschäftigungsverhältnissen oder auf dem sekundären Arbeitsmarkt in der EU. Viele der heutigen Migranten sind nicht mehr durch die

üblichen arbeitsrechtlichen Bestimmungen abgesichert. Sie verrichten entweder niedrigqualifizierte Tätigkeiten oder arbeiten in Positionen knapp unter ihrem Qualifikationsniveau. In der Regel haben sie informelle und vielfach kurzfristige Verträge (häufig auf tageweiser und wochenweiser statt auf monatlicher Basis). Ihre Löhne liegen für gewöhnlich weit unter dem Durchschnitt. Die Teilhabe dieser Erwerbstätigen an der Gesellschaft ist drastisch eingeschränkt. Dies zeigt sich an der Tatsache, dass sie normalerweise nicht Gewerkschaftsmitglieder sind, nur sporadisch Gesundheitsdienste oder Sozialleistungen nutzen und fast ausschließlich mit Bargeld bezahlen. Ihre Möglichkeiten, ihren Aufenthalt in einem Aufnahmeland zu stabilisieren, sind relativ gering.

Andere Faktoren, die sich auf die Migration aus Polen auswirken

Es gibt aber auch andere Faktoren, die sich auf die Migration auswirken und nicht im Zusammenhang mit dem Erweiterungsprozess der EU stehen.

Diesbezüglich erklärte Okólski, Faktoren wie z. B. die Größe und Altersstruktur der Bevölkerung würden sich ziemlich deutlich auf die potenziellen Obergrenzen der Abwanderung auswirken. Mittel- und Osteuropa waren traditionell Gebiete mit hoher Fertilität und einem Arbeitskräfteüberschuss, erleben jedoch seit Ende der 1980er Jahre einen starken Rückgang sowohl bei der Fertilität als auch beim Angebot an Arbeitskräften. Zwischen 2001 und 2010, in einem Zeitraum von zentraler Bedeutung, in welchem sich die neuen Mitgliedstaaten auf den Beitritt vorbereiten, wird die Zahl der Personen im arbeitsfähigen Alter drastisch sinken.

Verglichen mit den 1990er Jahren hat sich das Volumen der Bevölkerungsbewegungen zwischen den mittel- und osteuropäischen Ländern und der EU in der Tat verändert. Im Allgemeinen verlaufen Migrationsbewegungen relativ langsam. Es gab nur zwei Migrationsbewegungen von nennenswerter Größe. Beide beruhten auf der Erwartung der Migranten, bei ihrer Integration/Ansiedlung Hilfestellung von den Aufnahmeländern zu erhalten. Eine dieser Migrationsbewegungen war die Repatriierung von Volksdeutschen, bei der sich zwischen 1989 und 1998 2,3 Millionen Migranten aus Mittel- und Osteuropa auf den Weg machten – 670.000 davon stammten aus den Beitrittsländern. Die zweite große Migrationsbewegung umfasste Asylwerber, die von der Großzügigkeit oder Gesetzeslücken in den EU-Aufnahmeländern und den daraus resultierenden Leistungen angezogen wurden. In den 1990er Jahren zählten praktisch alle mittel- und osteuropäischen Länder periodisch zu den zehn wichtigsten Entsendeländern. Ende der 1990er Jahre versiegte der massive Zustrom von Volksdeutschen und Asylwerbern jedoch. Dies lässt den Schluss zu, dass die Ost-West Migrationsbewegungen, die auf institutionalisierter Unterstützung der Migranten in den Aufnahmeländern beruhten, ihre Bedeutung weitgehend verloren haben.

Angesichts der starken Nachfrage nach niedrigqualifizierten und billigen Arbeitskräften in praktisch allen EU-Mitgliedstaaten, die in vielen Beitrittsländern in Mittel- und Osteuropa mit einem großen Angebot an Arbeitskräften zusammenfiel, haben die schwachen und unterdrückten Migrationsbewegungen einer seltsamen Arbeitskräftezirkulation Platz gemacht. Laut Okólski könnte man dieses Phänomen ‚unvollständige Migration‘ nennen. Dieser Ausdruck beschreibt die Wanderungen von falschen Touristen, die sich während ihres legalen Aufenthalts in der EU eine kurzfristige informelle Beschäftigung im sekundären Arbeitsmarkt suchen. Okólski hält dies für ein wesentliches Merkmal des heutigen Ost-West-Migrationsmusters.

Die beiden Hauptarten der heutigen Migration von Mittel- und Osteuropa in die EU – d. h. Migration zur Aufnahme einer regulären saisonalen Beschäftigung bzw. einer Tätigkeit als Subunternehmer sowie unvollständige Migration – weisen einige Gemeinsamkeiten auf. Vor allem sind sie, im zeitlichen Verlauf gesehen, relativ stabil und – gemessen am Gesamtvolumen aller in die EU einwandernden Migranten und am Gesamtvolumen der am EU-Arbeitsmarkt beschäftigten Ausländer – größenordnungsmäßig gering. Außerdem sind diese Wanderungen hauptsächlich temporärer Natur. Die Migranten bleiben selten länger als drei Monate in den Zielländern. Wie lukrativ diese Wanderungen für die Migranten sind, hängt sehr davon ab, wie gut sie mit ihren Mitteln haushalten können und wie gut sie damit zurechtkommen, getrennt von ihrer Familie und ihrem sozialen Milieu zu leben. In diesem Zusammenhang spielen sowohl die niedrigen

Löhne als auch die hohen Lebenshaltungskosten in den EU-Mitgliedstaaten eine Rolle. Diese Umstände veranlassen die Migranten meist, ihren Aufenthalt in den Zielländern eher zu verkürzen als zu verlängern.

Schließlich sind diese Migrationsformen abhängig vom Bedarf. Sie gehen fast nie in andere Migrationsformen über und führen kaum zu beruflicher Mobilität in den EU-Mitgliedstaaten, weshalb es für diese relativ leicht ist, die derzeitige Migration aus mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern zu regeln.

Potenzielle Anziehungsfaktoren für polnische Migranten

Okólski ging dann der Frage nach, wie attraktiv die EU für polnische Migranten ist. Wie er ausführte, gibt es in der EU keine größeren ethnischen oder nationalen Gemeinschaften mittel- bzw. osteuropäischer Herkunft. Seiner Meinung nach sind der Zusammenhalt dieser Gruppen sowie die Solidarität unter ihren Mitgliedern relativ gering. Dies zeigt sich u. a. daran, dass polnische Arbeitsmigranten sich gegenseitig eher Konkurrenz machen als einander zu unterstützen, was die Stabilität der von Polen gebildeten ethnischen Gemeinschaften in der EU untergräbt. Aus diesem Grund sind auch ihre Migrationsnetzwerke eher bedeutungslos. Migranten aus Mittel- und Osteuropa scheint es auch noch nicht gelungen zu sein, dauerhafte ethnische Enklaven zu bilden oder sich in Nischen der EU-Arbeitsmärkte so zu etablieren, wie dies Migranten aus der Türkei, aus Portugal oder dem ehemaligen Jugoslawien in der Vergangenheit taten.

Wie Okólski weiters anmerkte, werde die derzeitige Struktur des Arbeitskräftebedarfs in der EU nicht zu radikalen Veränderungen der Migrationsbewegungen aus Mittel- und Osteuropa führen. Der einzige Bereich des Arbeitsmarkts mit struktureller Nachfrage nach Arbeitskräften ist das unterste Segment, in welchem Arbeiten angeboten werden, die Inländer nicht übernehmen wollen. In diesem Zusammenhang zitierte Okólski einige jüngst in Polen durchgeführte Untersuchungen, die zeigen, dass Migranten im Westen fast ausschließlich manuelle Jobangebote bekommen. Für die überwiegende Mehrheit der Arbeitsmigranten beschränkt sich das Angebot auf einfache, unqualifizierte Tätigkeiten – meist auf irregulärer Basis. Abgesehen davon hat im Lauf der Zeit die irreguläre Beschäftigung von polnischen Arbeitskräften in westlichen Ländern zugenommen.

Okólski vertrat die Ansicht, die von der EU seit den 1970er Jahren verfolgte flexible Beschäftigungspolitik werde beibehalten werden und zu einer Ausweitung dieses spezifischen Arbeitsmarktsegments führen. Das derzeitige Beschäftigungsmuster für Migranten aus Mittel- und Osteuropa wird sich also nicht ändern, d. h. der Großteil der für diese Migranten verfügbaren Arbeiten wird im sekundären Arbeitsmarkt angesiedelt sein und Migration zur Abdeckung dieser Angebote wird gleich bleiben bzw. nur geringfügig ansteigen.

Konsequenzen der EU-Erweiterung für die neuen Mitgliedstaaten

Okólski ging dann auf die möglichen Konsequenzen der EU-Erweiterung für die neuen Mitgliedstaaten ein. Was die Migration betrifft, hält er die Abschottung der Grenzen zwischen den neuen Mitgliedern der EU und ihren nicht zur EU gehörenden Nachbarn für die einschneidendste Veränderung. In den 1990er Jahren gestatteten diese Grenzen den ungehinderten Verkehr von Personen, die ihre Arbeitskraft, ihre Waren sowie ihr Geld über die Grenzen hin- und hertransferierten. Damals hatten Polen und andere mittel- und osteuropäische Beitrittsländer nicht nur keine Visumspflicht – wodurch Staatsangehörige vieler ehemals kommunistischer Länder ohne erhebliche Restriktionen die Grenze passieren konnten – sondern wurden auch zu neuen Wirtschaftszentren in Mittel- und Osteuropa. Das lockte falsche Touristen in großen Mengen in einige der Beitrittsländer. Wenn die neue EU-Erweiterung in Kraft tritt, müssen die Beitrittsländer den *Schengen-Acquis* voll übernehmen, was u. a. bedeutet, dass ihre Grenzen – die dann die Außengrenzen der EU bilden – effektiv gesichert sein werden. Die *Schengen*-Bestimmungen bezüglich Bewegungsfreiheit und Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen werden vollends eingehalten werden. Dadurch werden sich vermutlich die Kosten für Reisen zwischen Polen und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) dramatisch erhöhen und die Zahl der aus diesen Ländern Einreisenden wird drastisch zurückgehen.

Laut Okólski wird sich durch die Erweiterung auch die Zahl der Mittel- und Osteuropäer erhöhen, die Arbeit in der Schattenwirtschaft der EU suchen werden. Ausschlaggebend dafür sind zwei einander wechsel-

seitig beeinflussende Faktoren: das Recht der Staatsangehörigen der neuen Mitgliedstaaten, sich innerhalb der EU frei zu bewegen, und der eingeschränkte Zugang zum EU-Arbeitsmarkt. In dieser Situation werden einige Faktoren – wie z. B. die relativ hohe Nachfrage nach solchen Arbeitskräften in der EU – ehemalige Touristen aus den neuen Mitgliedstaaten, die bis dato wirtschaftlich nicht aktiv waren, dazu ermutigen, eine irreguläre Beschäftigung aufzunehmen. Außerdem haben die Migranten aus Mittel- und Osteuropa bereits ein soziales Netz geschaffen, selbst wenn dieses derzeit noch ziemlich schwach zu sein scheint. Okólski ging davon aus, dass die erhöhten Migrationsbewegungen von den neuen in die alten Mitgliedstaaten weder in ihrer Dauer unbegrenzt noch gleichmäßig über die Bevölkerungen der neuen Mitgliedstaaten verteilt sein werden.

Für Okólski ist der freie Zugang der Bürger der neuen EU-Mitgliedstaaten zum EU-Arbeitsmarkt – der dritten direkten Folge der Erweiterung – von ausschlaggebender Bedeutung. Wenngleich er sich größenordnungsmäßig in Grenzen halten wird, kommt ihm eine Schlüsselrolle zu, da er die Chance bietet, ein hocheffizientes System zur Steuerung der Arbeitskräftewanderung einzuführen, d. h. eine legale, institutionalisierte und organisierte Anwerbung von Arbeitskräften in den jeweiligen Ländern Mittel- und Osteuropas durch EU-Arbeitgeber bzw. in ihrem Auftrag tätige Agenturen.

Laut Okólski ist es bereits evident, dass sich der freie Zugang zum EU-Arbeitsmarkt durch den Erlass spezieller Klauseln für die neuen Mitgliedstaaten auf bestimmte Berufssparten, Wirtschaftsbereiche oder, im besten Fall, auf bestimmte Mitgliedstaaten beschränken wird. Für kritisch hielt er, dass sich Deutschland, dessen nationaler Arbeitsmarkt innerhalb der EU die meisten Arbeitskräfte aufnimmt, aus der Gruppe der Länder ausnimmt, die bereit sind, ihre Arbeitsmärkte für Arbeitskräfte aus den neuen EU-Mitgliedstaaten zu öffnen.

Aus polnischer Sicht wird das Prinzip des begrenzten bzw. selektiven Zugangs zum EU-Arbeitsmarkt massiv verstärkt durch die Charakteristika des polnischen Arbeitskräftepotenzials. Arbeitskräfte, welche die für Arbeitsmigranten aufgestellten Kriterien für die Integration in den EU-Arbeitsmarkt problemlos erfüllen, finden schon daheim in Polen ein ausreichendes Angebot an Arbeitsmöglichkeiten. Ihre Motivation, zu emigrieren, ist bestenfalls gering, was impliziert, dass der begrenzte Zugang zum EU-Arbeitsmarkt die Abwanderung aus Polen abschwächen wird.

Okólski war davon überzeugt, dass die Intensivierung des Handels zu einer Verringerung der Abwanderung von niedrigqualifizierten Arbeitskräften aus den neuen in die alten Mitgliedstaaten führen wird. Dieser Effekt wird jedoch erst in einigen Jahren spürbar sein, d. h. wenn die Umstrukturierung der Wirtschaften Mittel- und Osteuropas abgeschlossen oder zumindest sehr weit fortgeschritten ist. Die Erweiterung könnte auch einen Kapitalfluss in Form von Direktinvestitionen aus den alten in die neuen Mitgliedstaaten fördern. Sie wird auch zur Beseitigung aller derzeitigen Hindernisse für wirtschaftliche Tätigkeiten beitragen, was einige – allerdings geringfügige – Migrationsbewegungen in beide Richtungen auslösen könnte.

Schließlich wird der EU-Beitritt der neuen Mitgliedstaaten dazu beitragen, die 1989 begonnene Umstrukturierung ihrer Wirtschaften zu beschleunigen und abzuschließen. Okólski hielt es für wahrscheinlich, dass sich ein beschleunigter Umstrukturierungsprozess zu einem autonomen Migrationsfaktor entwickelt. In diesem Zusammenhang meinte er, die durch die Erweiterung geförderten und verstärkten Veränderungen in der polnischen Landwirtschaft würden theoretisch das derzeitige polnische Migrationspotenzial erhöhen. In den 1990er Jahren durchgeführte detaillierte Untersuchungen über das Migrationspotenzial von Bewohnern der rückständigen ländlichen Gebiete Polens zeigen, dass diese Bevölkerung äußerst immobil ist. Menschen aus diesen Gebieten sind kaum in der Lage, mit den Anforderungen des polnischen Arbeitsmarkts zurechtzukommen, ganz zu schweigen von jenen in Westeuropa. In der Regel sind sie unfähig, mit anderen Arbeitskräften zu konkurrieren. Die mobileren von ihnen suchen Arbeit auf dem sekundären Arbeitsmarkt und in spezifischen Nischen, in denen es praktisch keine Konkurrenz gibt.

Potenzial für Familienmigration

Im letzten Teil seines Beitrags beschäftigte sich Okólski mit der Frage, für wieviele Menschen Familienzusammenführung einen Grund zur Migration darstellt. Er zitierte Daten aus dem Mikrozensus 1995, laut welchen sich ca. 900.000 polnische Staatsangehörige mindestens zwei Monate im Ausland aufhielten. Bei ca. 770.000 Migranten handelte es sich um Familienmitglieder¹, bei ca. 130.000 Migranten um Personen aus Einpersonenhaushalten. Faktisch verließen 155.000 von 417.000 Familien Polen, während in 262.000 Familien zumindest ein Familienmitglied im Land blieb.

Diese Daten zeigen u. a., dass 1995 die Zahl der Familien, die potenziell für Familienzusammenführung in Frage kommt, relativ hoch war. Bei vielen Mitgliedern dieser ca. 262.000 Familien handelte es sich jedoch entweder um Ehepartner in immobilem Alter oder um alleinerziehende Eltern mit erwachsenen Kindern. Die einzige Kategorie, die ein starkes Potenzial für Familienzusammenführung aufzuweisen schien, waren Familien, in denen sowohl die Eltern als auch die Kinder jünger als 25 waren. In ungefähr 50 % dieser Familien – ca. 55.000 – lebten zumindest ein Kind und ein Elternteil weiterhin in Polen. Okólski wies jedoch darauf hin, dass sich laut einer zwei Jahre nach dem Mikrozensus 1995 in Polen durchgeführten Erhebung über den Lebensstandard nur 178.000 Personen mit ständigem Wohnsitz in Polen (und Mitglied eines Haushalts von mindestens zwei Personen, von denen sich mindestens eine Person zur Zeit der Erhebung in Polen befand) mehr als zwei Monate im Ausland aufhielten.

Aus den Migrationstrends in Polen in den letzten 25 Jahren und Prognosen für die Entwicklungen in naher Zukunft zog Okólski den Schluss, dass sich die EU-Erweiterung nur relativ geringfügig auf die Migrationsbewegungen zwischen Polen und der EU auswirken wird. Seiner Meinung nach ist dies auf zwei große Gruppen von Faktoren zurückzuführen:

Erstens können durch die Erweiterung als solche die Migrationsbewegungen kurzfristig größer werden. Aufgrund der Einschränkungen bzw. der Selektion polnischer Arbeitskräfte auf den Arbeitsmärkten wird ein Großteil dieser Bewegungen letztlich vom informellen EU-Arbeitsmarkt absorbiert werden. Versuche, hochqualifiziertes Personal ohne adäquate Beschäftigungsmöglichkeiten in der Heimat aus Polen anzuwerben, werden hingegen von wenig Erfolg gekrönt sein. Die beschleunigte Modernisierung der polnischen Landwirtschaft im Zuge der EU-Erweiterung wird zu massiver Arbeitslosigkeit unter den Bauern führen, jedoch aufgrund des höheren Alters und mangelnden Humankapitals dieser Gruppe nur ein relativ geringes Migrationspotenzial erzeugen. Okólskis Schätzungen zufolge werden auch Migrationsbewegungen aus familiären Gründen keine größeren Dimensionen annehmen.

In Bezug auf die zweite Gruppe – den vom Erweiterungsprozess unabhängigen Faktoren – führte Okólski die nachstehenden Punkte an:

- ▶ Die demographische Situation wird sich nur insignifikant, wenn nicht negativ, auf potenzielle Migrationsbewegungen auswirken.
- ▶ Die derzeitige Form der Arbeitsmigration wird tendenziell eine schwache Migrationsbereitschaft von hochqualifizierten Arbeitskräften aufrechterhalten. Gleichzeitig wird der seit langem beobachtete Trend, dass unqualifizierte Arbeitskräfte in die unteren Segmente bzw. den informellen Sektor der EU-Arbeitsmärkte abwandern, größere Verschiebungen von irregulären zu regulären Beschäftigungsverhältnissen bzw. von niedrigeren zu höheren Segmenten verhindern.
- ▶ Die Migrationsnetzwerke werden weiterhin relativ schwach bleiben und nicht zu einem nennenswerten Anstieg der Abwanderung aus Polen beitragen.
- ▶ Vielmehr werden die EU-Arbeitsmärkte strukturbedingt voraussichtlich weiterhin einen wachsenden Zustrom von niedrigqualifizierten temporären Arbeitskräften aus Polen anziehen, ungeachtet der offiziellen EU-Einwanderungspolitik oder der Auswirkungen der ‚Übergangsperiode‘, in welcher der freie Zugang zum EU-Arbeitsmarkt begrenzt ist.

¹ Familie wurde im formalrechtlichen Sinn als Ehegemeinschaft definiert. Familienmitglieder sind die Ehepartner und deren unterhaltspflichtige Kinder.

Migration, Familie und Wohlfahrt in Mittel- und Osteuropa

Die Ergebnisse der von Claire Wallace durchgeführten Untersuchungen über die Auswirkungen der EU-Erweiterung auf die Migration gingen in die gleiche Richtung. In ihrem Beitrag unterstrich sie eingangs, dass die mittel- und osteuropäischen Länder viele Jahrhunderte lang Auswanderungsländer waren. Emigration war für gewöhnlich eine Einbahnstraße in ein anderes Land und ein anderes Leben. Da eine Rückkehr während des kalten Krieges schwierig war, wurde dieses Muster beibehalten und schien sich Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre zu verstärken, als die Menschen in Massen aus Mittel- und Osteuropa emigrierten.

Eine Analyse der aktuellen Migrationsmuster zeigt, dass die Auswanderung in vielen Ländern zurückgegangen ist. Wallace verwies auf die Situation in Bulgarien, Rumänien und Polen. Zu Beginn der Übergangsphase zählten sie zu den wichtigsten Entsendeländern, doch in den letzten Jahren ist die Zahl der Abwanderungen aus diesen Ländern gesunken. Wie Wallace berichtete, verließen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion sehr viele Menschen die baltischen Länder. Heute sind die Abwanderungsraten dort viel niedriger; darüber hinaus handelt es sich bei vielen der Emigranten möglicherweise um ethnische Russen. Bedingt durch die Flüchtlinge, die in den Kriegen der 1990er Jahre flüchteten, zeigt auch Slowenien ein ungewöhnliches Migrationsmuster, während Ungarn, die Tschechische Republik, Slowenien und die Slowakei sowie Litauen langsam eine positive Migrationsbilanz aufweisen, d. h. es wandern mehr Menschen in diese Länder ein als aus diesen Ländern aus.

Laut Wallace finden die größten Migrationsbewegungen *innerhalb* von Mittel- und Osteuropa und nicht von Osten nach Westen statt. In jüngster Zeit haben sich viele mittel- und osteuropäische Staaten – vor allem die erfolgreicheren, die an die EU angrenzen – zu Aufnahmeländern entwickelt. Ähnlich wie z. B. Griechenland, Spanien und Portugal haben sie damit in Hinblick auf Migration eine neue Rolle übernommen. Die Studien von Wallace zeigen auch einen ausgeprägten Trend zu kurzfristigem Pendeln anstelle von dauerhafter Emigration.

Wie Wallace weiter ausführte, belegen Studien über das Migrationspotenzial, dass nur wenige Menschen auf Dauer auswandern wollen; und diejenigen, die dies möchten, haben eine Präferenz für die traditionellen Zielländer in der Neuen Welt. Andererseits würden viele gern einige Wochen oder Monate im Westen arbeiten oder studieren. Die Resultate zeigen deutlich, dass ‚Pushfaktoren‘ wie schlechte wirtschaftliche Bedingungen daheim in der Slowakei und in Polen eine wesentliche Rolle spielten, während sie in Ungarn und in der Tschechischen Republik weniger ins Gewicht fielen. Ethnische Probleme waren vor allem in der Slowakei ein bestimmender Faktor. Fast alle Befragten meinten, im Ausland seien die Lebensbedingungen und Löhne besser, und ein Drittel bis die Hälfte waren der Ansicht, sie würden im Ausland mehr persönliche und politische Freiheit genießen. Wirtschaftliche Faktoren waren also ein wichtiger Anreiz für die Leute, ins Ausland zu gehen, verlieren aber durch die zunehmende Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in den Übergangsländern seit 1995 vielleicht an Bedeutung.

Wallace untersuchte jedoch nicht nur die Faktoren, die Menschen dazu veranlassen, ihr Land zu verlassen, sondern fragte sich auch, was ausschlaggebend dafür sein könnte, dass sie im Lande bleiben. Es zeigte sich, dass dafür sowohl positive Aspekte des heimischen Umfelds als auch negative Aspekte des ausländischen Umfelds verantwortlich waren. Als stärkstes Motiv dafür, die Heimat nicht zu verlassen, wurden Familien- und Freundesbande angegeben; an zweiter Stelle stand die Angst vor den Risiken und der Unsicherheit der Migration. So würde z. B. ein guter Posten in der Heimat Slowaken und Polen – jedoch nicht Tschechen und Ungarn – davon abhalten zu emigrieren. Andererseits erwähnte ca. die Hälfte aller Befragten in Mittel- und Osteuropa (zwei Drittel von ihnen in Polen) die Schwierigkeiten und das Stigma, das sie als Migranten erdulden müssten, entweder weil sie als Arbeitsmigranten schlecht behandelt oder weil die Menschen aus ihrem Land im Ausland gering geschätzt würden. In den von Wallace durchgeführten Interviews waren die Hälfte bis zwei Drittel der Befragten der Meinung, dass sich die Lebensbedingungen in ihrem Land langfristig bessern würden. Ein geringerer Prozentsatz wurde von den Migrationsgesetzen und den schlechten Erfahrungen anderer Migranten abgeschreckt.

Wallace berichtete weiters, dass die mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer selbst zu Zielländern für internationale Migration geworden sind, wobei sie zwischen folgenden Typen unterschied:

- ▶ *Einwanderer, die sich dauerhaft im Land niederlassen wollen:*
Dieser Typ von Einwanderern ist zahlenmäßig eher schwach vertreten und Einwanderung dieser Art kann bis zu einem gewissen Grad damit erklärt werden, dass große Gruppen von Polen und Ungarn außerhalb ihres Landes leben. Einige von ihnen beginnen jetzt, in ihre Heimatländer ‚zurückzukehren‘. Andere, die während des kommunistischen Regimes des Landes verwiesen wurden oder in den Westen emigrierten, möchten jetzt zurückkehren.
- ▶ *Asylwerber und Flüchtlinge:*
Die Zahl der diesem Typ zuzurechnenden Immigranten hat zugenommen, ist jedoch – verglichen mit den EU-Ländern – immer noch relativ gering.
- ▶ *Transitmigranten:*
Transitmigranten nutzen diese Länder als Sprungbrett in andere Länder. Sie kommen in großer Zahl, doch wird aufgrund der migrationspolitischen Entwicklung in den Beitrittsländern diese Art von Einwanderung zunehmend stärker geregelt. Transitmigranten werden daher immer häufiger an den Ost- statt an den Westgrenzen der Beitrittsländer angehalten.
- ▶ *Touristen:*
Derzeit boomt der Tourismus, doch sind einige Touristen in Wirklichkeit Migranten, die aus ökonomischen Gründen ihr Heimatland verlassen wollen. Einige, die als Touristen ins Land kommen, kaufen und verkaufen in Wirklichkeit Waren über die Grenze oder gehen kurzfristig einer Erwerbstätigkeit nach.

Laut Wallace ergeben sich neue Perspektiven, wenn man Migration als Zuwanderung nach Mittel- und Osteuropa statt aus diesen Ländern (wie häufig in öffentlichen Debatten angeführt) sieht. Erstens bedeutet dies, dass sich die Beitrittsländer zu multikulturellen Gesellschaften entwickeln, was für sie ein neues Phänomen darstellt. In diesem Zusammenhang verwies sie auf die Ergebnisse der Weltwertestudie, die zeigt, dass in Osteuropa viel mehr Menschen rassistisch eingestellt sind als in Westeuropa. Positiv zu vermerken ist hingegen, dass sowohl in Ost- als auch in Westeuropa die Zahl derer, die keinen Angehörigen einer anderen Ethnizität zum Nachbar haben möchten, zurückgegangen ist. Wallace berichtete aber auch, dass Fremdenfeindlichkeit bislang kaum eine Rolle in der Wahlpolitik der mittel- und osteuropäischen Länder gespielt hat, wo Migration noch kein politisches Thema ist.

Wie Wallace weiter ausführte, ist u. a. die Tatsache, dass die Migrationsrate nicht höher ist, auf die engen Bande zu den Familien in der Heimat zurückzuführen. Dieser Grund wurde am häufigsten auf die Frage genannt, warum die Befragten nicht in ein anderes Land emigrieren (86 % in Polen, 89 % in der Tschechischen Republik, 87 % in der Slowakei und 91 % in Ungarn). Ihre Untersuchungen zeigen auch, dass enge Familienbande sich tatsächlich in den Migrationsmustern widerspiegeln, die tendenziell eher kurzfristiges Pendeln als einen Exodus in großem Umfang zeigen. Familienbande sind auch ein Anreiz dafür, die Beziehungen zur Familie in der Heimat zu pflegen. Die Untersuchungen von Wallace beweisen, dass dies ein wichtiger Faktor für die Aufrechterhaltung des Lebensstandards in Ländern wie der Ukraine oder Rumänien war, wo der Lebensstandard drastisch gesunken ist.

Wallace erwähnte auch die starken intergenerationalen Beziehungen in mittel- und osteuropäischen Familien, von denen viele in Mehrgenerationenhaushalten leben. Eltern und Großeltern helfen ihren Kindern durch Kinderbetreuung, Gemüseanbau und Tierhaltung, Bereitstellung von Unterkunft und materielle Unterstützung, indem sie ihre informellen Netzwerke zur Beschaffung von Ressourcen nutzen. Diese ausgeprägte intergenerationale Unterstützung, die sich unter den früheren Regimen entwickelte, hat sich in der Übergangsphase noch verstärkt. Derartige Haushaltsstrategien ermöglichten es den Familien, in der Übergangsphase zu überleben, als der Lebensstandard einbrach und die Arbeitslosigkeit stieg. Auf diese Art und Weise schufen sie ein Portefeuille wirtschaftlicher Ressourcen. Die Haushaltsstrategie vieler Migranten ist es, ein bzw. mehrere Familienmitglieder ins Ausland zu schicken, damit sie zusätzliches Geld für die Familie verdienen, während die Kinder und andere Familienmitglieder im Lande bleiben, um die Schule zu besuchen und sich um das Heim der Familie zu kümmern. Dieser Trend hat sich in den letzten Jahren sogar verstärkt, da durch die Privatisierung viele Menschen zu Grundbesitzern wurden. (In Bulgarien und Rumänien trifft dies z. B. auf 80–90 % der Bevölkerung zu.)

Ein weiterer Faktor, der größere Migrationsbewegungen verhindert, sind die gut entwickelten Wohlfahrtsstaaten in Mittel- und Osteuropa. Man ist der Meinung, man sollte im eigenen Land bleiben, wenn man krank ist, eine schulische Ausbildung oder eine Pension erhalten möchte. Laut Wallace sind sogar die Pendler selbst häufig in ihrer Heimat und nicht in dem Land, in das sie pendeln, versichert. Pendelmigration eignet sich besser für diese Kombination von wirtschaftlichen Ressourcen im ‚Haushaltsportefeuille‘, bei welcher der Kern der Familie im Heimatland verankert bleibt.

Andere Faktoren, die möglicherweise Emigration in großem Umfang verhindert und kurzfristiges Pendeln begünstigt haben, sind z. B. die Entwicklung des Dienstleistungssektors und die Schaffung flexibler Arbeitsmärkte.

Wallace argumentierte daher, zum Verständnis internationaler Migration genüge es nicht, den Migrationswunsch einfach auf Wirtschaftsindikatoren wie Arbeitslosigkeit, demographisches Ungleichgewicht und unterschiedliche Lohnniveaus zurückzuführen. Es sei vielmehr wichtig, die Motive und Strategien der jeweiligen Akteure und ihren Umgang mit Ressourcen zu analysieren.

Ebenso wie Okólski betonte Wallace, dass der Beitritt Mittel- und Osteuropas zur Europäischen Union dazu beitragen werde, den Trend zur Überalterung der Bevölkerung umzukehren. Viele Forscher vertreten die Ansicht, in diesem Sinn sei Migration positiv zu bewerten. Doch dies könnte sich als unrichtig erweisen. Es emigrieren nämlich nicht nur zunehmend weniger Menschen, auch die Zahl der Kinder und Jugendlichen in Mittel- und Osteuropa sinkt, während gleichzeitig die Sterberate steigt.

In Anbetracht der dargelegten Migrationsmuster kam Wallace zu folgenden Schlüssen:

- ▶ Mit zunehmendem Lebensstandard wird die Zuwanderung von Mittel- und Osteuropa voraussichtlich weiter abnehmen.
- ▶ Ein hoher Prozentsatz der derzeit stattfindenden Migration zeigt die Notwendigkeit, zwischen Entsende- und Aufnahmeland hin- und herzupendeln. Migration wird zunehmend auch die Möglichkeit zur Rückkehr ins Heimatland beinhalten.
- ▶ Der Anstieg der Einwanderung in die mittel- und osteuropäischen Länder sowie die Wanderung innerhalb dieser Länder muss berücksichtigt werden, wird jedoch größtenteils temporärer Natur sein.
- ▶ Starke intergenerationale Familienbande der Menschen in Mittel- und Osteuropa, die durch ein Portefeuille von Wirtschaftsressourcen ihr wirtschaftliches Überleben sichern, stellen einen stabilisierenden Faktor dar, der die Menschen davon abhält, auf Dauer auszuwandern.
- ▶ Die Familien werden auch durch vermehrten Grundbesitz und die Rolle der Wohlfahrtsstaaten gestärkt.

Wie Wallace ausführte, beginnen durch die neue Rolle Mittel- und Osteuropas in Bezug auf Migrationsangelegenheiten andere Dinge in den Vordergrund zu rücken – vor allem die in multikulturellen Gesellschaften erforderlichen neuen Formen der Integration und die Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit.

Trends und Perspektiven

Angesichts der Bemühungen, eine europäische Migrationspolitik zu entwickeln, wies Fassmann auf einen wesentlichen Punkt hin. Im Gegensatz zu den USA, Kanada oder Australien versteht sich kein westeuropäisches Land als Einwanderungsgesellschaft. Trotz Europas reicher Erfahrung halten die meisten Europäer Massenmigration noch immer für die historische Ausnahme. Das ganze Leben am gleichen Ort zu verbringen wird als normal erachtet. Die öffentliche Meinung schwankt daher zwischen dem Wunsch nach humanitären Lösungen in Einzelfällen und der Forderung nach größerer Härte gegenüber potenziellen Immigranten.

Dass sich die meisten EU-Mitgliedstaaten nicht als Einwanderungsgesellschaften verstehen, ist essentiell für das Verständnis des derzeitigen Diskurses. Es ist extrem kompliziert und zeitaufwendig, neue Rechtsvorschriften, politische Instrumente und institutionelle Regelungen zu entwickeln, die sich aktiv auf Immigration beziehen (siehe die Einwanderungsgesetzesdiskussion in Deutschland). Doch die Notwendigkeit einer zielgerichteten Migrationspolitik wird immer deutlicher. Die europäischen Gesellschaften brauchen Migration, um die ungleiche Altersstruktur sowie den Arbeitskräftemangel auszugleichen. Aus diesem Grund

benötigen sie eine organisierte, arbeitsmarktbezogene Migration, um künftige demographische Lücken zumindest teilweise füllen zu können. Besonders nach 2010 – wenn die Babyboom-Generation das Pensionsalter erreicht hat – führt kein Weg an gut eingeführten Regelinstrumenten für die Immigrationspolitik vorbei. Wie Fotakis ausführte, muss Europa Konzepte für konzertierte Migrationsmaßnahmen auf der Grundlage von Quoten und bevorzugter Behandlung einzelner Gruppen erarbeiten. Und wie Fassmann anmerkte, müssen gleichzeitig damit Maßnahmen zur Integration legaler Immigranten, zur Entwicklung ihres Humankapitals und zur Nutzung ihrer Talente gesetzt werden.

Immigration and Family

Annual Seminar, Helsinki, Finland
8–10 June 2002—Synthesis

The aim of the Seminar *Immigration and Family*—organised by the European Observatory on the Social Situation, Demography and Family—was to analyse the immigration of third-country nationals to the EU Member States. Paying special attention to the crucial role of families, the Seminar highlighted demographic, socio-economic and political aspects of the immigration process. In this Synthesis Report, Johannes Pflegerl from the Austrian Institute for Family Studies summarises the most important findings of the Seminar held in Helsinki from 8–10 June 2002.

Table of Contents

Introduction	49
Migration and Demography	50
Two Case Studies: The UK and Finland	51
United Kingdom	52
Finland	53
The Geography of Migration	56
Migration Trends	56
EU Migration Policies	56
The Role of Families and Relatives in the Migration Process	57
The Psychological-emotive Dimension	59
The Family as Indicator and Instrument of Integration	59
The Family as an Economic Aggregate	60
Intergenerational Relations in Migrant Families	61
The Value of Children	61
Intergenerational Transmission in Migrant Families	63
Integration Strategies of Migrant Families	63
Conservative Strategy	64
Families in Transition	64
Families in Favour of Assimilation	65
Integrationists	65
Integration of Migrants	66
Integration of Migrants into the EU Labour Markets	66
New Developments and Challenges	66
Labour-Migration Needs and Policies	67
The Neighbourhood's Role in Integration	69
The Integration of Immigrant Children in Schools	71
The Impact of EU Enlargement on Migration	72
The Case of Poland	72
Similarities and Dissimilarities with Former Accession Processes	72
Other Factors Influencing Migration from Poland	73
Factors Potentially Attracting Polish Migrants	74
Consequences of EU Enlargement for New Member States	74
Potential for Family Migration	76
Migration, Family and Welfare in Central/Eastern Europe	76
Future Trends and Perspectives	79

Introduction

The objective of this Seminar was to analyse immigration of third-country nationals into EU Member States. In paying special attention to the crucial role of families, the Seminar highlighted demographic, socio-economic and political aspects of the immigration process.

Session 1 dealt with the demographic aspects of migration and introduced the overall topic. The key paper gave a general overview of demographic aspects related to immigration into the European Union, explaining causes, patterns and future trends. It was followed by two case studies: Finland was a good example given its transition from a country of emigration to a country of immigration—a development typically found in many European countries during the 20th century. In contrast, the UK example highlighted the experience of a country looking back on a long history of immigration.

Session 2 dealt with the key topic of the Seminar: the role of families and relatives in the immigration process. Various studies have shown that the family plays an important role during integration into the receiving society. In this context, various Member States have developed new approaches. The key paper in this session provided an overview of these new developments. Intergenerational relations are also vital for understanding the role of the family in the migration process. Two case studies took up that question on the basis of the national research experience.

Session 3 addressed the socio-economic situation of migrants. The key paper specifically dealt with the question of how migrants are integrated into the labour markets in EU Member States. This paper was followed by two case studies. The first focused on the integration of migrants into urban settings. Besides providing a chance to analyse housing as an important element of migrants' socio-economic situation, this approach also illustrated the social effects of migration and the conditions migrants face, as well as different ways to integrate. The second case study looked at the integration of migrant children at school, a key issue in the debate.

Session 4 was dedicated to various aspects of migration policy. It started with an overview of the social aspects of migration within the EU. The next paper reported on key developments in EU migration policies, especially with regard to families. The potential impacts of EU enlargement were analysed from different perspectives in the following two papers. The Seminar concluded with a synthesis highlighting the results and, finally, a general discussion.

This report summarises and synthesises the main findings presented in the papers read during the Seminar.

Migration and Demography

Since the late 1980s, international migration has taken on rising importance both on the foreign and the domestic policy agenda of most industrialised nations. Heinz Fassmann states that, in a growing number of European countries, migration has a greater demographic impact on population size and structure than does the balance of births and deaths. At the beginning of the 1990s, the inflow of asylum-seekers, labour migrants and family members was growing in leaps and bounds.

Constantinos Fotakis points to similar findings based on the European Commission's *Report on the Social Situation in the European Union 2002* that focuses on geographical mobility and migration. He underlines the remarkable growth in the net immigration of third-country nationals. In 1998, 13 million, or 3.5% of the EU population, were third-country nationals. This represents an increase of 50% from 1985. He states that, while this immigration is sensitive to such unpredictable events as the war in the Balkans and thus can be quite volatile, it should be recognised that there is a structural trend towards a growing pressure on the borders of the European Union. As an effect, most European countries have changed their legislation and have tried to keep the mass of migrants out. The policy can be said to have been successful and the number of new migrants immigrating into the EU-15 has decreased. However, as an unintended side effect, new phenomena have arisen.

At present, Western Europe (EU15) has a population of about 378 million people. In retrospect, any estimate of how many of these people are immigrants or emigrants can only be approximately calculated. Some 18.69 million (5.0%) of the 378 million inhabitants of the EU-15 are foreigners as defined by their citizenship. The last few decades have been characterised by an extraordinarily large increase in the foreign population in almost all Western European countries. Fassmann gives an example: whereas in 1950 about 4 million foreigners lived in Western Europe, their number doubled within 20 years. Between 1970 and 2000, the number almost doubled again. According to Fassmann, this provides impressive evidence of the ongoing internationalisation of Western European societies. It also shows that today—in contrast to the 1950s—migration and immigration affects many more people than just a small population group that may easily be overlooked.

Fassmann also maintains that the growing foreign population in Europe is not only a consequence of increased immigration. Several other factors are important to explain the increase of foreigners in the European Union:

- ▶ Most groups of foreigners have a higher fertility rate than do nationals.
- ▶ A younger age structure automatically leads to a surplus of the number of births among foreign citizens as opposed to their number of deaths.
- ▶ The annual number of naturalisations is too low to keep pace with the growing number of immigrants.

For several years, the typical data on the foreign population have been unable to show the dynamics of the migration system within Europe. Hence, Fassmann is convinced that it makes sense to look at data showing the migration flow instead. This information is both more relevant and more sensitive when it comes to describing the migration process. Nevertheless, Fassmann argues that flow statistics should be treated with great caution, because the true extent of emigration is often underestimated. This is due to the fact that emigrants often leave a country without registering their departure. Another reason is that some of the 15 EU Member States implemented a system for registering emigration later than other. Therefore the 'outflow' and net migration figures do not reflect the real numbers. Nevertheless, by concentrating on current tendencies and more recent periods, three relevant observations can be made:

- ▶ In the EU-15, the positive net migration is higher than in the USA, the classical immigration country.
- ▶ Migration is more important for population development than natural increase (births and deaths).
- ▶ A temporal fluctuation in entry and exit flows—parallel to economic cycles—significantly influences the development of migration. In this context, we can distinguish four phases:
 - *Take-off*: In the 1960s and early 1970s, Western, Northern and Central Europe attracted temporary migrant workers, first from Southern Europe and later from North Africa and Turkey, to meet their labour demands.

- *Stagnation*: Since the second half of the 1970s (after the 1973 oil crisis), the immigration influx slowed down, due to the establishment of rather restrictive immigration policies. However, it still continued at a lower level. Family reunification partially replaced the earlier type of migration, and the higher fertility of migrants further increased the population of foreign origin, resulting in the production of a second generation of immigrants.
- *Second Take-off*: At the end of the 1980s and during the first half of the 1990s, the fall of the Iron Curtain led to a significant deterioration of living conditions in the former Communist countries. Ethno-political conflicts, civil wars and wars between newly established countries created new refugee flows and other migratory movements within the Balkans, Eastern Europe, Turkey, Algeria and the Commonwealth of Independent States (CIS)—as well as from these areas to the West.
- *High-level Stagnation*: During the second half of the 1990s, migration policy significantly changed. The so-called ‘crisis of the European asylum system’ led to new and more restrictive regulations (e.g. safe country of origin, first safe country). The pull policy of most European countries to attract workers was replaced by migration restrictions or policies aimed at stopping migration altogether. Despite all this, net migration was higher than in previous periods, so that by the end of the 1990s, the EU had to deal with an upturn in legal migration flows mostly as a direct result of the conflicts in Kosovo that led to the forced migration of ethnic Albanians out of this region.

This leads to the following question: who is migrating to the EU? According to Fassmann, the most significant causes and most meaningful motives for migrants can best be described by dividing them into several different groups:

- ▶ *Labour Migrants and Family Members*:
 - ▶ This is the largest group entering the EU Member States, and accounts for more than three quarters of all annual entries. Countries with a flourishing economy, a demand for labour and high wage levels are very attractive to migrants, especially those coming from countries with high unemployment rates, low wage levels and stagnating economies. Migrants who are looking for a higher income and better job opportunities will follow the gradients of economic disparity.
- ▶ *Ethnic Migration*:
 - ▶ Ethnic migration entails the movement of ethnic minority groups to countries where they constitute the majority. This mainly concerns migration from Eastern to Western Europe, especially ethnic Germans moving back to Germany from Eastern European countries. The major characteristic of ethnic migration is a country’s responsibility for all those belonging to its ethnic community.
- ▶ *Asylum-seekers*:
 - ▶ Seeking asylum entails all sorts of motives, and movement is often related to violence against individuals for political, racial or religious reasons. Asylum-seekers are not looking for a better job but rather for a safe haven. Entry to Western Europe was easier for refugees coming from the former Communist sphere of influence. Since the mid-1990s, many European countries have made the asylum procedure more difficult.
- ▶ *Unauthorised (illegal) Migration*:
 - ▶ As a consequence of closing the legal gateways into Europe, various types of unauthorised migration are increasing.

Two Case Studies: The UK and Finland

Both the UK and Finland clearly show that migration developments within Europe are quite different. In Britain, the search for overseas labour took place 10 to 20 years earlier than in France. In contrast, Finland remained a country of net emigration for a long period of time, and it took until 1981 for the number of immigrants to exceed that of emigrants.

United Kingdom

In the case of the United Kingdom, Caribbean post-war migration started in 1948. In the 1960s and 1970s, immigration flows from South Asia (India, Pakistan and Bangladesh) overtook that of the Caribbean, as Ceri Peach explains. Since then, natural increase has been the largest source of growth, such that the majority of non-European ethnic populations are now British-born. Therefore, the period since 1950 marked a radically different ethno-demographic experience for Britain, unlike anything that had preceded it. The minority ethnic, non-European population of Britain rose from about 80,000 in 1951 to about 4 million in 2001. Peach further highlights that the Caribbean movement to Britain was generally of working-class people and manual labourers. However, while the proportion of people of Afro-Caribbean origin in the professional class was the lowest among all minority groups, it is also true that the proportion of Caribbean women in white-collar occupations was higher than it was for Caribbean men, and much less different from the situation of the white female population as opposed to the differences between black Caribbean men and white men.

Indian and Pakistani migration to Britain started rather later than that of the West Indies, Peach reports. West Indian arrivals peaked in 1955-1964, while Indian and Pakistani arrivals peaked 10 years later in 1965-1974. Bangladeshi arrivals peaked still later in 1980-1985. The early South Asian arrivals, in contrast to those from the Caribbean, were overwhelmingly male and working class. As Peach points out, their motivation was to earn money, to save and to send remittances to their families in the sub-continent. However, British immigration laws designed to restrict immigration had exactly the opposite effect. Instead of returning home and losing the opportunity to return to Britain thereafter, South Asian men brought their families to Britain and became settlers rather than transients.

Peach explains that Indian immigration was not simply from the subcontinent. Between 25% and 30% of the Indian ethnic population currently resident in Britain originated in (or are descended from those arriving from) East Africa. This was a largely middle-class, professional and entrepreneurial group who were expelled from Uganda, Kenya and Tanzania by the newly independent African governments. It was also a group that arrived as families, rather than as single men, and for whom there was no myth of return. This was a literate, English-speaking, sophisticated population for whom Britain was a country of settlement rather than a temporary abode.

Peach also reports that clear economic differentiation exists between Indians, on the one hand, and Pakistanis and Bangladeshis on the other. Indian men have a majority (56%) in white-collar occupations and 13% in the Professional Class 1, while Pakistanis and Bangladeshis have a majority in the manual occupations (57% and 66%, respectively) and only half the Indian representation in the Professional Class.

All three South Asian ethnic groups show very traditional family patterns and very high degrees of social closure. Marriage is held tightly within the ethnic group. Another point emphasising their traditional structure is that married-couple families account for over 85% of all Indian, Pakistani and Bangladeshi families. Lone-parent families are very rare when compared to other groups, and cohabitation is practically non-existent.

Peach also notes that nearly all South Asians live in family households. There is a small but significant proportion of extended families (households with two or more families) for all three ethnic groups: Indians, Pakistanis and Bangladeshis. No other ethnic groups manifest an equally significant proportion of extended families.

Peach points out that, over the course of the second half of the 20th century, the minority population grew from 0.1% of the British population to just under 7%.

Explaining major differences between the Caribbean and South Asian populations, Peach emphasises the following findings:

- ▶ The Caribbean household structure has converged very closely to the British average, while the South Asian households have remained diverged. (The British average household size in 1991 was 2.5 persons; and the Caribbean 2.6, while the average Indian household was 3.6, the Pakistani 4.8; and the Bangladeshi 5.4.)
- ▶ South Asian households continue to have a significant proportion of extended families, maintaining a strong cultural pattern from the subcontinent. This differentiates the South Asians from all other groups in Britain.

- ▶ In terms of intermarriage and cohabitation, the Caribbean population has shown remarkable assimilative tendencies, with very significant degrees of black/white unions. Over one fifth of all unions involving Caribbean women and Caribbean men were with white partners.
- ▶ The Indian, Pakistani and Bangladeshi groups, in contrast, show very high degrees of homogamy and social encapsulation, with arranged marriages and well over 90% of all unions being to persons of the same ethnic group.
- ▶ South Asian families consist overwhelmingly of married couples of the same ethnic group, with children.
- ▶ Caribbean patterns, in contrast, are extraordinarily fragmented and mixed. 42% of Caribbean families were of the lone-parent type, as compared to 13% for the total population, 9% for Indians, 12% for Pakistanis and 13% for Bangladeshis.

As a result, Peach concludes that the Caribbean population is highly assimilated socially with the white population, despite being economically more blue-collar in men's employment. Caribbean men have a higher proportion of white partners than Caribbean women, whereas Caribbean women display a more white-collar employment pattern than do Caribbean men, with their socio-economic structure looking similar to that of white women. On the other hand, they have a very high proportion of single-parent households with children and those in this position are economically disadvantaged.

Furthermore, the South Asian population has sharp distinctions in terms of economic success (with Indians tending to do well and Pakistanis and Bangladeshis tending to do poorly) but show strong cultural similarities in terms of social organisation. Family structure is overwhelming nuclear. Married couples with dependent children are the norm. Marriages are arranged, the ethnic similarity of partners is very high and extended families are still significant. Household size is related to ethnicity and social class. Indian households are smaller than those of the Pakistanis and Bangladeshis. The latter two groups still seem deeply locked into traditional values and forms. The Muslim religion seems to have a major influence on their patterns.

According to Peach, there are sharply divergent economic and social trajectories both between and within the black and Asian groups. The Caribbean population shows a remarkable degree of social assimilation into the white population (high degrees of intermarriage, cohabitation and mixed-race children, evidence of declining residential segregation and suburbanisation). The Asian populations show high degrees of encapsulation, homogamous and often arranged marriage, nuclear families with children, extended families and marriage rather than cohabitation. Furthermore, residential concentrations are tending to increase. Despite similarities in social organisation among the South Asian groups, there are major differences in terms of economic success that are largely related to religious affiliation.

Finland

Sirpa Taskinen's paper shows that until quite recently, Finland was a country of net emigration. During the last 120 years, more than one million Finns moved abroad. The first major wave of emigration took place at the turn of the 19th century, when nearly 500,000 people moved, mostly to the United States and Canada. The second phase was after World War II. It involved 700,000 emigrants, about 75% of them went to Sweden.

The establishment of the Common Nordic Labour Market in 1954 meant freedom of movement between Finland, Sweden, Norway and Denmark. More than one million Nordic citizens availed themselves of this opportunity. Therefore, Taskinen explains, Finnish migration was first oriented towards North America and later to Sweden. It can mostly be described as labour migration. In the 1960s and 1970s, unemployment in Finland and better salaries in Sweden, as well as the demand for unskilled labour there, were the dominant motives for migration. Migrating was relatively easy, as there were no legal barriers. Geographical, social, cultural and linguistic obstacles were relatively minor.

Finland later became a member of the European Council (1989), the European Economic Area (1994) and the European Union (1995), which allowed Finns to also work in other EU Member States. Thus the emigration of the highly educated has increased. The new countries of destination are Great Britain, Germany

and Norway. However, only one out of every four Finnish post-war emigrants has moved to countries other than Sweden, Taskinen explains. Those emigrating to Sweden have done so at a relatively young age. The majority of them have been male, whereas the majority of emigrants to other countries have been female, especially those moving to Western and Southern Europe. They have tended to be older and better educated than the migrants to Sweden. Their motives for migration have been different as compared to those going to Sweden. Whereas for women marriage has been the main reason for migrating, career advancement and a desire to try something new have been the dominant factors for men.

Taskinen further points out that, after the Second World War when Finland lost 12% of its land, it faced an enormous task arranging living conditions for the 420,000 Finns living in Karelia. They almost unanimously left their homes after these had been surrendered to the Soviet Union. Proportionally, this was one of the most massive population transfers known in modern Europe. It was also exceptional in Finnish history, as it involved 10% of the total population of Finland at that time.

Up to the early 1970s, Finland did not especially attract immigrants. At first, it was mostly return migration of expatriate Finns from Sweden. Approximately half of them have returned, amounting to between 3,000 and 4,000 Finns coming back from Sweden each year, along with other emigrants, e.g. from North America.

In 1990, return migration also started from Russia and Estonia, amounting to 2,000 persons each year. One special part of this, called repatriation of the Ingrian people, has created a huge debate. Ingrians are descendants of Finns who, in the 17th century, settled around St. Petersburg, which was part of the Kingdom of Sweden at that time, along with the rest of Finland.

According to Taskinen, the 'real' immigration of originally foreign people only started about 20 years ago. From 1981 onwards, the number of immigrants has exceeded that of emigrants by 6,000 to 10,000 persons yearly. A shortage of domestic labour at the end of the 1980s had some effect on immigration; but due to the recession of the 1990s, this did not last long. After that, the reasons for an increase in immigration were the collapse of the Socialist countries, civil war in the former Yugoslavia and developments in Asia and Africa with subsequent refugee movements.

Asylum-seekers from Chile in the 1970s were the first to arrive in Finland. The majority of them already returned home or moved to another country. Vietnamese 'boat people' followed and, after them, people from 65 different countries, with the largest numbers from Somalia, Yugoslavia, Iraq, Turkey and Iran. Large groups of asylum-seekers also came from Slovakia, Poland and Romania; however, they were not permitted to stay, as they were considered to have come from a safe country. Altogether, more than 18,000 people applied for asylum in Finland in the period between 1990 and 1999. Only 122 of them received refugee status; and 6,452 received residence permits for Finland. Even though the absolute number of refugees remains low, family reunification programmes were applied relatively often, especially for minors without accompanying persons. During the last decade, 1,200 unaccompanied children, over half of them from Somalia, came to Finland. In the period between 1994 and 1998, about 1,000 applications for family reunification were made annually.

According to Taskinen, the foreign population living in Finland can be divided into four groups that partially overlap:

- ▶ *People with Finnish roots* (about 25,000 people): The majority of them are Swedish citizens and their children who emigrated in the 1960s and 1970s, as well as Russian Finns/Ingrians.
- ▶ *Spouses of Finnish citizens* (about 22,000 people): For them, marriage was one of the main reasons for coming to Finland. The vast majority of married foreigners—81% of the men and 85% of the women—have Finnish spouses.
- ▶ *Refugees*: The total number of asylum-seekers and refugees with resident permits numbers about 15,000 (17% of the total number of foreign citizens in Finland),
- ▶ *Labour migrants, students, family members and others* (estimated number: 20,000–25,000 people): The number of labour migrants in Finland is small. Usually they live in Finland for a specified time only, often as employees of multinational companies.

The number of foreign citizens in Finland has always been very small. Even nowadays, only about 2.5% of the population (130,000 persons in 2000) are of foreign origin. This is a lower percentage than in any other European country. Of these people, 90,000 come from Europe, 20,000 from Asia, 10,000 from Africa, and the rest from other parts of the world. Citizens from the former Soviet Union form the largest single emigrant nationality group (31,000 persons) in Finland today. Swedes are the second largest (28,000). Many of these are returnees of Finnish origin. Other major groups of foreigners are people from Somalia (4,400), Iraq (3,000), and the former Yugoslavia (2,500). From a total of 9,000 EU citizens, the largest groups come from the United Kingdom (2,200) and Germany (2,200). The United States is represented with 2,100 people.

Although there is great variety in the educational backgrounds within all the different national groups, people from China (though a bipolarised group), the former Soviet Union, the Eastern part of Central Europe, North America and the Nordic countries have the highest median level of education. They work in such occupational segments as health care, sales, business management, teaching and the technical fields. Southern Europeans, South Asians and Africans are more often to be found in the catering and cleaning industry. The socio-economic status of people working in these branches in Finland is low and their housing conditions tend to be poor. The highest proportion of entrepreneurs at the end of 1997 comprised citizens coming from Turkey (22%), the Middle East (7%) and the EU (7%).

The rapid growth of the immigrant population from the beginning of the 1990s onwards has coincided with a deep recession. This caused mass unemployment among the majority population, with young people and immigrants particularly affected. In 1996, the unemployment rate among immigrants was as high as 48%, and there were also major differences according to ethnic group. The unemployment rate for Vietnamese amounted to 59%, for Russians to 69%, and for Somalis to 81%.

Taskinen also states that, since the end of the recession, employment has increased rather slowly; and most immigrant groups are still more likely to have no job than are Finnish-born people. However, the unemployment rates for citizens from the United States and the European Union hardly differ from those of the mainstream population. Regionally, immigrants are concentrated in the large cities. Half of the foreign population in Finland resides in metropolitan areas. Asylum and refugee policies in Finland have traditionally been very strict, and Finland has been heavily criticised for them—especially by the other Nordic countries, which have been far more generous in their policies.

Within the space of one century, Finland has turned from a traditional agrarian society into a highly developed post-industrial country with a good social welfare structure. Earlier, Finns emigrated abroad in search of labour. Emigration has generally followed economic development in the target countries: during booms, it has increased; and during recessions, decreased. Although broad differences in welfare and employment opportunities are a precondition for emigration, they are not sufficient. The decisive factor is the demand for labour in the receiving country.

Moreover, from the 1980s onwards, there has been a flow backwards, accompanied by a low but steadily rising net migration. About half of the emigrants who moved out from Finland after the Second World War have returned to their native country, especially from Sweden. Nowadays, the high-tech mobile phone and data technology industries attract labour migrants from abroad. The new Finnish emigrants are often young career-oriented people striving for an international career. Marriage is among one of the main reasons for both emigration from and immigration to Finland.

Taskinen comes to the conclusion that there is a broad consensus that already now and especially in the future, several ethnic groups will permanently reside in Finland. European integration will also increase the number of short-term residents. Finland is thus faced with the necessity of transition from a rather homogeneous to a polyvalent culture. This has required training officials in cooperation with NGOs in order to ensure services for foreign-born people. In the education system, taking ethnic aspects into consideration is a still-growing task. The media have played and will continue to play an important role in disseminating information and influencing public opinion on migration affairs.

The Geography of Migration

The two case studies just examined also show that third-country nationals are unevenly distributed within the EU. This fact is also taken up by Fassmann, who points out that, in some Member States of the EU, the proportion of foreigners is as low as 1% or 2%, while in others their numbers amount to 8% or 10%. He also shows that a rather low proportion—only 5%—of the 374 million people living in the EU-15 are third-country nationals. This fact seems to contradict their political significance. One reason for this may be the uneven distribution of migrants within the European Union. Looking a little closer and changing the scale of consideration, it becomes evident that there are urban areas made up of 20% to 30% of foreigners, and rural areas without any relevant number of migrants. According to Fassmann, the uneven distribution is one important factor in the current 'geography' of European migration and an argument to explain the different levels of social sensitivity.

Fassmann reports that, around the year 2000, the highest number of foreigners lived in Germany (7.3 million), France (3.3 million), the United Kingdom (2.3 million) and Italy (1.1 million). This means that 40% of all the foreigners live in just one EU Member State—namely in Germany, 18% in France and 12% in the UK. 80% of all third-country nationals in the EU live in one of these countries.

Up to one third of all the foreigners who live in one of the 15 EU Member States are citizens of another EU Member State. Two thirds come from outside the EU-15. When looking at the 10 most important receiving countries in Europe, one can see that Turkish nationals—among them both ethnic Turks and Kurds—are the largest expatriate community, not only in Germany but also in Western Europe. Around 3 million Turkish citizens (one sixth of all EU foreigners) are now living in just one of the 15 EU Member States. The second largest group are citizens of the former Yugoslavia, mainly Croats, Serbs, Bosnian Muslims, and ethnic Albanians. Third and fourth in line are Moroccans and Algerians.

Migration Trends

Concerning migration trends inside Europe, Fassmann is convinced that the growing illegalisation of international migration has led to migrant smuggling and trafficking in human beings. Because official controls are so much stricter in Western Europe, it has become increasingly difficult for unauthorised migrants to reach the EU or another country. Low-skilled workers have fewer chances to enter the Western European labour market in a legal way. Strict immigration controls throughout Western Europe are more and more frequently used by organised and criminal networks to smuggle people into the EU. Therefore, the rising trend of smuggling migrants can be interpreted as an indicator for a growing privatisation of migration. It was also stated that the Maghreb countries are becoming more significant for the EU as a region of origin. This gives rise to the question of how to deal politically with migration at the European level.

EU Migration Policies

France Mochel points out that once the Amsterdam Treaty came into force in May 1999, issues related to visas, asylum, immigration and external borders came under the jurisdiction of the European Community, even though these new powers have not yet been exercised. The Treaty comprises a list of measures to be adopted within five years after it took effect. After 1 May 2004, the Commission will have the exclusive right to initiate legislation. The importance of these changes is twofold. First, legally binding texts will be adopted to oblige those Member States taking part in the implementation of Title IV to put them into effect. Second, democratic as well as jurisdictional control will be greatly improved.

At the European Council held in Tampere, it was recognised that the European Union needs a comprehensive approach to migration that addresses both political and human-rights/development issues in countries and regions of both origin and transit. Furthermore, the European Council acknowledged the need for an approximation of national legislation regarding conditions for admission and residence of third-country nationals, one based on a shared assessment of economic and demographic developments within the Union as well as of the situation in the countries of origin.

At the conclusion of this meeting, the Council stressed the following points:

- ▶ A need for coherent *Europe-wide national legislation* covering the conditions governing admission and residence for third-country nationals.
- ▶ A need to ensure *fair treatment for third-country nationals* who are legal residents in Member States. The heads of governments also pointed out that a more vigorous integration policy is needed with the aim of granting rights and responsibilities to legally residing third-country nationals that are comparable to those of EU citizens.
- ▶ A need for *more efficient management of migration flows* at all stages: This calls for the development of information campaigns clarifying people's real chances for legal immigration in close co-operation with countries of origin and transit. It also calls for the prevention of all forms of trafficking in human beings.

In March 2000, the Commission presented the scoreboard for establishing an area of freedom, security and justice to the Council. This scoreboard enumerates different initiatives that need to be taken to fulfil the Tampere requirement. In the field of legal immigration, the Commission has already presented several proposals. These include the following:

- ▶ A Draft Directive on the right to family reunification. This was first presented in December 1999 and subsequently modified several times. The latest amended proposal was presented on 2 May 2002.
- ▶ A Draft Directive on the status of third-country nationals who are long-term residents in a Member State.
- ▶ A Draft Directive on the conditions of entry and residence of third-country nationals for the purpose of paid employment and self-employed economic activities.
- ▶ Draft Directives on the conditions of entry and residence of third-country nationals for the purpose of study, vocational training or unpaid activities, which will be issued soon.

The first draft directive on family reunification is a comprehensive and balanced instrument to ensure the protection of family life for third-country nationals, as Mochel reports. The proposal recognises the right to family reunification for all third-country nationals legally residing in a Member State. Other conditions may also be imposed if Member States wish to do so: conditions for resources or housing, or waiting periods that cannot exceed one year of residence. Family members covered by the proposal are the spouse or unmarried partner, children under the age of 18, as well as relatives or children over 18 if they are entirely dependent. The proposal also foresees the rights of these family members. Once they have been admitted, they have access to work, education and vocational training. After at least four years' residence, they have the right to stay independent of their sponsor. The proposal also describes the rules that are applicable for marriages based on convenience and fraud.

Mochel reports that the European Parliament has already given its support to this proposal but is requesting that its scope be restricted. Therefore, the Commission presented a modified proposal on 10 October 2000. In the Council, negotiations have been continuing since the Portuguese Presidency, but without any agreement being reached. The European Council of Laeken on 14–15 December 2001 recalled the objectives of Tampere. It asked the Commission to present a new, modified proposal for 30 April 2002.

In the field of illegal migration, the Commission's proposals include the following:

- ▶ a Communication on a common policy on illegal immigration,
- ▶ an Action Plan based on this Communication, which has then to be implemented, and
- ▶ a Green Paper on a Community return policy on illegal residents.

The Role of Families and Relatives in the Migration Process

Several speakers underline that labour migration has given way to settled immigration. The permanence that characterises current migratory processes has determined the appearance of new social actors in host countries: immigrant families. Raffaele Bracalenti highlights the importance of these families in the migration process.

He states that, in a world in which both the point of departure and that of arrival are in constant flux, on a cultural level it is the family—reunited or separated, nuclear or clanic—that represents the major mediatory factor between host country and country of origin. The family is the place from which it is possible to begin restructuring new forms of collective expression, intergenerational relationships, and exchange networks between the past and the present.

According to the 1966 International Covenant on Civil and Political Rights, the family is considered to be the natural and fundamental unit of society, one entitled to protection by both society and the state. Bracalenti points out that this ‘family principle’ refers to a very old idea that still underlies all programmes of family reunification. Nevertheless the first problem it presents is the definition of ‘family’. The traditional concept of a stable nuclear family, namely a man and woman who have gone through a marriage ceremony and live together under the same roof with their biological children until those children reach maturity (usually at the age of 18), is of ever more limited application.

According to Bracalenti, this traditional definition is challenged on a number of fronts. Among others, this notion may also comprise extended and economically dependent family members that might include grandparents, aunts, uncles and cousins. Divorce and the creation of separate households may lead to the formation of new family forms, such as single-parent families. Furthermore, new birth technologies are challenging and widening the definition of biological children, as well as the marriage-like cohabitation of different and same-sex couples who may also have children on their own or adopt them. Bracalenti makes it clear that both the host society and that in the country of origin often fail to take into account the new role of the family within a complex network of relationships amongst its members.

Bracalenti is convinced that, during the process of emigration, diverse processes weaken the traditional system of family relations, subjecting it to strong internal pressures. In this context, it is also true that through the sharing of a collective space—enlarged because of greater possibilities of movement, and the use of technology as a medium of communication between the country of origin and the host country—emergent processes are modifying and restructuring family relationships.

If immigration is itself a process composed of distinct phases and components, it makes sense to consider the family as a social aggregate capable of projecting its shadow throughout all its phases. Bracalenti regards the family as a group of individual migrants, separated or reunited, as a relational network at a distance, and finally as an imagined relational network. Therefore, it becomes a rich field of research, not only for analysing the relationship between social changes and identificational reformulations in their singular components, but also for observing the state and evolution of intercultural processes.

In this context, Bernhard Nauck emphasises the importance of intergenerational relations. For him, there are several reasons why intergenerational relationships are important for understanding immigrant families:

- ▶ As most immigrant families are from countries without any extensive system of social security, people protect themselves against life’s risks in the immediate context of intergenerational relationships, which they organise accordingly. These insuring functions of intergenerational relationships have far-reaching consequences with regard to cultural and institutional arrangements, as well as for the mutual expectations of parents and children and the way in which they ‘value’ each other.
- ▶ Many goals related to migration can only be legitimised and met in intergenerational relationships. This includes chain migration to the receiving society on the basis of pre-existing family contacts, initial placement in housing and labour markets, etc.
- ▶ Additionally, intergenerational relationships are crucial for transmitting the culture of the society of origin.

In order to examine the process of migration, Bracalenti uses an analytical model based on three distinct dimensions that have a structural impact on the family-immigration relationship:

- ▶ The psychological-emotive dimension.
- ▶ The integrational dimension.
- ▶ The economic dimension.

The Psychological-emotive Dimension

Bracalenti is convinced that, in their journey of hope, immigrants bring with them a cultural heredity used in defining and structuring the new environment to which they come. Within this rite of passage, which has come to represent the migratory experience, a new spatial symbolism is gradually defined, one connoting a zone of continuously reproduced interaction.

In this experience of transition, the migratory process increasingly comprises a re-ordering and redefinition with diversified manifestations, signs and exterior symbols: customs change, the practicability of space expands, roles and functions become restructured on the basis of the new labour market. Furthermore, new individual perspectives are opened up with evident repercussions on the social context.

As traditional interpersonal relations are transformed, Bracalenti points out that conflicts within the family become manifest. It means that new roles are designed through immigration: women acquire independence and practical abilities that question the patriarchal logic within families. As a consequence, they often subvert it. Bracalenti also shows that holding onto tradition can represent a response to the hardships of immigration, in which differences between traditional values and those of the dominant culture are accentuated. The more the immigrant family experiences situations of hardship, the more complex their relationships will become. Home is the place where bargaining and the construction of new relationships take place, within the context of a family's inability to reproduce an adequate family model or to conform to the local family norms. Home is indeed the central place in which collective memory is preserved by parents, a sacred and symbolic place that safeguards references for identification. At the same time, it is a place of conflict and exchange between generations who relate to each other with different spatial-temporal points of view. At the very least, the family has ambivalent connotations, certainly greater than what would be expected in a monocultural environment.

Bracalenti therefore argues that the immigrant family is placed at a crossroads of demanding requests, where it must engage in a huge task involving adjustment, negotiation and revision of relationships. Break-ups, nostalgia, and regret for ties that have been broken all make for a silent back-drop to the everyday life of those who find themselves in another country. Bracalenti also makes it clear, however, that the immigrant family does not always experience conflict and break-up. In some cases, the family is the main place for the transformation of suffering and the disjuncture between territory and subjectivity that ultimately raises hopes in the diaspora.

In Bracalenti's opinion, the family has ambivalent connotations. He argues that, on the one hand, migration can result in individual and collective identity shifts, even changing gender roles in a way that may undermine traditional family structures. On the other hand, he assumes that individual well-being depends on having positive family (or other emotional) ties. In his opinion, the family may be seen in two ways:

- ▶ As a place of *conflict*, when traditional interpersonal relations become subject to transformation and different perspectives emerge within the family.
- ▶ As the main place for the *transformation of suffering* that changes ultimately into great expectations with relation to the host society.

The Family as Indicator and Instrument of Integration

The term 'integration' expresses a complex concept. According to Bracalenti, its significance varies in time and space, according to migratory politics, cultural-historical circumstances and the phases of being rooted and developing a new life in the new country. Immigration is one part of this. Regarded as a process, integration can be considered as a multilevel path. In Bracalenti's view, it comprises the host society, on the one hand, and the immigrant as an individual on the other, who is exposed to a complex network of symbols and meanings which includes those of the migrant's country of origin.

He explains that between the intimate sphere, where identity is deconstructed and restructured in a continuous polymorphic movement, and the public sphere, where politics attempt to recognise the immigrant as a legal subject, there is a third sphere. In this one, actual integration is a multifaceted process of transcending the continuous precarity and separation experienced by the immigrant.

According to Bracalenti, integration can be defined either as the inclusion of new groups in the social and cultural structures of immigrant countries, or as the way in which they are used when accessing the larger systems of the host society. He therefore concludes that the family can either be seen as a fundamental support network or as an obstacle to integration. Mixed marriages or immigrant entrepreneurship, as well as the second generation's determination to become an actor in the host society themselves, may both be seen as relevant factors affecting integration. Conversely, any insistence on strong family values on the part of immigrant families may be regarded as a desire not to integrate. Therefore, integration must not always be interpreted as a path of assimilation requiring a break between generations and with the community of origin. Integration can also be interpreted as a process of socialisation within an intergenerational 'harmony' of social pathways.

The Family as an Economic Aggregate

Bracalenti indicates that individuals' decision to migrate is usually based on a determination to solve their family's economic problems. At the same time, it is the support of the family network that makes the migration process possible. The migration experience often turns out to be successful when the family is able to start its own business. Therefore, the immigrant family as an economic unit can also be analysed according to its impact in terms of costs and benefits, because the family is an essential internal production unit, a network of solidarity and an opportunity for social promotion.

The more stable the process of settling into the host context, the greater is the risk of a transformation in the relationship and communication involved in the nature and quantity of remittances to the home country. Nonetheless, Bracalenti points out the undeniable fact that stabilisation in the new country implies the emergence of new needs and greater expenses. By determining delocalisation and transnationality, immigration leads the way towards the manifestation of new expressions of solidarity.

Bracalenti comes to the conclusion that the permanent character of migratory processes has determined the appearance of new social actors in host countries: immigrant families. The hardships and sense of social exclusion experienced by second-generation immigrants generate intra-family and social conflicts that may often explode in a violent way. Furthermore, the diffusion of technology determines the transformation and extension of networks between individuals separated geographically. The role of imagination allows for perceiving and, in some cases, experiencing new possible lives. The extension and, in part, the sharing of this symbolic world of reference with the community, permits the practicability of spaces that are increasingly hybrid and translocal. These circumstances determine profound transformations in the social roles of immigrant families.

As a network of social, symbolic and material networks, Bracalenti regards the family as an instrument of communication that assures a continuous influx of information. The family determines a strict super-imposition between individual and collective stories, between stories of those who construct and reconstruct sentimental ties and solidarity and those who maintain old obligations from a distance—as well as between those who depart and those who stay. This is due to the fact that emigration is a common project involving those who remain tied to their territory and traditional social roles. Within this complex network of meaning, the spatial mobility of the family becomes socio-cultural: its forms break down and recompose themselves, projecting their shadows on morphology as well. The migrant family breaks down within the migratory project in a multiplicity of individual stories and delocalised super-impositions, with change and mobility making its forms difficult to identify.

Intergenerational Relations in Migrant Families

The Value of Children

Bernhard Nauck examines the value of children for their parents with a special focus on intercultural differences. A central question concerning these differences is whether economic-utilitarian or psychological-emotional expectations prevail:

- ▶ *Economic-utilitarian expectations* towards children, for example, contain helping out in the family household at an early age; working (comparatively cheaply and flexibly) in the family business; caring for the elderly as well as supporting them in their old age or in cases of illness, unemployment and financial strain.
- ▶ Psychological-emotional expectations towards children contain, for example, the enrichment of one's own life through parenthood, self-awareness in the parental role and the development of a close, unique emotional relationship encompassing the entire life span.

Nauck argues that only in affluent societies with high social-welfare provisions is it possible for solely psychological-emotional expectations to be a factor in the decision to have a child and the related responsibility for him or her. Economic-utilitarian aspects only become relevant because of the costs that children incur for their parents. In societies without any social-welfare regulations, utilitarian expectations are always prevalent in the decision to have children.

Nauck's analysis is based on the results he obtained in various comparative studies on US-American, German, Greek, Italian, Turkish, Vietnamese, and German repatriate families from Russia.

The economic and utilitarian expectations that parents in the USA have regarding their children are drastically lower than those in Turkey. These expectations are limited to receiving help in emergencies. On the contrary, utilitarian expectations in Turkey in 1975 were consistently higher for mothers than for fathers. This specific difference is largely absent for Anglo-Americans, although still visible. In Turkey in the same year, the expectations for sons were consistently stronger than for daughters. In the USA, the gender-specific difference with regard to economic and utilitarian expectations has practically disappeared.

Nauck further compares the parents of German, Greek, Italian, Turkish and Vietnamese origin, as well as German repatriate families. According to him, in German families, intergenerational relationships are exclusively organised as emotional relationships. Although an intergenerational transfer of services, money and goods exists, these relationships are not explicitly 'defined'. At the same time, empirical results again reveal that intergenerational relationships are matrilinear. This means that they are maintained by women and are stronger in the female line of descent.

In Nauck's studies, Italian and Greek families show the highest similarity to German families regarding these values. They are different in so far as the cultural specialisation of intergenerational relationships is less pronounced at an emotional level. Internally, they are different from each other, as Italian families tend to be matrilinear whereas Greek families tend to be patrilinear.

Vietnamese and Turkish families demonstrate the highest economic-utilitarian expectations regarding their intergenerational relationships. These are more important than in German, Italian and Greek families, which, however, does not mean that psychological and emotional expectations are less important. Rather, intergenerational relations are characterised by a multifunctionalism that is not focused on emotions.

Contrary to all expectations, German repatriate families do not have expectations towards their children that are similar to those of 'native' German families. Regarding their strong intergenerational emphasis on utilitarian expectations, they stand between Greek and Italian families, on the one hand, and Vietnamese and Turkish families on the other.

By examining all nationalities, Nauck noted that mothers see having children as involving more opportunity costs than do fathers. In addition, more mothers than fathers indicate that childcare does not leave them enough time to pursue their own interests, especially in the context of migration. Mothers also tend to report that caring for children makes it necessary for them to become less involved in paid work. This is especially true for German mothers. Turkish parents share this view, though it is less pronounced. At the same

time, the social costs of children (measured by such items as “children create problems in the public sphere” or “children are a burden on a marriage”) are perceived as rather low. Nauck therefore has good reason to assume that families of foreign origin suffer from a higher burden with regard to childcare than do non-migrant German families. This is due to the migratory situation itself, its special demands and the fact that most of the migrants belong to the lower strata of the German occupational structure.

Migrant parents do not perceive the costs of children to be higher than do native German parents. Moreover, the perceived costs stand far behind their positive expectations when having children. According to Nauck, this underlines the fundamental importance of intergenerational relationships in the migratory situation.

In all the migrant groups from different nationalities that Nauck examined, parents more frequently expect their daughters to live in close proximity than is the case for their sons. In this way, daughters will be available for personal help. Mothers tend to express this expectation far more often. This fact does not solely underline the closeness of mother-daughter relationships; it is also a cultural symbol of the fact that females probably depend more on intergenerational help than males. This is mainly due to age differences between spouses and a longer life expectancy for females.

Furthermore, parents more frequently expect their daughters to help out within the household than their sons. Italian and Greek families, as well as German repatriate families, articulate this gender-specific difference more explicitly than do Turkish or Vietnamese families. Especially in Turkish families, parents expect their sons to help out at home. Turkish fathers have even higher expectations towards sons than they do towards daughters.

Finally, in all the migrant groups that Nauck examined, it was more frequently mothers than fathers who expressed the need for transfer payments to the older generation. They especially expect their sons to deliver part of their income after starting work, as well as support for their younger brothers and sisters in their education. Furthermore, they expect them to help out in family emergencies and to provide financial support for the elderly. These expectations are more salient in cultures with an emphasis on the economic-utilitarian value of children. Members of these cultures also tend to include daughters into their expectations. Again, German repatriate families show expectation patterns that do not differ much from the highly utilitarian expectations of Turkish and Vietnamese families.

Nauck reports that a comparison of the parents’ responses with those of their juvenile children reveals that the latter anticipate and internalise parental expectations to a very great extent. The children’s response patterns follow those of the parents, which result in the same gender-specific differentiation regarding their expectations.

- ▶ Daughters rather frequently anticipate that their mothers expect them to live permanently close by. In the father-son dyad, a similar expectation is not that important.
- ▶ Children of both sexes in the national immigrant groups that Nauck examined agree that it is the prime task of girls to help out at home. Differences are only related to the expectation of how much boys should be involved. While Italian, Greek and German repatriates have rather low expectations, Turkish boys on the contrary are very conscious of their fathers’ high expectations.
- ▶ For children of all nationalities, expectations related to transfer payments from the younger to the older generation are especially important for the relationship between mothers and sons. Again, these expectations are particularly salient for the children in Turkish families and in German repatriate families. In both groups, daughters are much more involved in these expectations as compared to Greek or Italian families.

Generally, gender-specific differences between the respective migrant national groups are not very intense. Similarities in their response patterns make Nauck conclude that a deeply rooted division of labour prevails between generations and sexes, and that both parents and children accept it without question. Their acceptance varies, however, according to the importance of psychological-emotional or economic-utilitarian expectations in intergenerational relationships. In Italian and Greek families, the expectations of parents are

always higher than those anticipated by their children; in Turkish and German repatriate families, the anticipations of the young sometimes exceed the expectations of their parents.

Intergenerational Transmission in Migrant Families

Despite intergenerational differences in attitudes and behaviour, the results that Nauck presents reveal that, in Turkish migrant families, intergenerational transmission is an essential and integral part of the socialisation process of second-generation immigrants. He argues that, despite all the differences between the generations in assimilation behaviour and reactions to the receiving society, the dense interactive structure of migrant families undoubtedly results in a high degree of concordance between generations regarding basic value orientation and preferences for a certain type of behaviour. In his studies, he could also prove that the intergenerational transmission of norms not only leads to a higher concordance of attitudes in migrant families when compared to non-migrant families. It also produces a high level of co-orientation regarding the attitudes and values of family members. Therefore, his findings may be taken to indicate that intergenerational relationships become even stronger after migration. Nauck is convinced that his findings contradict the results of researchers who argue that migration intensifies the conflicts between generations.

This leads him to the question of whether the empirical findings on high levels of intergenerational transmission are primarily related to characteristics of the Turkish culture of origin, or whether they are related to the migrant experience. The latter would be the case if intergenerational transmission in other migrant groups with different cultural specificities were as high as in Turkish migrant families.

In general, the results show a clear intergenerational trend towards more cultural contact and less segregation for the second-generation immigrants. This transmission effect is higher in migrant families when compared to non-migrant families, thus indicating a highly synchronised intergenerational pattern for coping with the migrant situation. This effect seems to be unrelated to the cultural capital provided by the family. The transmission of educational success is the lowest among all the indicators that were studied.

According to Nauck, it remains an open empirical question whether the mechanisms of the acculturation process are the same in all immigrant groups. The analysis of differences in levels has already revealed two extreme groups: Turkish immigrant families in Germany, on the one hand, and Russian Jewish families in Israel on the other. While the Turkish families in Germany make use of a more collectivistic strategy using the available social capital, the Russian Jewish families rely more on an individualistic strategy mainly by making use of the high cultural capital available and, as such, have the smallest network size of all groups. Accordingly, intergenerational transmission is comparably high in the 'collectivistic' case of Turkish migrant families and relatively low in the 'individualistic' case of Russian Jews.

Nauck then poses the question of why both strategies end up as tendencies characterised by high a level of segregation. According to him, a necessary precondition for this is the sheer number of minority members they may meet, thus making segregation easier for Russian Jews and Turks than for Italians, Greeks and German repatriates. Furthermore, segregationalist tendencies are increasing in pace with efforts by the receiving society to disassociate itself from the immigrant population. This is to a certain extent relevant for the Turkish population in Germany. They are most likely to express feelings of discrimination—and their defensive tendencies (supported by successful 'collectivistic' cultural patterns developed in the society of origin) to rely more on social than on cultural capital may even enforce the social disassociation between majority and minority. Segregationalist tendencies increase if the opportunity structure of the receiving society does not or cannot offer anything to immigrants.

Integration Strategies of Migrant Families

Pablo Pumares shows that immigrant families develop different integration strategies. Based on his studies of Moroccan families in Spain, he developed a fourfold typology for integration.

Conservative Strategy

According to Pumares, families firmly entrenched in their traditions and maintaining close ties with their homeland tend to adopt the conservative strategy. Above all, they consider women to be in the same category as minors. Mothers generally do not work. They speak very little Spanish and live a sheltered life at home. Normally, they experience rather traumatic years at the beginning of their stay for the very reason that they have many prejudices against the Western world. Because they have difficulties with communication, they hardly have the opportunity to overcome their prejudices; and since their upbringing was solely focused on dealing with household work, they often lack the ability to adapt to an educational programme. For that reason, they are often left in a helpless situation when they are confronted with a new environment in the migration context. Additionally, these women have often lost their relation to Morocco. Once they are married, their chances to establish new relationships are limited, for which reason they are usually confined to contacts within the Moroccan community. Television and their children's school experience may be their only windows to the world. Nevertheless, they normally do not have anyone interpreting to them what they see within its own context.

On the other hand, their daughters become part of the working world. This does not mean that they leave their conservative environment; rather, it is a step forward even when they are employed in such 'women's work' as domestic service and cleaning. Being employed is regarded as a necessity rather than a wish or a conviction. It is not seen as anything positive but as something provisional until the economic situation of the family improves. Ideally, the husband tries to provide for the family so that the wife may be able to tend to the home and children. Thus, it is rather likely that, after the daughters get married, they will stop working immediately or at least after a few years at the latest. Nevertheless, these experiences—particularly their direct contacts with the host society—will influence the education of the next generation.

According to Pumares, these families are usually devoutly observant of all their religious duties, which are highly relevant for them. There are, however, some cases in which the males have acquired certain habits forbidden by their faith, such as smoking and drinking. Their relationship with Spanish society is fairly limited. In some cases, they try to avoid contact. Nevertheless, they are usually in favour of their children establishing friendships at school, even though there are the customary limitations for girls. Their relationships are interrupted once they reach adolescence. Thus, the concept of women as minors permanently under the supervision of a male family member is maintained, as well as the tendency to arrange marriages. Older children absorb their parents' principles fairly well. Nevertheless, there is a potential conflict with girls who arrived in Spain at a younger age. The majority of these families stem from rural areas in Northern Morocco and have not been in Spain for very long.

Families in Transition

In Pumares' typology, this strategy of integration is practised by families who either have experienced some significant changes with regard to the traditional model, or who prove to have some resistance to change. Religious practice is rather easy-going, although the most common Islamic celebrations are still maintained. Religion takes on a secondary role, and one can observe a certain relaxed attitude in its transmission to children. There are, however, still severe constraints with regards to women. Families wish to live within Spanish society, which has remarkably influenced them. This influence is much stronger for children, creating a generation gap—especially with relation to the freedom of women. According to Pumares, this may end up in conflict. In these situations, girls may sometimes count on their mother's complicity; and in some cases, parents completely accept the fact that their children have changed.

According to Pumares, this type of integration may be seen as a slow evolution of the previous one and is mainly found with rural families who have lived in Spain for several years. In families from an urban background, this change happens faster, because they come from areas that have undergone profound transformations. Pumares therefore assumes that many families currently employing the traditional strategy will become 'families in transition' after a certain time.

Families in Favour of Assimilation

Families of this type adopt an assimilative strategy, as Pumares points out. It consists of becoming as similar to the Spanish people as possible as a means of being accepted. If necessary, everything is denied that can identify them with Morocco—and might even go as far as their adopting anti-immigration attitudes. Culture is perceived as a rigid block, and they choose to adopt the perspective of the host country. They avoid transmitting the Moroccan culture to their children and, although the parents may abide by certain religious obligations privately, in practice it clearly means renouncing Morocco and the idea of ever returning there (although they may well go on holidays to visit). Undoubtedly, the parents retain some of their Moroccan mentality, but they do not impose it on their children. A detachment from Morocco may arise in them, as well as a feeling of inferiority due to their origins. They are not proud to lose their value system of reference if it cannot be fully replaced by the Spanish equivalent. As a consequence, the children look down on a Moroccan culture they hardly know.

Integrationists

Families of the integrationalist type have a critical attitude towards both cultures and choose a flexible strategy that takes on the most positive aspects of both cultures. They do not renounce their origins, although they do reject some of the traditional customs. For them, the fundamental aspect of religion is its content and not its form, which facilitates their acquiring some Christian practices that have become social occasions (e.g. first holy communions, Christmas). For them, returning to Morocco to settle down is not an option, though they nevertheless maintain frequent contact (generally among urban immigrants). The children favour the Spanish way of life without having severe conflicts with their parents.

Pumares comes to the conclusion that the dominant perception in the host societies is that Moroccan immigrants do not change to integrate into Spanish society. In a study about African immigrants in Andalusia applying a multidimensional concept of integration, Pumares could observe various attitudes and behaviours oscillating between assimilation in material matters and preserving traditional beliefs and values. The latter are certainly considered as part of their identity and must be entirely preserved. This, however, does not mean that African immigrants are not willing to integrate. In fact, there are also changes that come about as a result of continuous exposure to the new environment, even though they are not always noticed because they usually happen rather slowly and inadvertently.

According to Pumares, the family's origin and educational level plays an important role in their integration process. More Westernised urban families have made some progress towards a gentler and more balanced transition, without provoking a radical departure from their original values. At the other end of the spectrum, families from rural areas tend to be archconservative. Customs and religion are strongly related to each other, which poses a barrier to changes, since these would in many cases be considered as a contradiction to religious beliefs.

According to Pumares, this simple scheme of orientation provides secure armour for the uneducated population, assisting them in their everyday life and assigning everybody a clear role, thus helping to minimise conflict. Especially the younger members are exposed to constant invitations to introduce changes in their lives, which is in stark contrast to the situation in their village. Their strategies can vary but they appear to be more vulnerable.

Pumares further stresses that the low educational level of the parents and the fact that they are not accustomed to discursive discussions does indeed affect their understanding of the society around them. This may cause problems when trying to convince their children, who are better educated and demand reasonable explanations. Usually, changes are introduced little by little, which allows for maintaining balance. However, in Pumares' view, the lack of a solid basis can lead to extremes. These may range from adopting strategies clearly favouring assimilation or even marginalisation, to the more common way of maintaining conservative ideas—especially with regard to women. At the same time, traditional values are often lost without being replaced by any new ones.

Pumares concludes that the initial prejudice, sustained by fears and negative stereotypes, is dispelled as contacts become normal and differences lose their mystery. Factors that slow down the integration process include intense relationships amongst Moroccans who support social control and the omnipresence of their place of origin as their main point of reference. However, the progressive multiplication of contacts with Spanish society and, above all, the children's role as intermediaries and actual agents of change, all produce progressive transformations within families. Pumares therefore regards the second generation to be decisive for a successful integration process. Beside the cultural aspects, one has to bear in mind that the discrimination they face, as well as the chances they may find in the labour market, also have an impact on this process.

Integration of Migrants

Integration is a key issue addressed in many papers and discussions during the Seminar. One major aspect in this context is the question of integrating labour migrants into the EU labour markets.

Integration of Migrants into the EU Labour Markets

New Developments and Challenges

In his contribution, Philip Muus states that, on the one hand, most of the North-Western European Member States experience difficulties incorporating a large share of resident immigrants and their descendants into their labour market. On the other hand, they wish to attract highly skilled workers to work (temporarily) in specific sectors and professions. Temporary labour migration seems to have made a significant comeback. This is mainly due to the development of a new migration pattern. Whereas a few decades ago, migration to Europe was limited to a few countries and based on formal, bilateral labour-recruitment contracts, new migration patterns differ significantly from this norm. Both the number of migrants' countries of origin and their heterogeneity have increased. Moreover, Southern European Member States have only recently turned into countries of immigration. Their labour markets are often characterised by the presence of a great number of immigrant labourers illegally working in the informal sector. Push factors in the countries of origin have encouraged many people to migrate. At the same time, the migration policies of European countries have become more restrictive. Unlike in former times, there are no longer any direct labour-market links within the countries of destination.

To further complicate the matter, these developments in migration and the integration of immigrants take place in an era in which the demographic composition of European states is changing due to low birth rates and increased population ageing. These demographic processes have an automatic impact on the (future) composition of the labour force and have aroused a major discussion on the survival of extensive welfare-state measures. This discussion revolves around how to finance the existing social-security and pension systems as well as how to fund and staff existing health systems.

According to Muus, the main dividing line is the policy-oriented welfare state versus the market-based welfare state. Policy-oriented welfare states are characterised by high degrees of labour-market regulation and are more likely to have implemented more fluctuating immigration policies—such as, for example, Germany. Market-based welfare states generally have low degrees of labour-market regulation and have been more likely to use continuous immigration policies (for example, the USA).

In his analysis, Muus takes the degree of labour-market regulation as a key element for distinguishing between different states. In this respect, the impact of the existing informal economy and labour market, as well as its relative size, also needs to be taken into account. The existence of relatively important informal economies in Southern European countries has contributed to major flows of irregular migration to some extent. The response to such irregular migration flows has consisted of often-repeated regularisation schemes of questionable effectiveness.

As Muus underlines, differentiating between the various European welfare-state regimes also frequently overlaps with given labour-market characteristics involving the total working-age population: e.g. the net participation rate and the unemployment rate. The Scandinavian countries (with the exception of Finland) have the highest net participation rates as well as the lowest unemployment rate (specifically a low level of long-term unemployment). Southern countries (with the exception of Portugal) have the lowest net participation rates and the highest unemployment rates. The Western European countries are situated between the two extremes, while the UK comes closest to the Scandinavian countries.

A large share of the newly arrived immigrants consists of family members, asylum-seekers and refugees. Most of them arrived without any direct linkage to the labour market. According to Muus, the only feasible answer for a highly organised welfare state is to incorporate them into the system as workers or as clients. As long as the labour market is able to absorb these newcomers, the system will work well. However, as soon as the labour market can no longer offer any job opportunities, the only option will be to become a client of the welfare system's safety net.

Muus quotes the example of The Netherlands in the 1980s and early 1990s, one showing constantly increasing unemployment rates among immigrants. Due to increased economic growth, the process seemed to reverse itself during the second part of the 1990s. Also in Sweden, a similar process took place at a later date but became highly visible in the mid-1990s, with some improvement during the late 1990s. The restructuring of the economy, with all its consequences for the (immigrant) labour force, at the same time had a negative employment effect, making it harder for the newly arrived to enter the labour market.

Labour-Migration Needs and Policies

According to Muus, one of the main foreseeable labour-market needs will be some sort of organised labour-market-related replacement migration to fill in part of the future demographic gaps.

Since the 1968 introduction of the free movement of workers within the EC (nowadays extended to countries belonging to the European Economic Area / EEA), national labour-migration policies relate only to non-EC/EEA labour (third-country nationals). Most of the EU countries have developed a kind of work-permit system for new labour-market entries from outside the EEA. Although there are variations in national policies, they all are in fact highly restrictive. Priority is given to the resident workforce, and even the EU workforce at large, before any work permits are provided to new non-EEA foreign labour migrants (referred to as the 'priority ruling'). The system may vary: in Germany, temporary workers are granted both a general residence permit and a specific type of work permit. The duration of the work permit varies according to the country and the occupation involved. In France, residence permits authorise people to work; while in The Netherlands, employers must obtain a recruitment authorisation but may only hire workers with a valid residence permit.

Muus lists some relevant points concerning labour migration policy in different EU Member States:

- ▶ A number of countries did not take any specific policy measures in addition to the existing restrictive labour-migration policies: the Nordic EU Member States (Denmark, Sweden and Finland), Belgium and Luxembourg.
- ▶ All Southern European EU Member States (Portugal, Spain, Italy and Greece) have introduced immigration policies and have (repeatedly) carried out major regularisation programmes for illegal immigrants. France recently joined with a major regularisation initiative.
- ▶ Austria introduced a ceiling in the share of foreign workers in total employment, while Greece put an annual limit on the number of work permits to foreign migrants by country of citizenship.
- ▶ A number of countries launched alternative ways to regulate foreign employment: Germany, Spain and Italy introduced small annual quotas, albeit for different categories. Furthermore, a number of countries extended their options for specific categories of highly skilled workers (UK, Germany, The Netherlands, France). This division in part reflects the composition of migration flows: more non-direct labour migration (asylum and family reunification) of non-EEA nationals to the North, and more irregular migration of non-EEA nationals to the South.

Muus further states that most immigration into EU countries takes place under headings other than labour migration. Labour-migration policies are scarce and specific, and most new labour migration takes place either directly within a variety of 'priority-ruled' work-permit systems, or indirectly via all sorts of 'regularisation' efforts. (Temporary) Non-EEA labour migration is of growing importance in steadily growing economies like those in The Netherlands and the UK. Additionally, the ageing process will undoubtedly have an impact on future migration needs.

For understanding the migration component of immigrant incorporation into EU labour markets, Muus' main conclusion is that most non-EEA immigration after the mid-1970s took place without any direct link to (formal) labour markets. The most relevant types are family reunification and family formation, asylum-seekers and irregular migrants entering the informal part of the economy. This fact is of great importance when incorporating immigrant labour. Whether migrants are successful or not depends on a large number of variables, such as the immigrants' characteristics (age, skills, gender), as well as on the receiving society (business cycle, required skills, general and specific labour-market policies, discrimination, anti-discrimination policies, etc.).

In most countries, unemployment rates among non-EU citizens are far above the unemployment rates for nationals. Ireland, the UK, Portugal, Spain, Austria and Germany show the least disparity with less than about twice the rate for nationals (the unemployment rate for non-EU citizens in Ireland is probably inaccurate). In the other countries, however—such as Denmark, Sweden, Finland, The Netherlands and France—the unemployment rates among non-EU citizens are between two and five times higher than among nationals.

According to Muus, the data on employment rates show a number of interesting phenomena: employment rates for women in Denmark and Sweden, as well as for women from other EU countries are relatively high—but definitively not for women outside the EU. The Southern EU Member States show relatively high employment rates for non-EU workers, both men and women. Austria has a rather high employment rate for workers of both sexes who come from outside the EU; in contrast, Belgium, The Netherlands and France show rather low employment rates for the same group. Germany, Luxembourg and the UK show lower employment rates for their non-EU citizens as compared to their nationals, but the employment rates of non-EU citizens irrespective of gender are still above that of the EU as a whole.

Muus makes clear that immigrant/minority groups often have a lower level of formal education and higher dropout rates from further training than do comparable groups among the native labour force. Immigrants are still over-represented in low-skilled and unskilled occupations, often working in blue-collar jobs with undesirable working conditions. In many EU countries, immigrant employment is concentrated in only a few sectors, such as certain branches of manufacturing, construction, trade and 'other services' mostly consisting of cleaning, personal care services, hotel and catering.

The unfavourable position of immigrants and ethnic minorities on the labour market can without a doubt be explained by a number of factors on both the demand and the supply side of the labour market, as well as by the developments of the past few decades. The restructuring of the European economies made many of the recruited labour migrants of the past redundant. Migration following the waves of labour recruitment happened without any direct link to the labour market. It comprised such groups as family members and later asylum-seekers and refugees as well. In many countries, unemployment was rising and job opportunities were less favourable.

Muus points to the fact that, in a number of countries, data show that non-EU nationals experience more discrimination on the labour market than other EU nationals. In a number of countries, there is evidence of discriminatory practices in direct and indirect ways. Not all EU Member States have developed anti-discrimination legislation, and not all migrants are protected by such legislation. Certain categories, e.g. those working in an irregular or undocumented way, are often not in the position to claim protection under the law. Non-EU nationals cannot claim protection from the existing EU anti-discrimination legislation, which deals only with discrimination of (other) EU nationals.

Policies towards immigrants and/or ethnic minorities with an immigrant background are formulated within the national political and ideological context with a view to their integration into the respective nation-state. This automatically has an impact on the phrasing or terminology used for the people

concerned, who are referred to as immigrants, foreigners or ethnic minorities. This also partly explains countries' uneasiness to develop specific policies and to designate immigrant target groups in accordance with such overriding national values as equality (for example, Sweden) or the ultimate goal of obtaining citizenship in the country of settlement (France).

In this sense, Muus acknowledges the need to understand that, in Dutch society, an approach called 'policy for ethnic minorities' could develop, while France clearly favoured the ultimate goal of providing French citizenship with all its rights and responsibilities. Another interesting point is that countries with a longer immigration experience tend to have a more extensive policy framework for incorporating immigrants into the labour market. They also have more experience in developing anti-discrimination policies. This has not always led to the development of specific measures for immigrants or ethnic minorities, however. Instead, monitoring systems were installed. Countries that only recently experienced immigration—such as the Southern European countries, Ireland and Finland—have started developing elements of labour-market-oriented policies for immigrants, allowing equal access to existing measures for both immigrants and natives. Muus' overview also shows that, in the case of Austria, unemployment levels among foreign residents might well be influenced by the specific way in which the residence-and work-permit systems work.

The Neighbourhood's Role in Integration

Despite all we have seen, the labour market is not the only decisive element to consider when studying the process of integration. The living environment is essential if we want to see how people are faring once they have migrated. Katleen Peleman analysed the integration of women in two different neighbourhoods in Antwerp: Old-Borgerhout and the suburbs.

Old-Borgerhout is densely built, with almost no open space, like many other 19th-century 'belt' neighbourhoods in Belgium. Housing is old and generally not adapted to current housing standards. During the so-called 'Golden Sixties', the local middle class left the neighbourhood and settled in the more attractive suburbs. At the same time, immigrants—mainly Moroccans—moved into the vacant houses and joined the older or deprived residents who were unable to move. Due to chain migration, family ties are strong and tend to strengthen social contacts in this neighbourhood.

In contrast to that, in the suburbs, the presence of Moroccan inhabitants is exceptional. A few municipalities house a small ethnic concentration attracted by specific local employment or cheap housing. Moroccan shops or other infrastructure are non-existent in the suburbs (apart from one mosque). Specific ethnic products are purchased on weekends in Antwerp or Brussels.

Because Borgerhout has a significant Moroccan population, the government subsidises neighbourhood activities specifically designed for foreign women. Some of these mainly have a social function, such as afternoon teas, sewing groups, cooking and fitness activities. Some projects are aimed at informing women about options for education, training, health care, marriage and so on. Dutch-language courses are also provided. In addition, Moroccan organisations offer other activities for women, particularly concerning their religion and traditions.

Peleman points out that, in summary, the prevalence of both accessible ethno-religious activities and subsidised activities that comply with the prevailing (dominant) structures within the Moroccan community, mean that a sufficient number of activities have gained general acceptance. Because of this, it is now generally accepted in the neighbourhood that women participate in activities outside the home. Ethno-religious activities are accessible because they serve to maintain both minority identity and Islamic religion and can easily be reconciled with male domination. Dutch-language courses are now more accessible since they have been legitimised in terms of family interests.

Family is not only a central value in Islamic religion, it is also enforced by traditional male dominance. For many women, it is still impossible to take Dutch lessons due to the restrictions imposed upon them. Generally, a positive dynamism can be observed in the neighbourhood as more and more Moroccan women find their way into all kinds of activities. Key persons, as well as Moroccan women from different neighbourhoods, have confirmed that things have changed for the better in the neighbourhood over the past few

years. Often, it is clearly expressed that women's increased participation in neighbourhood activities has made them more free and emancipated.

On the contrary, Moroccan women living in the suburbs are obliged to acknowledge male dominance as well as Islamic traditions. According to Peleman, male dominance has even gained such ascendancy in some isolated Moroccan households that women can hardly leave their house. Frequently, this prevents the most basic forms of participation in society, such as going to the shops or talking outside with other women. Furthermore, it impedes women's participation in local activities as well. Ethno-religious activities, for instance—which are easily accessible for Moroccan women—are almost non-existent, apart from one mosque in one of the municipalities. The shortage of easily accessible activities also reduces the women's opportunities for social contacts. Almost all women, even those who have no language problems, declare that it is very hard to make real contact with Belgian women, to communicate beyond a short greeting, in both the neighbourhood and the children's school.

Peleman summarises that the dominance of the Belgian majority prevails, but that patriarchy and dominance by Islam can be as restricting as in larger ethnic concentrations. In general, Moroccan women in the suburbs do not participate in any kind of activities outside the house. Because of this, they have few social contacts and no opportunities to maintain their ethnic or religious identity. They are not stimulated to resist the dominance structures to which they are subjected. Furthermore, there are rather few integration prospects for women who do not speak Dutch. Women mainly miss contact with other Moroccan women. For that reason, many prefer to live in a less isolated area if they have no children. Women living in this suburb are convinced that their neighbourhood offers their children more chances for integration than do inner-city neighbourhoods. They hope that the better economic situation of the suburban population will promote the socio-economic advancement of their children. Women have more confidence in suburban schools and fear that their children will suffer negative peer pressure in the city. They also feel that racist behaviour in the suburbs is less explicit than in urban areas. Women's general opinion of their suburban neighbourhood is thus founded on worries about their children's future, rather than on their own socio-psychological well-being or their own future.

In the ethnic neighbourhood, the participation in ethno-religious activities and Dutch-language courses is rather high. Living in a small ethnic community or living isolated in the suburbs proves to be less conducive for the integration of women. Peleman's main conclusion is therefore that restrictive effects are not confined to ethnic neighbourhoods. Even in those places with few Moroccan families, fear of gossip restricts women's activities. Thus, only an ethnic neighbourhood provides a community large enough to create a positive dynamic among women.

Most surprising is that women living in the suburbs are subject to the same restrictions and dominance structures as women in an ethnic neighbourhood. Consequently, Moroccan women do not find a way to participate in this environment, as there are no appropriate activities there. The gap between themselves and regular Belgian activities is still too wide. For this reason, the belief that Moroccan women living in the suburbs are all independent and well integrated must then be regarded as a myth. Keeping up this myth, however, has a practical effect. It can easily be abused to persuade inner-city Moroccan women that their companions in the suburbs enjoy free and emancipated living conditions. Furthermore, it can serve as an excuse not to launch policies promoting women's integration and participation in less urban environments.

Ethno-religious activities make Islam accessible to women and give them an awareness of their rights, both in their own religion and in society at large. Women in the suburbs particularly hope that their children will take advantage of the more prosperous environment, which they find more important than their own integration into society. Nevertheless, structural problems still require utmost attention in urban policies, as Peleman states. However, policies might be too focused on the problems in ethnic neighbourhoods without bringing the positive side to the fore. The neighbourhoods' social life and associations could make good use of positive stimuli, and it would certainly improve their attractiveness—especially as the suburbs will never provide opportunities to develop an ethnic group identity.

The Integration of Immigrant Children in Schools

Another important issue is the question of how immigrant children become integrated through the school system. Loukia Moussourou examines the situation in Greece. She reports that Greece was traditionally an emigration country. In the early 1970s, an important change occurred: emigrant workers (particularly those who had gone to Germany) started to return in large numbers. Because of these returnees, Greece experienced a positive net migration for the first time in its history. One of the problems occurring with that movement was the integration of returnee children into the Greek schools. This proved to be much more difficult to solve than was initially thought. Eventually, in 1980, 'admission classes' and 'tutorial courses' were created. This measure was supposed to raise the knowledge levels of the children of the returnees up to the level of the Greek children. This is necessary for their integration into school, as well as for adapting them to the requirements of the system and enabling them to be integrated into a group of their own age. Due to the fact that an overwhelming number of the returnee children speak German and English, schools for repatriates have been created in Attica (for the English-speaking, in 1984) and Thessaloniki (for the German-speaking, in 1985).

During the 1980s and 1990s, large numbers of families of Greek descent came from the ex-Soviet Union, Eastern Europe and the Balkans, to settle down in Greece. Except for a number of political refugees from the civil war, these so-called repatriates had never lived in Greece.

Moussourou further reports that, in the 1990s, Greece experienced an unprecedented influx of immigrants migrating because of the difficult political and economic situation in their home country. These 'economic refugees' came in large numbers mostly from Eastern Europe (Russia, the Ukraine, Poland), from the Balkans (Albania, Romania, Bulgaria, the former Yugoslavia) and Asia (Iraq, Kurdistan, Pakistan, Palestine). Similar to the situation in Italy, these immigrants entered illegally or were smuggled in. Initially, the largest problem seemed to be hungry Albanians furtively crossing the border. They were caught and expelled, came again and were caught and expelled again.

Such problems as the large numbers of immigrants, their clandestine life and precarious living conditions, their different cultures and behaviours, an increase in crime (particularly thefts) as well as the fear that non-vaccinated people living in bad hygienic conditions would have an impact on public health, all turned the initial discomfort into anxiety. The traditional Greek *philoxenia* (hospitality) appeared to give way to *xenophobia*. The existing legal provisions did not help. Rather, the unclear and controversial status of illegal immigrants decisively contributed to the creation of a complex interrelated process of integration and exclusion, often and undoubtedly operating at many different levels. Furthermore, the persistently high unemployment rate fanned the fire against foreigners. In addition, immigrants by virtue of being immigrants displayed many of the traits that contributed to their exclusion from the (Greek) host society.

The 1997 decision to proceed with the legalisation of immigrants (i.e. give residence and work permits under certain conditions) marks an important turning point: Greece recognised the fact that it had become a country of immigration, as Moussourou explains. Though immigrants had already been part of the Greek society for more than 25 years by the end of the 1990s, this reality had finally come to be accepted; and the need for an immigration policy was recognised. Moussourou states that legalisation has increased the numbers as well as the visibility of immigrant children.

The system set up for the integration of repatriate children (i.e. returnee children and immigrant children of Greek descent) was applied to immigrant children in school as well, almost without any adaptation to the specific reality of immigrants. However, immigrant children differ from repatriate children in very important ways.

Moussourou reports that Greek immigration policy explicitly favours temporary immigration. There are severe doubts whether the integration of immigrants should be a policy aim. A temporary stay in a host society and social integration there are seen as essentially contradictory; and this is not the only contradiction. According to Moussourou, there is also an inconsistency between the already-existing multicultural and multilingual situation and the educational measures taken to handle them. The problems stemming from this contradiction cannot be solved by the existing set-up, which included 500 admission classes in the school year 2001–2002 (mainly to teach Greek language) and 700 tutorial courses (in primary and secondary schools) for students having difficulty keeping up with their class.

In her conclusion, Moussourou therefore argues that the following points have to be considered when dealing with the situation of immigrant children in schools.

- ▶ Bilingual teachers are very important for building up common cultural characteristics and for attracting the curiosity of the children for the respective other culture.
- ▶ The reactions of both the community and the parents of indigenous children are decisive factors working for or against the integration of immigrant children.
- ▶ In classes with a large number of immigrant pupils, it is difficult to carry out optimal integration solutions.
- ▶ Language problems and difficulties finding their way through the new environment of the receiving country are the main reasons why many repatriate and foreign children have to enter a lower-level class.
- ▶ Any educational system that takes homogeneity for granted impedes the integration of children.

‘Integration’ is in fact often misunderstood and perceived as ‘assimilation’. Hence, Moussourou concludes that policy measures that are aimed at assimilating migrants deprive the educational system as well as society of any opportunities for enrichment, renewal and modernisation. An intercultural approach founded on social acceptance would help create such opportunities, as well as a new cultural identity. She, however, does not see any indication that Greek public opinion is ready at this time to promote the eventuality of a new cultural identity.

The Impact of EU Enlargement on Migration

The Case of Poland

Similarities and Dissimilarities with Former Accession Processes

The envisaged accession of numerous Central/Eastern European countries has led to many speculations about possible consequences on migration. As Marek Okólski reports, many of these speculations as well as many studies were based on the perspective of the current EU Member States. Almost all analyses neglect the view of the candidate countries. The only thing that is taken for granted is that these countries have an inexhaustible reservoir of migrants willing to move to the richer countries of the EU.

In accordance with neoclassical migration theory, those analyses assume that the flows will be related to employment in a unidirectional way, i.e. from the ‘new’ Member States to the ‘old’ ones. Taking lessons from preceding enlargements, they focus on the issue of migration for regular employment. They seek their empirical foundation in a few studies examining the exit of Greek, Spanish and Portuguese workers in the pre- and post-accession period, or the case of the entry of migrant workers into the Federal Republic of Germany over recent decades.

Okólski sees some similarities of the present trends with the development in Greece, Portugal and Spain some time ago. Those countries were also lagging behind other EU members in terms of labour productivity and wages. They continued to send large numbers of migrants to EU labour markets and encountered a considerable net emigration over several decades. A few of the present candidate countries—especially Poland, the largest of them—share these characteristics. However, there are some important differences, too. The most striking dissimilarity is that, in past decades, there was no significant labour-migration recruitment from new applicant countries to the EU. In contrast to Spain, Portugal and Greece, workers from Central/Eastern Europe have had no chance to establish important ‘ethnic enclaves’ in the formal labour market of the EU prior to their accession. The forms of employment of people from the applicant countries have substantially differed from those of Southern European countries over a comparable period, as Okólski points out:

- ▶ Due to the overwhelmingly short-term duration of contracts, the annually 300,000 regular workers from Central European countries, who lived within the EU in the late 1990s, correspond to an average of less than 80,000 employees per year, which by all standards is very little.

- ▶ A large majority of the legally employed regular workers found employment in unskilled seasonal jobs in agriculture. This prevented them from staying within the EU for a longer period of time and thus from becoming mobile on the EU labour market.
- ▶ A considerable number of migrants, probably about 50%, worked in the informal labour market.

According to Okólski, the labour-migration pattern into the EU from Southern Europe, when compared to that of Central/Eastern Europe, may be summarised in the following way: The former mainly consisted of regularly employed semi-skilled or highly skilled workers profiting from fixed-term contracts and full legal protection. Generally, these workers held positions that matched their skills. Their wages were comparable to those of nationals. They had the opportunity to extend their foreign employment, which was rather stable, for years. Furthermore, the majority of the workers from the South were able to enjoy occupational mobility, the opportunity to participate in trade unions, sufficient health-care coverage and social benefits. Additionally, they could gradually stabilise their stay in the host countries by marrying a national resident or reunite with family members from their country of origin.

The pattern of labour migration from Central/Eastern Europe is characterised by a prevalence of irregular or secondary labour-market employment in the EU. A large number of the current migrants are no longer protected by standard labour-related safeguards. They are either low-skilled workers or occupy positions just below their skill level. Their contracts are usually informal and often short term (frequently measured in days or weeks rather than in months). Wages are usually significantly below average. The social participation of those workers is drastically limited. This is demonstrated by the fact that they are usually not members in trade unions, only sporadically resort to health services or social benefits, and almost exclusively use cash for payment. The opportunities for legally stabilising their stay in any host country are rather slim.

Other Factors Influencing Migration from Poland

Nevertheless, there are additional factors influencing migration that are independent of the EU-enlargement process:

Regarding these factors, Okólski states that, among others, the size and age composition of the population both influence the potential upper limits of exits in a rather obvious way. Central/Eastern Europe was traditionally an area with high fertility and a labour surplus. Since the late 1980s, it has entered a period of steep decline in both fertility and labour supply. Between 2001 and 2010, in a period of key importance, in which the new states are preparing for the accession, there will be a considerable decline in the number of persons of working age.

Viewed from the perspective of the 1990s, the size of population movements between Central/Eastern Europe and the EU has indeed diversified. Generally, migration movements tend to be rather low. There were only two migration flows that proved to be sizeable. Both were based on the migrants' expectation that the host countries might actively assist arriving persons in their integration/settlement. One of these flows, the repatriation of ethnic Germans, mobilised 2.3 million migrants from Central/Eastern Europe between 1989 and 1998. Of these, 670,000 stemmed from EU applicant countries. The other type of migration comprised asylum-seekers who were attracted by leniency or various gaps in the legislation of EU host countries and ensuing benefits. In the 1990s, virtually all Central/Eastern European countries ranked periodically among the top ten countries sending migrants to the EU. By the end of the 1990s, however, ethnic Germans and asylum-seekers ceased to come to the EU in large numbers. Regarding this, it might be concluded that the East-West flows that were linked to institutionalised migratory assistance in receiving countries have dramatically lost their importance.

Under conditions of a strong demand for low-skilled and cheap labour in practically all EU countries, which coincided with a strong supply for labour in many candidate countries of Central/Eastern Europe, the weak and repressed migratory flows have given way to a peculiar circulation of labour. According to Okólski, this phenomenon might be called 'incomplete migration'. It describes the movements of false tourists seeking

short-term informal employment in the secondary segment of the labour market during their legal stay in the EU. Okólski regards this as a major trait of the present East-West migration pattern.

Both major types of the present-day migration from Central/Eastern Europe to the EU, i.e. migration for regular seasonal or subcontract work and incomplete migration, reveal several common characteristics. Above all, they are relatively stable over time and their size is low compared to the total flow of migrants into the EU and the total amount of foreign employment within the EU labour market. Furthermore, these movements are predominantly temporary. Migrants rarely stay longer than three months in the destination countries. Moreover, the profitability of those movements for the migrants strongly depends on their ability to economise and live separated from their family members and their social milieu in general. In this regard, the low wages and the high cost of living in the EU countries both have to be taken into account. These circumstances tend to prompt the migrants to cut their stay in the destination countries short rather than extend it.

Finally, these types of migration are demand driven. They are hardly transformed into other types of movements or into occupational mobility in the EU Member States. For these reasons, it is relatively easy for the EU countries to control the current migration from Central/Eastern European candidate countries.

Factors Potentially Attracting Polish Migrants

Okólski then deals with how attractive the EU is to Polish migrants. He argues that there are no extended ethnic or diaspora communities of Central/Eastern European origin within the EU. In his opinion, the coherence of these groups, as well as the solidarity among their members, is rather low. This may be seen by the fact that, in many instances, Polish migrant workers tend to compete strongly among themselves rather than to assist each other. This undermines the stability of Polish ethnic communities in the EU. Therefore, the strength of migration networks resulting from their existence is rather negligible. Second, it seems that migrants from Central/Eastern Europe have not yet been able to establish solid ethnic enclaves or to take over labour-market niches in EU countries in the same way as Turks, Portuguese or migrants from ex-Yugoslavia have done in the past.

Finally, the current structure of labour demand within the EU will not lead to radical shifts in the flow of migrants from Central/Eastern European countries. The only segment of the labour market with a structural demand for labour belongs to the very bottom, providing jobs that are refused by the nationals. In this context, Okólski points to recently conducted in-depth studies in Poland suggesting that hardly any migrant was offered a non-manual job in the West. The overriding majority of migrant workers were offered simple, unskilled jobs there, a large proportion of them on an irregular basis. Moreover, in the course of time, the irregular employment of Polish workers in Western countries has grown.

Okólski expects that the flexible employment policies pursued by the EU since the 1970s will continue and will contribute to a further expansion of that particular labour-market segment, which will lead to the persistence of the current pattern of employment of migrants from Central/Eastern Europe. This means that the bulk of jobs available for these migrants will be in the secondary labour market, and that the flow of migrants to fill the respective job offers will be steady or just slightly increase.

Consequences of EU Enlargement for New Member States

In the following, Okólski addresses possible consequences of EU enlargement for the new Member States. According to him, the most conspicuous effect of the enlargement in terms of migration will be sealing off the borders between new members of the EU and their non-EU neighbours. In the 1990s, these borders enabled an uninterrupted transfer of persons carrying their labour, merchandise and cash back and forth. In that period of time, Poland and other Central/Eastern EU candidate countries not only maintained a visa-free regime enabling the members of many former Socialist countries to cross the border without major restrictions. They also became new poles of economic attraction in Central/Eastern Europe. As a result, a huge inflow of false tourists has been observed in a number of candidate countries. By the time of the new EU

enlargement, the candidate countries will fully incorporate the *Schengen acquis*, which also means that their borders—at the same time external borders of the EU—will effectively be guarded. The *Schengen* standards concerning the movements and stay of third-country nationals will be fully observed. A consequence of this will probably be a dramatic increase in the cost of travelling between Poland and the Commonwealth of Independent States (CIS) and a sudden drop of citizens arriving from these countries.

According to Okólski, another consequence of the enlargement will be an increasing number of people from Central/Eastern Europe seeking jobs in the shadow economy of the EU. This is due to the interplay of two factors: unlimited liberty for the nationals of the new Member States to move within the EU, as well as restricted access to the EU labour market. In this situation, some factors will encourage former visitors from the new Member States who were once economically inactive to turn into irregular workers. These factors comprise a relatively high demand for this kind of manpower within the EU. Furthermore, there is an existing social network established by migrants from Central/Eastern Europe, even though it seems rather weak at present. Okólski assumes that the duration of intensified flows of people from new to old Member States will be neither infinite nor evenly distributed within the populations of the new EU countries.

He further argues that the effect of free access for citizens of new EU Member States to the EU labour market is of crucial importance. It is the third direct consequence of the enlargement. At the same time, it will be rather limited in its scale. Its importance results from the chance to introduce the most efficient labour-flow mechanism, i.e. legal, institutionalised and organised recruitment of workers in the respective Central/Eastern European countries by EU employers or specialised agencies acting for them.

According to Okólski, it is already obvious that, due to the imposition of special clauses on the new members, free access to the EU labour market will be confined to certain occupations, sectors of the economy or, at best, certain Member States. A critical factor for him is the exclusion of Germany, the most absorbing of the national labour markets within the EU, from the group of countries ready to open themselves to workers from the new EU Member States.

From the perspective of Poland, the principle of limited or selective access to the EU labour market will be seriously amplified by the characteristics of the Polish labour force. Those persons who easily meet the criteria for integration into the EU labour market, because they are well-qualified as migrant workers, already find abundant job offers in Poland. Their motivation to migrate is weak at best. It therefore implies that the limited access to the EU labour market will suppress flows out of Poland.

Additionally, Okólski is convinced that the intensification of trade will bring about a decrease in the flow out of low-skilled workers from new to old Member States. However, it will only be effective after several years, i.e. after the adaptive restructuring of Central/Eastern European economies has been completed or is at least highly advanced. The enlargement may also foster capital flows in the form of direct investment from old to new Member States. Furthermore, the enlargement will contribute to the removal of all existing barriers for economic activity. This factor may in and of itself cause some migratory flows in both directions. These flows, however, will certainly be small.

Finally the entry of new members into the EU will help intensify and complete the restructuring of their economies, which began with the post-1989 transition. It seems probable to Okólski that an accelerated restructuring process will develop into an autonomous migration factor. Okólski believes that, within this context, the changes in Polish agriculture that will be fostered and amplified by EU enlargement will theoretically increase the existing Polish migration potential. In-depth studies on the migration potential of people from backward agricultural regions in Poland, carried out in the 1990s, indicate that this population is highly immobile. Persons from these regions can hardly cope with the requirements of Polish labour markets, much less those of Western Europe. They are generally unable to compete with other workers. More mobile people among that population seek employment in the secondary labour market and in its specific niches, in which practically no competition for jobs exists.

Potential for Family Migration

Okólski finally addresses the question of how many people are motivated to migrate because of family reunification. He refers to data from the 1995 microcensus, according to which about 900,000 Polish citizens were staying in foreign countries at least for two months. About 770,000 migrants were family members¹, and approximately 130,000 were members of single-person households. Physically leaving Poland were 155,000 out of 417,000 families, whereas in 262,000 families at least one member was still staying in the home country.

These data further indicate that, in 1995, the number of families that potentially could be subject to reunification was rather large: approximately 262,000 families. However, many members of these families were either partners in a marital union at an immobile age or single parents with grown-up children. The only category that seemed to represent a strong potential for family reunion were families with both parents and children below 25. In approximately half of these families, about 55,000 of them, at least one child and one of the parents were still living in Poland. Okólski points out that a national survey on the standard of living carried out two years after the 1995 microcensus revealed, however, that only 178,000 persons registered as permanent residents of Poland (and are living in households comprising at least two persons, of whom at least one person was present at the time of the inquiry) stayed abroad for more than two months.

Considering the migration experience of Poland over the past 25 years and probable developments in the near future, Okólski concludes that the EU enlargement will bring about relatively modest changes in migration movements between Poland and the EU. According to him, this is due to two major groups of factors.

First, the enlargement itself may cause a short-lived migration hump. A great part of these movements will eventually be absorbed by the informal EU labour market. This is due to a limitation or selection of Polish workers on the labour markets. On the contrary, any attempt to recruit highly qualified personnel from Poland with no adequate job opportunities in their home country will have rather limited results. Due to the accelerating transition of Polish agriculture in the process of the EU enlargement, huge numbers of peasants will lose their job. This, however, will only lead to a rather small migration potential. This is due to the older age and insufficient human capital among these peasants. Furthermore, Okólski estimates that migration movements due to family reasons will not be very sizeable.

Second, considering those factors independent of the enlargement process that may influence migration, Okólski comes to the following conclusions:

- ▶ The impact of the demographic situation on potential migration movements will be insignificant, if not adverse.
- ▶ The current pattern of labour migration will tend to preserve a weak propensity of the highly skilled to migrate. At the same time, the long-established trend of unskilled workers moving to lower segments or the informal sector of EU labour markets will prevent any major shifts from irregular to regular employment or from lower to higher segments.
- ▶ Migration networks will remain relatively weak and will not contribute to any substantial increase in the flow out of Poland.
- ▶ On the contrary, the structure of EU labour markets will probably continue to encourage an increasing flow of low-skilled temporary Polish migrants into the EU, regardless of the official EU immigration policy or the effects of the 'transitory period' limiting free access to the EU labour market.

Migration, Family and Welfare in Central/Eastern Europe

Claire Wallace's findings concerning the impact of EU enlargement on migration go into a similar direction. In her paper, she first underlines that Central/Eastern European countries were countries of emigration for many centuries. Emigration usually meant a one-way ticket to another country and another life. This pattern

¹ Family was defined in its formal sense as a marital union. Members of a family are partners of the marital union and their dependent children.

was continued because of the difficulty of returning during the Cold War period and seemed to be reinforced at the end of the 1980s and early 1990s, when there was mass emigration from Central/Eastern Europe.

Looking at the contemporary patterns of migration, Wallace indicates that in many countries, out-migration has been declining. Pointing at the experience of Bulgaria, Romania and Poland, she argues that these were major sending countries in the early transition period, but the numbers of persons leaving these countries have declined in recent years. According to Wallace, the Baltic States illustrate much out-migration following the break-up of the Soviet Union, but less so now. Many of those who are leaving could be ethnic Russians. Slovenia also has an unusual migration pattern due to the impact of the refugees who fled during the wars of the 1990s. However, Hungary, the Czech Republic, Slovenia and Slovakia, along with Lithuania, are all beginning to show a positive migration balance: more people are coming than are leaving these countries.

Wallace reveals that the largest migration movements take place *within* Central/Eastern Europe rather than from East to West. In recent years, many Central/Eastern European countries—especially the more successful ones bordering the EU—have become receiving rather than sending countries. Similar to what took place in such countries as Greece, Spain and Portugal, this is a new role in terms of migration. In addition, the studies she carried out show a strong tendency towards commuting for short periods rather than permanent emigration.

Wallace further indicates that studies on migration potential tend to show that few would like to emigrate permanently; and if they do, they would prefer the traditional New World countries. On the other hand, many would like to go to the West for a few weeks or months to work or study. Her results make it clear that push factors such as poor economic conditions at home have played an important role in Slovakia and Poland, but not so much in Hungary and the Czech Republic, whilst ethnic problems were particularly a factor in Slovakia. Almost all respondents recognised that living conditions and wages were better abroad, and one third to one half felt that they would have more personal and political freedom abroad. Economic factors were thus very important in encouraging people to go abroad—but these economic factors are perhaps declining in importance due to improvements in the economies of the transition countries since 1995.

In addition to looking at the factors that might cause people to leave their country, Wallace also examined factors that might encourage them to stay instead. Here, she found out that there are both positive things about the home environment as well as negative things about the foreign environment. Her results further reveal that ties to family and friends were the strongest reasons for not leaving home, followed by a fear of the risks and uncertainty of migrating. For instance, a good job in the home country would keep Slovaks and Poles from migrating, but not Czechs and Hungarians. On the other hand, around one half of all the people in Central/Eastern Europe (two thirds in Poland) mentioned the difficulties and stigma that they would face as migrants, either due to the bad treatment of migrant workers or the fact that people from their country were not really respected abroad. In her studies, between half and two thirds of the respondents felt that living conditions would improve at home in the long run. Lower numbers were put off by migration legislation and the bad experiences of others.

Wallace further reports that the candidate countries of Central/Eastern Europe have themselves become targets of international migration. She points at the following forms:

► *In-migration of Permanent Settlers:*

These are rather few and this type of migration can to some extent be explained by the fact that countries such as Poland and Hungary have large diasporas of co-nationals living outside of the borders. Some of them now start to 'return' to their homelands. Others, having been forcibly expelled during the Communist period or having emigrated to the West, now want to return.

► *Asylum-seekers and Refugees:*

Their numbers have increased but are still rather low compared to the EU countries.

► *Transit Migrants:*

These are people who are using these countries as gateways to go somewhere else. Their numbers are large but are coming more and more under control with the development of migration policies in the accession countries. Thus, transit migrants are being stopped more and more at the Eastern borders of the accession countries rather than at the Western borders.

► *Tourists:*

At present, there is a visible boom in tourism. However, some types of tourists are actually economic migrants in disguise. Some people who enter as tourists are actually buying and selling goods across the border or are temporarily working.

Wallace argues that, if we see migration as an issue of people coming into Central/Eastern Europe rather than flooding out (as is often presented in public debates), then a range of new perspectives emerges. First of all, it means that the candidate countries are becoming multicultural societies, and that is something new for them. In this context, she points at results from the *World Values Survey*. They reveal that many more people in Eastern Europe have racist attitudes than is the case in Western Europe. However, on the positive side, in both Eastern and Western Europe, there has been a decline in the number of those who do not want someone of a different race as a neighbour. Wallace reports, however, that xenophobia has had very little impact in terms of electoral politics in Central/Eastern Europe, where migration has not yet really been a political issue.

She further points out that one of the reasons why the migration rate is not higher is due to the fact that people have strong ties to their families in the country of origin. This was overwhelmingly the reason given for not migrating to another country (86% in Poland, 89% in the Czech Republic, 87% in Slovakia and 91% in Hungary). Her studies also reveal that strong family ties do indeed influence the patterns of migration, which tend to take on more the form of short-term commuting than a large-scale exodus. They also tend to encourage keeping one's family links to home. Wallace's studies have shown that this was very important in maintaining living standards in such countries as the Ukraine or Romania, where they have fallen substantially.

Wallace further reports that families in Central/Eastern Europe have strong intergenerational links. Many of them live in multigenerational households. Parents and grandparents help children through child-minding, growing vegetables and tending animals, as well as providing accommodation and material support by using their informal networks to obtain resources. These strong patterns of intergenerational support, developed under the conditions of the previous regimes, were even strengthened during the transition. It was through these kinds of household strategies that families were able to survive during the transition period, when living standards slumped and unemployment rose. In this way, they built up a portfolio of economic resources. The household strategy of many migrants is to send one or more family members abroad to earn extra money for the family, whilst children and other family members stay at home to go to school and maintain the family home. This tendency has even been reinforced in recent years, as the privatisation process turned many people into property owners. (This is the case for 80–90% of the population in Bulgaria and Romania, for example.)

Another factor that prevents larger migratory movements are the well-developed welfare states in Central/Eastern Europe. If the families of people are sick, want to get an education or receive a pension, they feel they should remain at home in their own country. According to Wallace, even the commuting workers themselves are often insured in their own country rather than in the ones to which they are commuting. This combination of economic resources in the 'household portfolio' means that the pattern of commuter migration is a more convenient one, whilst the core of the family remains anchored in the home country.

Other factors that may have inhibited large-scale emigration and encouraged short-term commuting include such things as the development of the service economy and the need for introducing flexible labour markets.

Wallace therefore makes it clear that, in order to understand international migration, simply attributing a person's wish to migrate to such economic indicators as unemployment, demographic imbalance and wage levels is not enough. Rather, it is important to look at the motives and strategies of the relevant actors and how they manage their resources.

Like Okólski, she underlines that the accession of Central/Eastern Europe to the European Union will help to reverse the tendency towards an ageing population. Many have also argued that migration may be seen as positive in this sense. However, this may not be the case. Not only are fewer people migrating, but also the number of children and young people in Central/Eastern Europe is declining; and at the same time, the death rate is increasing.

Given the patterns discussed above, Wallace comes to the following conclusions:

- ▶ Migration from Central/Eastern Europe is declining and will likely decline still further as living standards rise.
- ▶ Much of the migration that does take place reflects the need to move backwards and forwards between sending and receiving countries. Migration increasingly involves a round-trip rather than a one-way ticket.
- ▶ There is increasing migration into and within Central/Eastern European countries that has to be taken into account. However, most of this is also of a temporary nature.
- ▶ The strong intergenerational family ties of people in Central/Eastern Europe that enable them to survive economically through use of a portfolio of economic resources, is a stabilising factor and a disincentive to migrate permanently.
- ▶ These family circumstances are further reinforced through the increase in property ownership and the role of the welfare states.

According to Wallace, Central/Eastern Europe's new migration role means that other issues have started to become important—especially the new forms of integration necessary for multicultural societies and the need to address the issue of xenophobia.

Future Trends and Perspectives

In view of all the efforts to develop a European migration policy, Fassmann points out one main issue: unlike the USA, Canada or Australia, no Western European country sees itself as an immigrant society. Despite Europe's rich experience, most Europeans still consider mass migration to be the historical exception. Residing in the same place all one's life is considered normal. Therefore, public opinion oscillates between the desire for humanitarian solutions in individual cases, and the call for more rigidity towards potential immigrants.

The fact that most EU Member States consider themselves to be non-immigration societies is important when attempting to understand the current debate. It is an extremely complicated and time-consuming procedure to develop new legal concepts, political instruments and institutional arrangements that actively deal with immigration (see, for example, the discussion on Germany's immigration law). However, the need for a targeted migration policy will become more and more apparent. European societies need compensatory immigration to balance the uneven age structure and to fill gaps in the labour market. Therefore, some sort of organised, labour-market-related migration is necessary to fill in part of the future demographic gap. Especially after 2010—when the 'baby-boomers' will have reached retirement age—well-established instruments regulating immigration policy will be a must. As Fotakis affirms, Europe has to develop concepts for concerted migration policies based on quotas and preferential criteria. And Fassmann is convinced that at the same time, measures must be taken to integrate legal immigrants, to develop their human capital and to use their talents.

Zuletzt erschienene Publikationen des Österreichischen Instituts für Familienforschung (ÖIF)

Schriftenreihe:

- ▶ Wolfgang Lutz (Hrsg.): Compendium der Familienforschung in Österreich 1999. Compendium of Family Studies in Austria 1999. Wien 1999. Bd. 7. ISBN 3-901668-17-9
- ▶ Reiner Buchegger (Hrsg.): Migranten und Flüchtlinge: eine familienwissenschaftliche Annäherung. Wien 1999. Bd. 8. ISBN 3-901668-18-7
- ▶ Helmuth Schattovits (Hrsg.): Kinderbetreuungsscheck: Modellentwicklung und Analysen. (Machbarkeitsstudie Kinderbetreuungsscheck). Wien 2000. Bd. 9. ISBN 3-901668-19-5
- ▶ Paloma Fernández de la Hoz: Migrantenfamilien und Integration in den EU-Mitgliedstaaten. Bericht der Europäischen Beobachtungsstelle zur sozialen Situation, Demographie und Familie. Wien 2002. Bd. 10. ISBN 3-901668-30-6

Materialiensammlung:

- ▶ Christos Bagavos, Claude Martin: Sinkende Geburtenraten, Familienstrukturen und politische Reaktionen. Synthesebericht Jahrestagung Sevilla, Spanien, 15.-16. September 2000. Wien 2001. Heft 10. ISBN 3-901668-23-3
- ▶ Reiner Buchegger, Brigitte Cizek (Hrsg.): 8. Interdisziplinäres Symposium „Familienforschung“ – Strobl 2000. Fertilität – Informationsgesellschaft. Wien 2002. Heft 11. ISBN 3-901668-21-1
- ▶ Johannes Pflegerl: Immigration und Familie. Synthesebericht Jahrestagung Helsinki, Finnland, 8.-10. Juni 2002, Wien 2002. Heft 12. ISBN 3-901668-28-4
- ▶ Paloma Fernández de la Hoz: Migrantenfamilien und Integration in den EU-Mitgliedstaaten. Kurzfassung. Wien 2002. Heft 13. ISBN 3-901668-29-2
- ▶ Lynne Chisholm, Antonio de Lillo, Carmen Leccardi & Rudolf Richter: Family Forms and the Young Generation in Europe. Report on the Annual Seminar 2001, Milan, Italy, 20-22 September 2001. Wien 2003. Heft 16. ISBN 3-901668-31-4
- ▶ Olaf Kapella, Johannes Pflegerl: Eine Bibliographie deutschsprachiger Literatur 1999-2002. Wien 2003. ISBN 3-901668-32-2

REPORT:

- ▶ Paloma Fernández de la Hoz: Familles et exclusion sociale dans l'Union européenne. Sujets de débats, voies de convergence, questions pendantes. Wien 2002. Report Nr. 1. ISBN 3-901668-26-8

TAGUNGSBAND:

- ▶ Brigitte Cizek, Irene Kernthaler-Moser (Hrsg.): Prostitution und Pornografie. 2. sexualpädagogische und -beraterische Fortbildung, 10. und 11. Oktober 2001, Wien. Wien 2002. Tagungsband Nr. 1. ISBN 3-901668-25-X

working papers:

- ▶ Brigitte Cizek, Christiane Pfeiffer: Horsetalks. 13/2001
- ▶ Martin Spielauer, Franz Schwarz, Kurt Schmid: Education and the Importance of the First Educational Choice in the Context of the FAMSIM+ Family Microsimulation Model for Austria. 15/2002
- ▶ Coomaren P. Vencatasawmy: Modelling Fertility in a Life Course Context: Some Issues. 16/2002
- ▶ Norbert Neuwirth: Labor Supply of the Family – an Optimizing Behavior Approach to Microsimulation. 17/2002
- ▶ Martin Spielauer: The Potential of Dynamic Microsimulation in Family Studies: A Review and Some Lessons for FAMSIM+. 18/2002
- ▶ Sabine Buchebner-Ferstl: Die Partnerschaft als Ressource bei kritischen Lebensereignissen am Beispiel der Pensionierung. 19/2002
- ▶ Johannes Pflegerl: Family and Migration. Research developments in Europe: A general overview. Nr. 21/2002
- ▶ Franz Schwarz, Martin Spielauer, Karin Städtner: Gender, Regional and Social Differences at the Transition from Lower to Upper Secondary Education. An Analysis in the Context of the FAMSIM+ Family Microsimulation Model for Austria. Nr. 23/2002
- ▶ Veronika Pfeiffer-Gössweiner, Johannes Pflegerl: Migration in the European Union: An Overview of EU Documents and Organisations Focusing on Migration. Nr. 24/2002
- ▶ Karin Städtner: Arbeitsmarktrelevante Konsequenzen der Inanspruchnahme von Elternkarenz. Nr. 25/2002
- ▶ Franz Schwarz, Martin Spielauer: The Composition of Couples According to Education and Age. An Analysis in the Context of the FAMSIM+ Family Microsimulation Model for Austria. Nr. 26/2002
- ▶ Franz Schwarz, Martin Spielauer, Karin Städtner: University Education – An Analysis in the Context of the FAMSIM+ Microsimulation Model for Austria. Nr. 27/2002
- ▶ Franz Schwarz, Martin Spielauer, Karin Städtner: University Education - An Analysis in the Context of the FAMSIM+ Microsimulation Model for Austria. Nr. 27/2002
- ▶ Sabine Buchebner-Ferstl: Partnerverlust durch Tod. Eine Analyse der Situation nach der Verwitwung mit besonderer Berücksichtigung von Geschlechtsunterschieden. Nr. 28/2002
- ▶ Karin Städtner, Martin Spielauer: The Influence of Education on Quantum, Timing and Spacing of Births in Austria. Nr. 29/2002
- ▶ Sonja Dörfler: Familienpolitische Leistungen in ausgewählten europäischen Staaten außerhalb der Europäischen Union. Nr. 30/2002
- ▶ Sonja Dörfler: Nutzung und Auswirkungen von Arbeitsarrangements zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerb. Nr. 31/2003

Zu beziehen bei: Österreichisches Institut für Familienforschung (ÖIF),
Gonzagagasse 19/8, A-1010 Wien, Tel.: +43-1-535 14 54-19, Fax: +43-1-535 14 55
e-mail: edeltraud.puerk@oif.ac.at